

Gerd Simon:

Der Krieg als Krönung der Wissenschaft

0. Einleitung

0.1 Eine Einladung – Die Anfänge des >Kriegseinsatzes der Germanisten<

"Der gegenwärtige Krieg ist im besonderen Masse nicht nur eine militärische, sondern zugleich eine geistig-kulturelle Auseinandersetzung, in der auch über die geistige Ordnung des kommenden Europa entschieden wird. Daher gilt es gerade auch für die deutsche Geisteswissenschaft, in dieser entscheidenden geschichtlichen Stunde aktiv zur Stelle zu sein, die geistespolitische Lage mit weiter Sicht zu durchdringen und die Ideen vorzubereiten und zu klären, auf denen ein neues Europa politisch-kulturell errichtet werden kann. Neben den Naturwissenschaften, deren praktischer Einsatz unmittelbar einleuchtet und in breitester Grundlage im Gang ist, hat die Geisteswissenschaft in diesem Entscheidungskampf um die deutsche und europäische Zukunft ihre eigene wichtige Aufgabe. Indem auch sie sich entschlossen einreihet in die geistige Front des alle Deutschen fordernden Krieges, kämpft sie zugleich für ihre eigene, noch keineswegs unangefochtene Rechtfertigung und Neubegründung. (...) – Es bedarf keiner ausführlichen Begründung, dass innerhalb dieser, auf klärende und kritische Erkenntnis der westeuropäischen Zivilisationsformen und ihres Verhältnisses zur deutschen Kulturidee zielenden Planung die Germanistik nicht fehlen darf, dass ihr vielmehr geradezu eine Schlüsselstellung zukommt. Denn ihre Aufgabe wird es sein, den Wesensgehalt des Deutschen aus dem ihr anvertrauten Bereich deutscher Sprache und Dichtung herauszuarbeiten. Sicher nicht in Form von Definitionen, wie die Franzosen sie schätzen, aber doch in einer Klarheit und Bestimmtheit, die bisher immer vermisst wurde und die endlich für uns selbst wie für die übrige Welt den fremden und verfälschenden Definitionen deutscher Art entgegengestellt werden kann. Aus dieser Zielsetzung geht bereits hervor, dass nicht etwa an eine nur aktuelle, zeit- und kriegsgebundene Propagandaarbeit gedacht ist, sondern an eine Lösung von bleibendem und gültigem Wert, die ihre volle Auswirkung

gerade nach Beendigung des Krieges angesichts gewaltiger kultureller Neuaufgaben behalten wird. – Zugleich geht aus der angedeuteten Zielsetzung hervor, dass die Arbeit durchdrungen sein muss von dem kulturellen und politischen Ethos des Nationalsozialismus, dass sie methodisch streng wissenschaftlich gerichtet und dass sie in der Gedankenführung, Form und Sprache weit über den fachwissenschaftlichen Kreis hinaus lesbar, verständlich und wirksam sein muss (...) – Nicht irgendeine Form eines Handbuches einer neuen Stoffordnung oder -gruppierung ist das Ziel, sondern allein die entscheidende Wesens- und Kernfrage, die ja aller echten germanistischen Forschung zugrunde liegt: Was ist deutsch an der Leistung des erörterten Zeitraumes, der betreffenden Gattung u.s.f. Die volle Beherrschung des Stoffes bleibt dabei selbstverständliche Voraussetzung. Sie muss sich jedoch allein in der Tiefe, Sicherheit und Klarheit der allein zum Wesentlichen vorstossenden Antwort bewähren und soll nicht zu selbständiger Entfaltung gelangen. – Wenn es auf Grund dieser Arbeit gelingt, der nach innen wie nach aussen bevollmächtigten Deutung dessen, was deutsch ist an der deutschen Sprache und Dichtung, ein wesentliches Stück näher zu kommen, darf die deutsche Germanistik diese Leistung als ihren Beitrag zu der grossen Forderung und der grossen Leistung der deutschen Gegenwart betrachten. (...)"¹

Mit diesen Worten und mit der Überschrift "Zum wissenschaftlichen Einsatz Deutscher Germanisten im Kriege" wurden Hochschulgermanisten des großdeutschen Reichs zu einer Tagung eingeladen, die vom 5. bis zum 7. Juli 1940 in Weimar unter der Leitung von Franz KOCH und Gerhard FRICKE im Auftrag des Wissenschaftsministeriums und mit den von der Deutschen Forschungsgemein-

¹ Franz KOCH/Gerhard FRICKE: Zum wissenschaftlichen Einsatz Deutscher Germanisten im Kriege. DLA Marbach, NL. W. REHM sowie B. v. WIESE, auszugsweise zit. in: Klassiker in finsternen Zeiten 1933-1945. Eine Ausstellung des DLA im Schiller-Nationalmuseum Marbach a. N. Marbach 1983 Bd. 1, S. 261f. – s. a. die Ankündigung in der "Zeitschrift für deutsche Bildung" 16, 1940, 252 u. 299f., wieder abgedruckt in: Gunter REISS (Hg.): Materialien zur Ideologien Geschichte der deutschen Literaturwissenschaft. Tü. 1973 Bd. II, S. 133f. sowie Heinz KINDERMANN: Die deutsche Literaturwissenschaft an der Wende zweier Zeitalter. Geist der Zeit, 21, 1. Jan. 1943, 1-17. s. a. Anhang A1 – Zu KOCH s. u. Kap. 1.2 (s. 30ff) – Zu FRICKE s. Rolf SEELIGER, D. SCHONER, H. HAASIS (Hg.): Braune Universität H. 3, Mchn. 1965, S. 43-53

schaft bereitgestellten Mitteln stattfand.¹ Der Einladung folgten auch namhafte Sprachforscher wie Leo WEISGERBER, Walter MITZKA, Friedrich KAINZ, Ewald GEISSLER, Siegfried GUTENBRUNNER, Eugen FEHRLE, Friedrich NEUMANN, Hans NAUMANN, Hermann SCHNEIDER, Julius SCHWIETERING, Friedrich PANZER und viele andere. Friedrich MAURER und Otto HÖFLER wirkten darüber hinaus an der Vorbereitung und Leitung dieser Tagung und später bei der Herausgabe der 5 Bände mit, die 1941 unter dem veränderten Titel "Von deutscher Art in Sprache und Dichtung" erschienen und auch die Beiträge der oben genannten Linguisten enthielten.²

Der >Kriegseinsatz der Germanisten<, der diese Tagung veranstaltete, war eine Abteilung im >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<, einer Institution, die der Kieler Rechtsprofessor und Universitätsrektor, später auch Referent im Wissenschaftsministerium Paul RITTERBUSCH leitete und organisierte. Andere Abteilungen – so die der Philosophen und Historiker – gaben nicht nur Sammelbände heraus, sondern veranstalteten auch Ausstellungen.³ Linguisten beteiligten sich nicht nur im Rahmen der Germanistischen Abteilung, sondern auch bei den

¹ s. Gerhard FRICKE: Gesamttagung der Germanistischen Fachgruppe in Weimar vom 5.7. bis 7.7.1940 S. 401 – Franz KOCH: Der Einheit der deutschen Dichtung. Deutscher Wissenschaftlicher Dienst 1, 13, 23.9.1940, 4.

² Der ursprüngliche Titel war "Deutsches Wesen im Spiegel deutscher Dichtung". In der veröffentlichten Fassung fehlt der Beitrag von Eugen FEHRLE, der diesen aus unbekanntem Gründen, aber als badischer Kultusminister wohl kaum aus Protest zurückzog. Der ursprüngliche Gesamtplan ist in Anhang A8 abgedruckt. Dort finden sich auch die ursprünglichen Titel der Beiträge, die allerdings bedeutungsmäßig nicht sonderlich von den später veröffentlichten abweichen. FEHRLE war von Haus aus klassischer Philologe, war aber frühzeitig auf die Volkskunde umgestiegen. Sein Beitrag hatte den Titel "Sitte und Recht".

³ s. "Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus". Berlin 1979 Bd. III, 113 und SCHÖNWÄLDER, Karen: >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<. Forum Wissenschaft 2, 1985, 28-30 – Auf die Veröffentlichung des >Kriegseinsatzes der Germanisten< geht am Rande auch Wendula DAHLE: Der Einsatz einer Wissenschaft. Eine Sprachinhaltliche Analyse militärischer Terminologie in der Germanistik 1933-45. Bonn 1969 ein. Dazu die weitgehend berechtigte Kritik von Raimund KEMPER: Eine Wissenschaft "im Einsatz". Zu einem Buch über Nazi-Jargon in germanistischen Zeitschriften zwischen 1933 und 1945. Studi germanici 19/20, 1981/1982, 341.380. DAHLEs Monographie ist mehr eine sprachkritische als wissenschaftliche Arbeit und daher eher ein Beitrag zur Forschung der Sprache im 3. Reich als der der Sprachwissenschaft dieser Zeit. Sie ist überdies einem sprachtheoretisch bedenklichen, schon im "Wörterbuch des Unmenschen" begegnenden Sprachbegriff aufgesessen, der in der nationalsozialistischen Sprachwissenschaft selbst verbreitet war, nachdem man ein Wort wie ein Land "besetzen" kann und daher eindeutig als "faschistisch" oder "nationalsozialistisch" identifizieren kann. (s. dazu EHLICH, Konrad:

Romanisten, Anglisten, Orientalisten, Völkerkundlern, Altertumswissenschaftlern, Geographen und Historikern, einige von ihnen (z.B. WEISGERBER) gleich mehrfach. Nicht alle Abteilungen brachten ihre Beiträge auf entsprechenden Tagungen ins Publikationsstadium.

Alles, was in den Geisteswissenschaften Rang und Namen hatte, hat offenbar an diesem Riesenprojekt mitgewirkt. Nach SCHÖNWÄLDER zeigt der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<, "daß Hunderte von Hochschullehrern insbesondere in den Jahren 1940 bis 1942 die Unterstützung der deutschen Kriegsführung für ihre nationale Pflicht hielten" und daß "ein Rückzug der Professoren in einen 'Freiraum Hochschule' durchaus nicht als die bestimmende Verhaltensweise der Wissenschaftler im Faschismus gelten kann".¹ Noch nach 1945 sahen es Koryphäen, die wie Hans KRAHE nicht ganz konforme Auffassungen wie die von der asiatischen Urheimat der Indogermanen vertraten bzw. – was wahrscheinlich gewichtiger war – eine nichtarische Urgroßmutter hatten, als Diskriminierung an, daß sie aus dem >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< herausgehalten oder wieder herausgeboxt wurden, und überlegten sich, ob sie dafür Wiedergutmachung beantragen sollten.²

Was war das für eine Institution, die zumindest in den Jahren 1940 bis 1942 die überwältigende Mehrheit der etablierten Wissenschaftler dazu brachte, von ihren sonstigen Forschungen abzulassen bzw. sie wenigstens auf ein vorgegebenes Thema auszurichten? In welchem forschungspolitischen Zusammenhang stand sie und wo lag das Interesse des nationalsozialistischen Regimes an ihr? Wie ist die fast ausnahmslose Zustimmung zu erklären, die ihr die Wissenschaftler entgegenbrachten?

Über den Faschismus sprechen – Analyse in Ders. (Hg.): Sprache im Faschismus. Ffm. 1989, passim)

¹ SCHÖNWÄLDER, op. cit., 30. Die noch weiter gehende These von Max WEINREICH, (Hitler's Professors NY, 1946 S.17): "(...) nationalsocialism was in no way alien to German universities at the time of Hitler's advent," wäre auf jeden Fall sehr zu differenzieren.

² KRAHE hatte im Rahmen der Altertumswissenschaften das Thema „Frühe Sprachgeschichte von Hellas und Italien“ übernommen (BAK NS 21/37). Von einem Wiedergutmachungsantrag sah er erst auf Anraten seines Lehrers Ferdinand SOMMER ab. SOMMER an KRAHE, 28.11.46, UA Tü 267/34.

Bevor ich mich derartigen Fragen ausführlich zuwende, scheint es mir allerdings notwendig, den Begriff "Geisteswissenschaften" einmal historisch-kritisch unter die Lupe zu nehmen.

0.2 Zur Unterscheidung von Natur- und Geisteswissenschaften (Exkurs)

Die Emanzipation der Wissenschaften von sie bevormundenden Mächten wie den Kirchen geriet im 19. Jahrhundert durch den beispiellosen Erfolg vor allem der Physik und der Chemie in eine nicht vorhergesehene Krise:¹ Das in diesen Fächern praktizierte methodische Paradigma war vorwiegend wegen dieses für die Wirtschaft so wichtigen Erfolgs nur noch schwer angreifbar, aber auch nicht so ohne weiteres auf andere Disziplinen, vor allem die philosophische übertragbar. Wie war der Universalitätsanspruch der Wissenschaft aufrechtzuerhalten angesichts des hier drohenden Schismas? Theoretisch gab es eigentlich nur zwei Möglichkeiten:

- ▶ allen Fächern, die sich diesem Paradigma nicht unterwarfen oder (nach der damaligen Hochrechnung) wahrscheinlich nie unterwerfen ließen, die Wissenschaftlichkeit abzuspochen oder:
- ▶ die unvereinbaren Wahrheitsbegriffe in den Wissenschaften als Varianten einer Art Überwahrheit zu deklarieren.

Den ersten nach dem damaligen Forschungsstand ehrlicheren Weg haben tendenziell vor allem die USA eingeschlagen. Deren Unterscheidung zwischen "*sciences*" und "*humanities*" reflektiert noch heute trotz energischer Versuche der "*humanities*", das in den "*sciences*" vorgegebene Paradigma zu simulieren, diesen radikalen Lösungsweg, der die philologischen Fächer später zu einer Art Appendix der naturwissenschaftlichen machte.

In Deutschland schlug man den anderen Weg ein. Um die Jahrhundertwende gab es hier vor allem in der Philosophie neukantianischer (WINDELBAND, RICKERT), hermeneutischer (DILTHEY) und phänomenologischer (SCHELER) Provenienz erhebliche Anstrengungen in Richtung auf eine Kompatibilisierung der divergierenden Wahrheitsbegriffe. Diese Anstrengungen kamen freilich kaum irgendwo über eine wissenschaftstheoretisch bedenkliche "*Zwei-Reiche-Lehre*"

hinaus. Zumeist erschöpften sie sich in Unterscheidungen wie z.B. in "*nomothetische*" und "*ideographische*" Wissenschaften (WINDELBAND, RICKERT), in "*erklärende*" und "*verstehende*" (DILTHEY), in "*Herrschafts-*" und "*Bildungswissenschaften*" (SCHELER, der noch eine 3. Kategorie zur Rettung der Theologie hinzufügte: "*Erlösungswissenschaften*")²

Allgemein durchgesetzt hat sich die Unterscheidung in "*Natur-*" und "*Geisteswissenschaften*". Zu Beginn des 2. Reichs wird sie bereits trotz ihrer mangelnden Fundierung als Selbstverständlichkeit gehandhabt. Die Auslagerung der Mathematik und der Naturwissenschaften aus der Philosophischen Fakultät, in der sie ja ursprünglich beheimatet waren, ist entsprechend dieser Unterscheidung mit dem Neubeginn nach dem 2. Weltkrieg an allen deutschen Universitäten abgeschlossen.³ Und das, obwohl inzwischen der Universalitätsgedanke, der der Anlaß dieser Spaltung war, längst zugunsten des Nationalitätsgedankens aufgegeben worden war.

Man mag die Spaltung der Universitäten in Natur- und Geisteswissenschaften mit guten Gründen als problematisch oder gar unhaltbar beurteilen. Man mag sie, wie es einige Marxisten tun, lediglich als universitären Reflex der gesellschaftlichen

¹ Dazu ausführlicher: Gerd SIMON: Ein alternatives Wissenschaftskonzept. Semiotische Berichte 14, 1, 2, 1990, 31-53

² Dabei ist nicht zu verkennen, daß alle diese Richtungen im Laufe der Zeit viele Differenzierungen vornahmen. RICKERT z.B. ging sehr bald zu einer Dreiteilung über. s. dazu Fritz K. RINGLER: Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933. Stgt. 1983, 1987² S. 330ff. u. ö. – Erfrischend in damaliger Zeit allein: Julius KRAFT: Die Unmöglichkeit der Geisteswissenschaft. HH. 1934, 1977³ – Wissenschaftshistorisch unzulänglich, aber sonst zukunftsweisend: Winfried D'AVIS: Neue Einheit der Wissenschaften. Methodologische Konvergenzen zwischen Natur- und Sozialwissenschaften. Ffm. 1984 – vgl. a. Alwin DIEMER: Die Differenzierung der Wissenschaften in die Natur- und die Geisteswissenschaften und die Begründung der Geisteswissenschaft als Wissenschaft. in: ders. (Hg.): Beiträge zur Entstehung der Wissenschaftstheorie im 19. Jahrhundert. Vorträge und Diskussionen im Dezember 1965 und 1966 in Düsseldorf. Meisenheim a. Glan. 1968, S. 174-223

³ Die Diskussion über die Gründung eigener naturwissenschaftlicher Fakultäten neben den philosophischen setzt in Deutschland Mitte des 19. Jahrhunderts ein und führt erstmals in Tübingen am 5. August 1863 zur Spaltung, was sie aber keineswegs verstummen, sondern eher noch verschärft aufleben läßt, vor allem weil sie lediglich aus pragmatischen Gründen erfolgte, nur die medizinischen, chemischen und biologischen Fächer, nicht aber die Physik, Mineralogie etc. betraf. – s. VAHLEN/KRÜGER/KOLBE: Zur Frage der Teilung der

Spaltung in Hand- und Kopfarbeiter oder auch als Zerfall der Universitäten in Agenturen von Besitz- bzw. Bildungsbürgertum begreifen. Man mag in ihr nur eine grobe, aber auf den ersten Blick sichtbare Entscheidungshilfe für geldgebende Instanzen sehen. Für die Wissenschaftsgeschichtsschreibung relevant ist an ihr vor allem, daß sie sich auf der Ebene der Fakten durchgesetzt hat, ob sich die Unterscheidung bei näherem Zusehen als wissenschaftstheoretisch haltbar erweist oder nicht. Und sie tut gut daran, wie das hier geschehen ist, von vornherein auf die theoretische Fragwürdigkeit der Unterscheidung von Natur- und Geisteswissenschaften aufmerksam zu machen, wenn sie ihre Darstellung nicht bei jeder Gelegenheit mit distanzierenden Bemerkungen belasten will. Es ist klar, daß die Sprachwissenschaften, die in dieser Veröffentlichung im Mittelpunkt stehen, in allen zeitgenössischen Publikationen zu den Geisteswissenschaften gerechnet werden, obwohl zumindest eine ihrer Unterdisziplinen, die Phonetik, als eine überwiegend an der medizinischen Fakultät eingerichtete Unterdisziplin der physikalischen Akustik fast ausschließlich naturwissenschaftlich ausgerichtet ist.

0.3. Die Richtschnur

HITLER geht in "Mein Kampf" mehrfach auf Bildungsfragen ein. Die Dichotomie von Natur und Geist, von Materie und Idee wird dabei nicht hinterfragt.¹ Das gilt erst recht für die vielzitierte Passage, die auch dem Wissenschaftsministerium als Richtschnur bei der Forschungssteuerung dient:

*"Es liegt im Zuge unserer materialistischen Zeit, daß unsere wissenschaftliche Ausbildung sich immer mehr den nur realen Fächern zuwendet, also der Mathematik, Physik, Chemie usw. So nötig das für eine Zeit auch ist, in welcher Technik und Chemie regieren und deren wenigstens äußerlich sichtbarste Merkmale im täglichen Leben sie darstellt, so gefährlich ist es auch, wenn die allgemeine Bildung der Nation immer ausschließlicher darauf eingestellt wird. Diese muß im Gegenteil stets eine ideale sein."*²

Dieser Richtschnur entsprechend dachten die Nationalsozialisten nie daran, die Geisteswissenschaften abzuschaffen oder auszutrocknen. Mit Beginn des Vierjahresplans 1936 versuchten sie diese lediglich in die Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkrieges und in die Nachkriegsplanung stärker einzubinden. Der lapidaren Feststellung in dem vom Propagandaministerium herausgege-

¹ Allerdings gab es auch unter den ns. Hochschulpolitikern Problematisierungen der Kluft zwischen Natur- und Geisteswissenschaften, s. Joachim HAUPT: Hochschule und Wissenschaft. Der dt. Student, Jan. 1935, 4-9 sowie ders.: Nationalsozialistische Geschichtsauffassung. Hochschule u. Ausland, Apr. 1935, 1-6 – Karl ASTEL: Abschaffung der Metaphysik. NS-Monatshefte, H. 1, 812.36, 1118-1119; teilweise abgedruckt in: Leon POLIAKOV/Josef WULF: Das Dritte Reich und seine Wissenschaft und Philosophie im Dritten Reich. Bln. 1938, S. 16ff – Ferdinand WEINHANDL: Organisches Denken. Bücherkunde 4, 1937, 194ff – Im Kriege nehmen die "Dritte-Weg-Lösungen" zu. s. z.B. Walter GROSS: Nationalsozialismus und Wissenschaft. NS-Monatshefte 154, 1943, 4-23 – GROSS, der damals nicht nur Leiter des Rassenpolitischen Amtes, sondern auch des Hauptamtes Wissenschaft im >Amt Rosenberg< war, wollte die Unterscheidung von Geistes- und Naturwissenschaftlern ersetzt wissen durch die *"des gediegenen deutschen Gelehrten"* und den der *"betriebsamen Intellektuellen der neuen liberalen Geistigkeit, die im jüdischen Wissenschaftsbetrieb ihr Vorbild und ihre Vollendung gefunden"* habe. (S. 5) – Fritz KUBACH: Studenten, Wissenschaft und Hochschule. Geist der Zt. 1/2, 1944, 2-16 sieht die Einheit der Wissenschaften durch nationalsozialistische Weltanschauung gegeben. – Gerhard BAUMANN: Geisteswissenschaft im Kriege. Geist der Zeit 18, 5, Mai 1940, 267-273 sowie Hinrich KNITTERMEYER: Die Einheit der Wissenschaft. Rasse 8, 1941, 329-337 und viele andere im Begriff der Rasse.

² Adolf HITLER: Mein Kampf. 461. – 465. Auflage. Mchn. 1942, S. 469 – vgl. a. Hans HUBER: Erziehung und Wissenschaft im Kriege. Berlin 1940, S. 13

benen "Zeitschriften-Dienst" wurde auch von anderen Politikern nicht widersprochen:

*"Es ist ein Grundsatz der nationalsozialistischen Kriegführung die deutsche Kulturarbeit ohne Unterbrechung fortzuführen."*¹

Es ist klar, daß die nationalsozialistischen wie die vorhergehenden und die nachfolgenden Regierungen den Geisteswissenschaften bei der Verteilung der Geldmittel trotzdem keineswegs mehr als Brosamen zukommen lassen wollten.² Aber eine die geisteswissenschaftlichen Disziplinen betreffende partielle Schließung der Universitäten – wie sie seit Anfang der 80er Jahre dieses Jahrhunderts in der BRD diskutiert wurde – stand bei den Nazis nie zur Debatte. Als entsprechend nach Ausbruch des 2. Weltkrieges Anfang 1940 auch die zunächst geschlossen gebliebenen Universitäten wieder eröffnet und viele Neuerungen wie zum Beispiel die Trimester-Regelung getroffen wurden, galten die meisten Bestimmungen auch für die Geisteswissenschaften.

Die Legitimationsnot dieser Fächergruppe bestand selbstverständlich auch im Dritten Reich, und wurde auch von ihren maßgeblichen Vertretern gesehen:

*"(...) die Anschauung, daß die Geisteswissenschaften im Kriege eigentlich überhaupt nicht einsatzfähig seien, ist sehr stark verbreitet. Sie beherrscht nicht nur weiteste Kreise außerhalb des eigentlichen Universitäts- und wissenschaftlichen Lebens, sondern sie wird zum Teil in den Reihen der Wissenschaften selbst, und hier vor allen Dingen in der Naturwissenschaft, vertreten".*³

Paul RITTERBUSCH, der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Zeilen bereits Leiter des >Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften< war, weiß diese

¹ Zss.-Dienst vom 25.4.41 k – - zit. n. Volker LOSEMANN: Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933-1945. (Historische Perspektiven 7). HH. 1977. S. 112

² Natürlich gewürzt mit Vertröstungen auf spätere Zeiten: DFG-Präsident "Mentzel führte noch aus, dass sicher nach Beendigung der Aufrüstung in etwa 4 Jahren sich die Staatsforschung ganz besonders der Geisteswissenschaft annehmen würde" (AV. SIEVERS über eine Besprechung in der DFG am 3.3.37, BAK NS 21/704)

³ Paul RITTERBUSCH: Wissenschaft und Hochschule im Kriege. Neumstr. 1940, S. 10f.

Bedenken aber in – wie wir sehen werden – spezifisch nationalsozialistischer Weise zur Formierung der Geisteswissenschaften zu nutzen.

0.4 Geist und Krieg

Möglich war diese Formierung, weil die Nationalsozialisten schon frühzeitig und ohne Widerspruch aus den Reihen der Geisteswissenschaftler Geist und Krieg als zwei Seiten ein und derselben Medaille behandelt hatten. Klassisch war in dieser Hinsicht GOEBBELS' Formulierung in seiner Rede zur Eröffnung der "Woche des deutschen Buches" in Weimar am 31. Oktober 1937:

"Das Buch ist die Waffe des friedlich aufbauenden Geistes, das Schwert die Waffe der Sicherung der nationalen Lebensgüter. Sie sind keine Gegensätze. Sie bedingen sich einander [sic!], und wir werden auch immer im Verlauf der Geschichte feststellen können, dass ganz grosse historische Persönlichkeiten sich der Feder u n d des Schwertes bedienten, um das Leben ihrer Völker zu gestalten".¹

Das Zitat ist eines der Beispiele dafür, wie der Propagandaminister es verstand, durch raffinierte Mischung gegensätzlicher Dinge nicht nur den Krieg zu beschönigen und als quasi natürlich hinzustellen, sondern auch dem Geist durch Zusammenordnung seiner Vergegenständlichungen Feder und Buch mit kriegerischen Gegenständen (Waffen) einen militärischen Bedeutungshof zu verleihen.

[fortsetzen!]

¹ Joseph GOEBBELS: Reden in Pressenotizen. (Unveröffentlichte Sammlung in der Bibliothek der Neuphilologischen Fakultät der Universität Tübingen. Mag. Allg. K 48/60e 27) Das Thema "Buch und Schwert" wird entsprechend Motto der Woche des deutschen Buches 1940. s. Hans THIERBACH: Zur Woche des deutschen Buches. Geist der zeit 18, 12, Dez. 1940, 766-8

0.5 Kriegsvorbereitungen im Wissenschaftsministerium

Es gibt viele Hinweise darauf, daß man im Wissenschaftsministerium frühzeitig mit einem Ausbruch des 2. Weltkrieges rechnete.¹ Zumindest nach dem 1. September 1939 bekannte man sich in dieser Institution offen dazu, daß man auf diese Situation bestens vorbereitet gewesen ist:

*"In Organisation, Intensität und Fortschritt lebens- und kriegswichtiger Forschung hat sich Deutschland den gleichen Vorsprung gesichert wie auf dem Gebiete der rein politischen und militärischen Bereitschaft. In diesen Krieg trat die deutsche Forschung innerhalb und außerhalb der Hochschule bereits mit einer klar abgegrenzten und schon lange vorbereiteten Aufgabe. Es bedurfte meist nicht der umständlichen Umstellung auf unmittelbare lebens- und kriegswichtige Ziele. Diese Ziele waren der deutschen Forschung schon seit Jahren durch das Gesamtprogramm des Vierjahresplans, durch Sicherung der eigenen Ernährungsgrundlage wie durch den Ausbau der Wehrmacht gesteckt. Zum planmäßigen sinnvollen Einsatz der Menschen, Mittel und Einrichtungen wurde durch den Reichserziehungsminister der Reichsforschungsrat eingesetzt, dessen feierliche Verpflichtung in Gegenwart des Führers und Generalfeldmarschalls Göring stattfand."*²

Dieser Aussage Hans HUBERs, des späteren Verbindungsmannes des Wissenschaftsministeriums mit RITTERBUSCHs >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<, widerspricht nicht die lapidar zusammenfassende Analyse der Forschungssituation des Jahres 1938 durch den Sicherheitsdienst:

"Die nicht erreichte Zusammenarbeit der Kulturbehörden und eine mangelnde einheitliche Sachplanung gegenüber den einzelnen Kulturinstituten hat bedingt, daß die in den Geisteswissenschaften tätigen Personen nach wie vor ziemlich sich

¹ Die Autorengruppe des Sammelbandes "Die Berliner Akademie" op. cit. III, 1979, 112f. sieht im >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< eine Reaktion auf das Scheitern der Blitzkriege. Diese Einschätzung verdankt sich einem viel zu spät angesetzten Datum für den Beginn dieser Aktion und muß daher als eindeutig widerlegt gelten.

² HUBER loc. cit. S. 24f. Zu HUBER s. die PA. im BDC. Danach gehörte H. schon 1923 der SA an. Später arbeitet er für den Sicherheitsdienst.

selbst überlassen sind, so daß sich der Einzelne selbst seine Aufgabe stellt. Daher konnten innerhalb der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen z.T. ausgeprägte gegensätzliche Gruppenbildungen entstehen. Das gilt für die Vorgeschichte, für die Germanenkunde, für die Volkskunde, für die Anthropologie ..."¹

Diese Analyse geht nämlich von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß eine nicht uniformierte Wissenschaft ein Negativum ist. Ich sehe einmal davon ab, daß die gegensätzlichen Gruppenbildungen in den Geisteswissenschaften des 3. Reiches ihre wichtigste Ursache in innerparteilichen Querelen hatten, also keineswegs als typisch für die Geisteswissenschaften an den Hochschulen anzusehen sind, und eher den Charakter von Hahnenkämpfen zwischen Sekten hatten. Der Sicherheitsdienst meldet denn auch schon bald nach Kriegsausbruch (am 25. 10. 39):

*"Die Institute der Universitäten und Technischen Hochschulen stellen sich mehr und mehr auf kriegswichtige Aufgaben um".*²

Planungsspannen, wie sie der Sicherheitsdienst ebenda meldet, daß man also versäumte, den Hochschulen Rohstoffe für Experimente sicherzustellen usw., deuten nicht unbedingt daraufhin, daß man auf den Kriegsausbruch nicht vorbereitet war, zumal die Forscher die Möglichkeit hatten, diese über Wehrmacht und Industriefirmen mehr als wettzumachen.

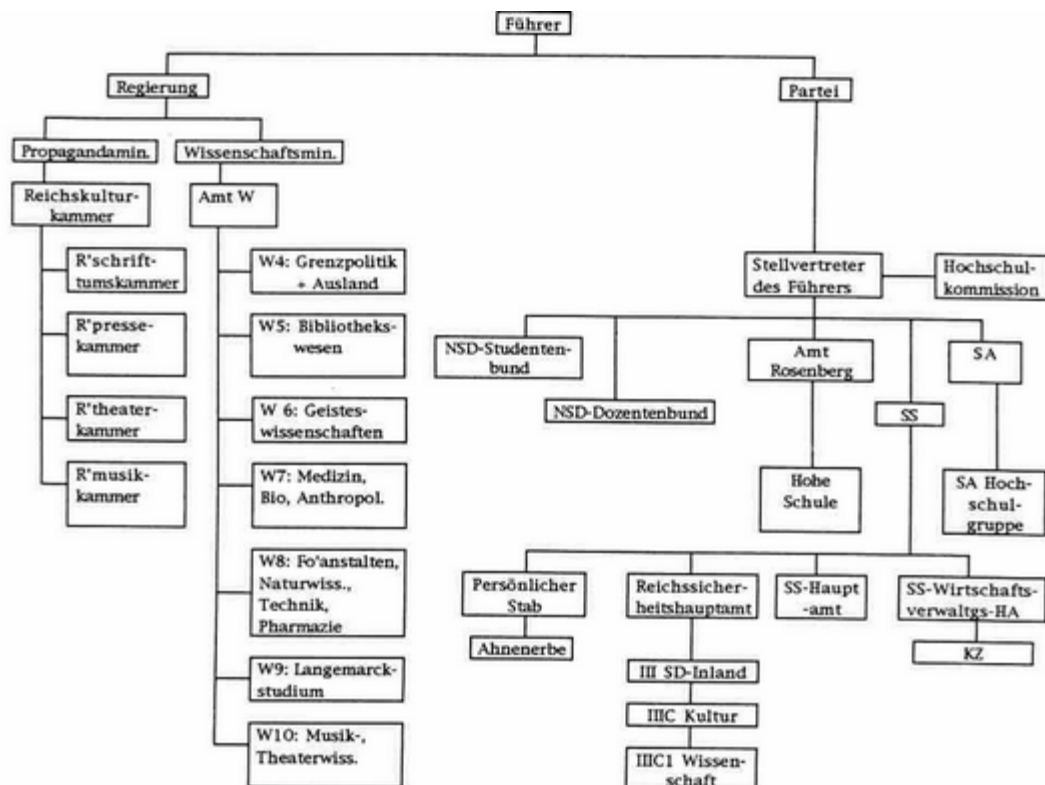
Hans HUBER erwähnt in dem soeben zitierten Abschnitt bereits eine Reihe von forschungspolitischen Machtzentren, deren spannungsreichen Beziehungsgeflecht ich mich jetzt zuwenden möchte.

¹ Heinz BOBERACH (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945. Hersching 1984, Bd. 2 (1938 – 10.Nov. 1939) S. 81

² ibid. S. 391

0.6 Die forschungspolitischen Machtzentren

Wenn Wissenschaftler mehr als Individualforschung, also so etwas wie Teamwork betreiben wollten, welches schon im 3. Reich – spätestens seit einem Führererlaß von 1942 – als Normalform von Wissenschaft behandelt wurde¹ bzw. wenn ihre Forschung den üblichen Finanzrahmen sprengte, sei es wegen teurer Forschungsinstrumente, sei es wegen ausgiebiger Forschungsreisen, dann hatten sie zur Hauptsache direkt oder indirekt folgende mit der Forschungsmittelvergabe befaßte amtliche und nichtamtliche Stellen und deren Position im Machtgefüge des nationalsozialistischen Regimes zu beachten (s. **Figur 1**)



Figur 1: Die Herrschaftsverhältnisse im regierungs- und parteiamtlichen Bereich des 3. Reichs – Schwerpunkt Wissenschaft

Graphische Darstellungen sind immer grobe Vereinfachungen, schon weil die zweidimensionale Wiedergabe drei- und mehrdimensionaler Beziehungen

notgedrungen dazu führt, daß wichtige Aspekte ausgeblendet werden. Andererseits täuschen sie ein Bild von Einflußstärke und -richtung vor, das in dieser Eindeutigkeit durch historische Fakten schwer belegt werden, ja in mancher Hinsicht irreführend sein kann. So ist Figur 1, die eher die formale Zugehörigkeit von forschungspolitisch relevanten Stellen zu den zwei der drei wichtigsten Machtbereichen Staat und Partei festzuhalten sucht, nur schwer zu entnehmen, daß es zu Beginn des 2. Weltkrieges und in dessen Verlauf in zunehmendem Maße die SS und der Vierjahresplan sind, deren forschungspolitische Vorstellungen letztlich den Ausschlag gaben, zumal sie über weite Strecken im Einklang miteinander standen. Ich halte es daher für notwendig zu betonen, daß es sich bei Figur 1 nur um ein Gerüst für das Erstverständnis handelt, das es mit zunehmendem Eindringen in die Materie gilt, zugunsten eines weitaus komplexeren, zweidimensional nicht darstellbaren Bildes wieder abzubauen.

¹ vgl. dazu der in Kap. 2.5 zitierte Führererlaß

1. Regierungsamtliche Forschungspolitik

"Das Volk gewinnt die Wahrheit seines Daseinswillens zurück, denn Wahrheit ist die Offenbarkeit dessen, was ein Volk in seinem Handeln und Wissen sicher, hell und stark macht. Aus solcher Wahrheit entspringt das echte Wissenwollen. Und dieses Wissenwollen umschreibt den Wissensanspruch. Und von daher werden schließlich die Grenzen ausgemessen, innerhalb deren echtes Fragen und Forschen sich begründen und bewähren muß. Aus solchem Ursprung entsteht uns die Wissenschaft. Sie ist gebunden in die Notwendigkeit des selbstverantwortlichen völkischen Daseins. Wissenschaft ist daher die in solcher Notwendigkeit gebändigte erzieherische Leidenschaft, wissen zu wollen, um wissend zu machen. Wissend-sein aber heißt uns: der Dinge in Klarheit mächtig und zur Tat entschlossen sein."

(Martin HEIDEGGER, am 11. 11. 33 die Frage beantwortend, was der Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund für die Wissenschaft bedeutet.)

"Es gilt zu erkennen, daß in unseren Tagen, in denen um Sein oder Nicht-Sein unsers Volkes überhaupt gerungen wird, zugleich um Sein oder Nicht-Sein des deutschen Geistes, deutscher Philosophie, Wissenschaft und Universität, ja, um Wahrheit selbst gerungen wird."

(Paul RITTERBUSCH, 1935 – Juraprofessor, Rektor der Uni Kiel, ab 1940 Leiter des >Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften<, stellvertretender Leiter des Amtes für Wissenschaft im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.)

"Alles sollte aus der kompromißlosen Situation des Krieges seinen Wert und Rang erhalten."

(Derselbe, 1941)

1.1 Das Wissenschaftsministerium (REM)

Die Ergebnisse bisheriger Recherchen zur Forschungspolitik des Wissenschaftsministeriums, genauer: Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (schon damals per Erlaß REM abgekürzt) belaufen sich im wesentlichen in einem lediglich ein Dilemma artikulierenden Satz, daß das Wissenschaftsministerium, insbesondere der Wissenschaftsminister selbst, kaum mehr als ein Schilfrohr im Winde war, eine Resultante der verschiedenen mit Wissenschaft befaßten Stellen, ohne einheitliche Linie oder auf einen Nenner zu bringendes Konzept, daher schlecht berechenbar und voller Überraschungen. Schon die meisten forschungspolitisch tätigen Zeitgenossen haben das nicht sehr viel anders gesehen. Sogar im Wissenschaftsministerium selbst wurde das so bewertet. Der neu eingestellte Wissenschaftsreferent HARMJANZ laut WÜST:

*"HARMJANZ bemerkte auch noch, (...) dass es seine besondere Aufgabe sei, mit allen Einflüssen aufzuräumen, die in steigendem Masse auf die Entscheidungen des Reichswissenschaftsministeriums einzuwirken versuchten. Heute kümmere sich ja bereits die letzte Feuerwehr um Dinge, die eigentlich nur das Reichswissenschaftsministerium angehen."*¹

An diesen Verhältnissen hat freilich auch HARMJANZ nichts ändern können. Auch der nach HARMJANZ' unrühmlichem Abgang als Wissenschaftsreferent ins Wissenschaftsministerium berufene Erich HOFMANN äußert sich über ein Vierteljahrhundert später in die gleiche Richtung: RUST habe *"wenig Energie"* gehabt, hätte sich vor allem durch GOEBBELS *"dauernd überspielen"* lassen und sei *"so unentschlossen"* gewesen, *"daß er oft seine Erlasse nach kurzer Zeit wieder aufhob"*.¹ Ich habe auch Zweifel, ob ein (bisher fehlendes) gründliches Studium des vom Wissenschaftsministerium hinterlassenen Aktenmaterials, von

¹ WÜST kolportiert hier eine Aussage des Lehrers von HARMJANZ, Otto MAUSSER. WÜST an HIMMLER, 24. 5. 37, BAK NS 21/691

dem ich nur den in Potsdam und Koblenz aufbewahrten Teil zu Gesicht bekam, dieses Bild gravierend revidieren kann. Fast alle Wissenschaftsgeschichten konzentrieren sich daher mit Recht auf Kräfte, die dieses Schilfrohr in Bewegung hielten.



Figur 2: Der Wissenschaftsminister Bernhard Rust (links) auf einem Empfang am 14.2.38 im REM, auf dem ihm der griechische Gesandte Rizo Rangabé das Diplom eines Ehrendoktors der Uni Athen überreicht

Natürlich versuchte sich das Wissenschaftsministerium bei allen Schwankungen an Überzeugungsmotiven zu orientieren, die man als nationalsozialistischen Minimalkonsens hinsichtlich der Forschungspolitik bezeichnen könnte. Diesem Konsens am nächsten gekommen sein dürfte RUST (s. Fig. 2) mit seiner Rede auf der 550-Jahr-Feier der Heidelberger Universität am 29. Juni 1936.² Unter dem Titel

¹ Erich HOFMANN: Die Christian-Albrechts-Universität in preußischer Zeit. in: "Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1665 – 1965", Bd. 1, Tl. 2. Neumster 1965, S. 94

² Bernhard RUST: Nationalsozialismus und Wissenschaft. in: B. RUST /E. KRIECK: Das nationalsozialistische Deutschland und die Wissenschaft. Heidelberger Reden. Mit einem Vorwort von Walter FRANK. Hamburg 1936. Die folgenden Zitate nach einem Neuabdruck in den "Dokumenten der Deutschen Politik", Reihe: Das Reich Adolf HITLERs. Hg. v. P. MEIER-BENNECKENSTEIN. Berlin 1937, Bd. 4 S. 309-317 (Dokument 52) – Zum >Wissenschaftsministerium< s. a. die Darstellung seines Ministerialrats Otto Graf zu RANTZAU: Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Berlin 1939

"Nationalsozialismus und Wissenschaft" stellt sich der Wissenschaftsminister den Vorwürfen des Auslands, im 3. Reich würde *"die Wissenschaft zur Magd der politischen Gewalt erniedrigt"* sowie *"ihrer Freiheit und Unabhängigkeit beraubt"*. Auf den Hauptanlaß dieser Vorwürfe, die Entfernung marxistischer und jüdischer Forscher aus den Universitäten, geht er dabei folgendermaßen ein:

"Die nationalsozialistische Bewegung hat sich vor der Geschichte die Aufgabe gestellt, dem in sich zerklüfteten und an seiner Zukunft verzweifelnden deutschen Volk den Glauben an seine Substanz wiederzugeben und eine neue Einheit der Nation aus den lebendigen Kräften des Volkes zu gestalten. Zu groß war die Aufgabe, als daß der Nationalsozialismus nach Erringung der Macht durch eine falsche Duldsamkeit gegenüber dem Feind des deutschen Selbstvertrauens sein Werk hätte gefährden dürfen. So hat er den unbelehrbaren Feind des deutschen Wiederaufstiegs, den marxistischen Leugner des nationalen Prinzips, von allen verantwortlichen Stellen des öffentlichen Lebens entfernt und ihm so die Möglichkeit genommen, seine politischen Ideen zu verwirklichen. Wenn er dabei vor den Toren der Universität nicht haltmachen konnte, so nur darum, weil auch hier Vertreter des Regiments saßen, das wir soeben gestürzt hatten. Wir haben sie nicht entfernt als Vertreter der Wissenschaft, sondern als Parteigänger einer politischen Lehre, die den Umsturz aller Ordnungen auf ihre Fahne geschrieben hatte. Und wir mußten hier umso entschlossener zugreifen, als ihnen die herrschende Ideologie einer wertfreien und voraussetzungslosen Wissenschaft ein willkommener Schutz für die Fortführung ihrer Pläne zu sein schien. Nicht wir haben uns an der Würde der freien Wissenschaft vergangen, wenn wir dem politischen Gegner auch dort entgegentraten, wo er sich in den Mantel der geistigen Autorität hüllte. Wir haben ihn ausgeschieden, nicht weil er für die Freiheit der Wissenschaft eintrat, sondern weil er ihren Namen mißbrauchte. Nichts gibt ihm das Recht, sich als ihren Märtyrer zu bezeichnen, sobald sich auch an ihm das Gesetz des politischen Kampfes erfüllt. – Aber es gab noch eine zweite Kategorie von Vertretern der Wissenschaft, die auch vom Grundgesetz des neuen Staates betroffen wurde. Es waren diejenigen, die uns nach Blut und Artung nicht

zugehören, und denen darum die Fähigkeit abgeht, aus deutschem Geist die Wissenschaft zu gestalten."

Rust hat also zwei miteinander verknüpfte nicht hinterfragte und nach seiner Überzeugung auch nicht hinterfragbare Vorentscheidungen getroffen:

1. daß Wissenschaft sich den Grundprinzipien der Politik beugen müsse
2. daß auch die Wissenschaft bestimmt sein müsse vom *"Gesetz des politischen Kampfes"*.

Zwar begrüßt RUST den Begriff der *"Wissenschaftsfreiheit"* und die Emanzipation der Wissenschaft von der Kirche, hält es aber für ein natürliches Recht der Herrschenden, an Stelle der Kirche die Grundprinzipien der Wissenschaft festzulegen. Jedenfalls findet das Selbstbestimmungsrecht der Wissenschaft dort seine Grenze, wo die Interessen der Mächtigen berührt sind. Emanzipation der Wissenschaft bedeutet hier also nicht Befreiung aus Unmündigkeit, sondern Ersetzung der Kirche als bevormundender Größe durch Staat und Partei. Innerhalb dieses forschungspolitischen Rahmens wird immerhin angedeutet, daß die Wissenschaft bleiben kann, was sie war. Unterwerfung der Wissenschaft unter die jeweilige Gewalt konnte im 3. Reich getarnt werden, indem man die Wissenschaft an eine Verantwortung für das Ganze band, das Ganze freilich ineinsetzte mit dem deutschen Volk, dessen Willen überdies nur der Führer zu artikulieren verstand. Ansätze dazu finden wir auch bei RUST:

"Die Bindung des Menschen an das Ganze seiner Wirklichkeit, an die Gemeinschaft des Blutes und der Geschichte ist nichts dem Menschen Zufälliges, etwas wovon er sich befreien soll ..."

Diese Tarnung war im Wissenschaftsbereich deswegen so erfolgreich, weil das Gegenteil von Bevormundung ja in der Tat nicht die Willkür des einzelnen Wissenschaftlers sein konnte. Was heißt Wissenschaftsfreiheit positiv? Auch heute sind wir bekanntlich weit von einer allgemein akzeptierten Antwort dieser Frage entfernt. Auch sind Begriffe wie *"sozialverpflichtete"* oder *"umweltfreundliche"* Wissenschaft, wie sie unter dem Stichwort *"Forschungsethik"* immer wieder auftauchen, Verallgemeinerungen, die den früheren Begriffen der Ganzheitsverantwortung, der Volksverbundenheit und etwa des deutschen Waldes

oder der deutschen Eichen und anderen, die z.B. zum Naturschutzgesetz von 1935 führten, doch bedrohlich nahe stehen. Ich sehe einmal davon ab, daß die Wissenschaftsemanzipation auch in Demokratien als keineswegs abgeschlossen betrachtet werden kann.

Die Nationalsozialisten verstanden es jedenfalls, auch in der Wissenschaft damals anerkannte Allgemeinbegriffe wie den der Ganzheit für ihre Interessen und Überzeugungen zu vereinnahmen, sie derart mit Inhalt zu füllen und in Praxisbezüge einzubetten, daß die Verfolgung von Marxisten und Juden als natürliche oder logische Folge erscheinen konnte. Die Besetzung des Ganzheitsgedankens von der Blut- und Boden-Ideologie her erschwerte es sogar nach dem 2. Weltkrieg umgekehrt, Wissenschaft und Verantwortung in eine engere Beziehung zu bringen. Sätze wie die folgenden, die damals mit Sicherheit zum nationalsozialistischen Minimalkonsens gehörten, hatten verheerende Wirkung auf die Wissenschaftsentwicklung weit über 1945 hinaus:

"Unsere Einsicht in die Volksverbundenheit von Wissenschaft ist die Feststellung einer Tatsache, nicht eine Forderung, die wir von außen an sie heranbringen. Wir verdrängen nicht das Gesetz der Wissenschaft durch das Gesetz der Politik. Gewiß stellen wir auch Forderungen an den Träger der Wissenschaft selbst. Er soll sich auch als Forscher der Verantwortung gegenüber seinem Volke bewußt bleiben; aber das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die von jedem anderen Glied dieses Volkes in gleicher Weise gilt. Der Nationalsozialismus ist nicht gekommen, um der Wissenschaft Vorschriften zu machen und sie ihrer Unabhängigkeit zu berauben, sondern er hat ihr eine neue Grundlage gegeben, aus der sie gerade die Kraft der Selbstgewißheit schöpfen kann. Der Streit um Freiheit oder Gebundenheit der Wissenschaft ist müßig, da er gar nicht um einen wirklichen Gegensatz geführt wird. Die Wissenschaft ist sowohl frei wie gebunden, sie ist gebunden in der Substanz an etwas, was nicht selbst Wissenschaft ist, aber sie ist frei in der Form ihrer Begegnung mit der Wirklichkeit."

Solche Sätze diskreditierten den Gedanken der Wissenschaftsverantwortung über Jahrzehnte hinaus. Es sind gerade solche *"Schilfrohre im Winde"*, wie RUST und sein Ministerium, die in ihrem Bemühen, den bis 1933 eher reservierten sowie den nach 1933 durch die rüpelhafte Form des Auftretens etwa der SA oder der SS angewiderten Wissenschaftlern die nationalsozialistische Gangart an den Universitäten erträglich oder gar schmackhaft zu machen, Formulierungen finden, die unter den Forschern auf hohe Akzeptanz stießen. Die Nationalsozialisten kannten die Bedeutung der Akzeptanz von Betroffenen theoretisch sehr gut und handelten meistens danach. Die Rede vom *"Resonanzboden"*, ohne den alle ideologische Arbeit wertlos bleiben würde, war schon den Nationalsozialisten vertraut.¹ Darüber darf freilich nicht vergessen werden, daß sich das Wissenschaftsministerium mit den zitierten Sätzen auf einem schmalen Grat bewegte, die sehr viel weitgehenderen Forderungen vor allem des NSD-Dozentenbunds oder des Amtes ROSENBERG vor Augen. Die Rede von der *"neuen Grundlage"* in der soeben zitierten Stelle deutet das bereits an. Fast schon im Widerspruch zu dem soeben Zitierten öffnet RUST seine Rede daher gegenüber den in der Partei vorherrschenden forschungspolitischen Vorstellungen:

"Man verkennt die Tiefe der geistigen Revolution, die der Nationalsozialismus hervorrief, wenn man meint, daß er lediglich aus seinen praktischen Bedürfnissen der Wissenschaft neue Aufgaben stelle. Gewiß scheut der nationalsozialistische Staat auch nicht davor zurück, die Wissenschaft zur Lösung seiner Probleme mit heranzuziehen. Das Entscheidende auf diesem Gebiete liegt aber nicht in diesen technischen Zwecksetzungen, sondern darin, daß der Nationalsozialismus mit seiner Schau des Menschen nicht nur befruchtend auf die einzelnen Disziplinen wirkt, nicht nur einer neuen Auffassung vom Recht, einem neuen Selbstverständnis des Arztes bahnbricht usw., sondern daß er der Wissenschaft den verlorenen

¹ so z.B. G. BAUMANN (geboren 19.9.1912, war schon 1931 als Schüler Leiter der Ortsgruppe Aurich des NS-Schülerbundes, 1936 Leiter der Fachwissenschaft Zeitungswissenschaft im NSDStB, stand zeitweise dessen Amt Wissenschaft vor, gehörte seit 1936 dem Sicherheitsdienst an. 1938 wird er Leiter der Hauptstelle Presse und Propaganda in der Reichsdozentenführung. Habilitation 1944 ohne Verleihung der *venia legendi*, da die Lehrprobe als nicht den Anforderungen entsprechend beurteilt wurde. s. PA. BAUMANN im BDC.

Einheitspunkt wiedergibt, von dem aus sie in Freiheit ihr neues Gebäude errichten kann."

RUST nutzt hier einen weiteren Schwachpunkt der Wissenschaft für ihre Durchdringung mit nationalsozialistischer Ideologie, nämlich ihre Uneinigkeit darüber, was Wissenschaft ist bzw. sein sollte, oder besser ihre Unfähigkeit, das Schisma in den Wissenschaftsverständnissen in ständigem Dialog so zu kultivieren, daß es zum Fortschritt zumindest in Einzelaspekten der Wissenschaft beitragen kann, genauer: die Unart, Andersdenkenden sofort die Wissenschaftlichkeit abzusprechen. Die unter Wissenschaftlern auch heute noch verbreitete mangelnde Bereitschaft, die Spannung zwischen der eigenen Überzeugtheit und einer Begierde auszuhalten und zu pflegen, von den Vertretern gegnerischer Auffassungen zu lernen, erzeugt bei Forschungspolitikern aller Zeiten eine sogartige Versuchung, von ihnen favorisiertes Gedankengut, sofern sich diesem überhaupt nur interdisziplinäre Gesichtspunkte abgewinnen lassen, als eine Art Überwahrheit an der von den Wissenschaftlern entblößten Leerstelle zu implantieren.

Der an dieser Leerstelle implantinierte Einheitsgedanke "*Rasse*" darf zur Bewertung dieses Vorgangs nicht primär mit heutigen Augen betrachtet werden. Dieser Begriff übte auf die Wissenschaftler damals eine ähnlich schillernde Faszination aus wie heute der der "*Information*". So wie sich letzterer von einem Subterminus einer Randdisziplin, der Nachrichtentechnik, die ihre Entstehung wesentlich geheimdienstlichen Interessen verdankte, über Ideologien wie Norbert WIENERS Kybernetik mit kräftiger Hilfe aus Wirtschaft (IBM !) und Politik (in Deutschland vor allem Lothar SPÄTH) zum Zentralbegriff ganzer Universitäten (in Deutschland Ulm!) entwickelte, so mauserte sich "*Rasse*" von einem Unterbegriff der Genetik über die Agrarwissenschaften und darwinistische Ideologien zu dem Hauptbegriff der Nazis und damit alsbald nach der Machtergreifung zu dem interdisziplinären Einheitsgedanken der Hochschulen. So wie man heute die Beziehungen des Informationsbegriffs zum Bereich der Rüstung und damit des Krieges mehr oder weniger durchschaut, so wurde damals zumindest die Eignung

des Begriffs "Rasse" zur Verfolgung Fremdrassiger von vielen gesehen, wenn auch sicher mit Schutzkommentaren wie "...die werden sich ja wohl nicht entblöden, solche Pläne in die Tat umzusetzen..." verdrängt. Sogar Kritiker etwa aus dem Umkreis Max HORKHEIMERS¹, natürlich erst recht aus völkischen oder konservativen Kreisen² taten sich mit dem Rassegedanken aus heutiger Sicht unglaublich schwer. Man macht es sich zu einfach und verfehlt zumindest die Darstellung geschichtlicher Fakten aus der Innensicht³, wenn man über den Rassegedanken von vornherein nur die Nase rümpft.⁴ Ich sehe dabei davon ab, daß rassistische Überlegungen zumindest im Rahmen der Genetik nicht an Aktualität eingebüßt haben, in für sie günstigen Perioden also wie Sommersprossen auch wieder andere Disziplinen beschäftigen, wenn nicht durchsetzen können.

Der Vergleich des Rassegedankens mit dem der Information könnte sicher auch manche Unterschiede hervorbringen. Mir ging es hier lediglich darum, durch diesen Vergleich mit gleichzeitiger Entrückung des heute Selbstverständlichen den Erfolg von etwas verständlich zu machen, was heute als exotisch, kriminell oder ridikul empfunden wird. Ist ein Werkzeug einer recht jungen Branche der Elektro-Industrie – wie es der Computer darstellt – als Orientierungsmittel von Wissenschaft weniger lächerlich als eine von der angewandten Genetik entwickelte Zuchttechnik, wie sie in der Agrarindustrie eine zentrale Rolle spielt? Vermag heute jemand ein wissenschaftlich begründetes oder zumindest stimmiges Urteil zu fällen von der Art, der Informationsbegriff werde dereinst weniger kriminelle Auswirkungen haben als damals der Rassebegriff oder die Auffassung des Menschen als zu Unvollkommenheiten, besonders Ungenauigkeiten neigender Roboter sei menschlicher als die, er sei im Wesentlichen das Ergebnis von Prozessen wie Mutation und Selektion? Die Wissenschaftler aller Fächer und aller Richtungen sollten meines Erachtens aus der Geschichte der Wissenschaften im 3.

¹ z.B. Paul Ludwig LANDSBERG: Rassenideologie und Rassenwissenschaft. Zs. f. Sozialforschung 2, 1933, 388-406

² s. dazu: Gerd SIMON: Wissenschaft und Wende 1933. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik am Beispiel des Sprachwissenschaftlers Georg SCHMIDT-ROHR. Das Argument 158, 1986, 528f.

³ Zur Methode s. Anhang A 1

⁴ so etwa Kater in Bezug auf Schmidt-Rohr.

Reich zumindest eine Lehre ziehen, daß nämlich das Fehlen einer breiten öffentlichen Diskussion über die theoretischen Grundlagen ihrer Tätigkeit und der damit verbundene Mangel an Ambiguitätstoleranz Entwicklungen wie die im 3. Reich erheblich begünstigt.

Mein Plädoyer für eine Verbesserung der Diskussionskultur an den Hochschulen und für das Aushalten abweichender und konträrer Auffassungen zumindest hinsichtlich der theoretischen Grundlagen von Wissenschaft sollte nicht als Absage an einen alle Fächer und Richtungen übergreifenden Einheitsgedanken mißverstanden werden. Der Verzicht auf intensive Durchdringung der wichtigsten Forschungsergebnisse und ihre Verknüpfung zu einer in sich stimmigen Theorie wäre ähnlich problematisch und folgenreich wie der Verzicht auf das Universalitätsprinzip, wie er schon lange vor 1933 praktiziert und von den Nazis nur aufgegriffen und offen propagiert wurde. Die irrationalistische Vernunftkritik der 20er und 30er Jahre, die allen Anstrengungen und Bemühungen um die Einheit der Wissenschaft sowie um allgemeingültige Aussagen eine Absage erteilte, ist nicht weniger wie die heutige "*postmoderne*" eine Einladung an Forschungspolitiker, ihre – wenn auch noch so lächerlichen – Vorstellungen in die Tat umzusetzen. So sehr ich dafür eintrete, die Tendenz von Wissenschaftlern, ihre einseitige "*kopfarbeiter*"-typische Art, Erfahrungen zu machen und zu verallgemeinern, zu hinterfragen, sowie die Uneinheitlichkeit der Wissenschaftsbegriffe zu ertragen und als Movens für neue Entwicklungen anzuerkennen, so sehr sehe ich in dem Verzicht auf Anstrengungen in Richtung auf den Einheitsgedanken und auf das Universalitätsprinzip eine gedankenlos gefährliche Aufforderung an die Mächtigen, Leerstellen und sei es durch die simpelsten Ideen zu besetzen, z.B. – wie es RUST und mit ihm die Nazis durchweg taten – als Einheitsgedanken den Rassegedanken einzusetzen und das Universalitätsprinzip durch das Nationalitätsprinzip zu ersetzen. Gefahren drohen der Wissenschaft also immer von zwei Seiten:

- ▶ von der Tendenz, Überzeugungen auch der "selbstverständlichsten" Art der Diskussion zu entziehen, sie also zu dogmatisieren sowie

- von dem suizidalen Verzicht der Wissenschaft auf ein Bemühen um eine einheitliche und universelle Wahrheit.

Das Problem ist also nicht so einfach, wie es sich auch bei Wissenschaftshistorikern manchmal darstellt. Das Versagen der Wissenschaftler im 3. Reich lag jedenfalls meiner Meinung nach weniger darin, daß sie sich zu wenig gegen die Etablierung des Rassegedankens zur Mitte aller Wissenschaften gewehrt haben, es lag schon deutlich mehr in der Aufgabe des Universalitätsprinzips. Vor allem scheint es mir in dem Fehlen bzw. Be- bis Verhindern öffentlicher Diskussionen zwischen den verschiedenen Wissenschaftsverständnissen schon in der Weimarer Republik zu liegen. Die Ersetzung des Wahrheitsgedankens durch den Zweckgedanken wird meines Erachtens vornehmlich dadurch vorbereitet, daß man über ihn öffentlich nicht mehr diskutiert.

Das Problem verschärft sich natürlich in Gesellschaften, in denen die Maximen des Handelns Mächtiger und die einer freien Wissenschaft stark auseinanderklaffen. RUST selbst geht auf das Verhältnis von Politik und Wissenschaft ausführlich ein:

"Wir verlangen nicht vom Gelehrten, daß er die Schöpfungen des nationalsozialistischen Staates verherrliche. Wir sehen allerdings auch nicht seine Aufgabe darin, als Richter über die politische Tat ihr nachträglich die wissenschaftliche Weihe und Rechtfertigung zu geben, von einer Grundlage aus, die nicht die des politischen Handelns ist. Wir lehnen eine verordnete Wissenschaft ab, aber wir dulden auch nicht den politisierenden Gelehrten. Wir wissen, daß wir den wieder auf einem Lebensgrund stehenden Wissenschaften den Weg freigeben können, daß sie von selbst die rechte Bahn gehen werden, wenn sie ihren Aufgabenkreis nicht überschreiten, wenn sie in Treue zur Wahrheit und mit unbestechlichem Blick für das, was wirklich ist, ihres Amtes walten."

Diese Ausführungen sind umso bemerkenswerter, als RUST noch kurz zuvor die vom Positivismus propagierte "Voraussetzungslosigkeit" und "Weltanschauungslosigkeit" von Wissenschaft abgelehnt hatte. Wie eine ihrer weltanschaulichen Grundlagen bewußte Wissenschaft zugleich sich des Urteils über die Grundlagen der Politik enthalten kann, ohne schizophren oder doppelzünftig zu werden, wird nicht gesagt. Eine Zwei-Reiche-Lehre nach dem Motto: *"misch du dich nicht in*

meine Sphäre, dann misch ich mich auch nicht in deine", artikuliert zwar beiderseits verbreitete Berührungsängste, liefert aber sicher nicht mehr als eine konfliktscheue pragmatische Lösung. Die Möglichkeit gegenseitiger Befruchtung ist in ihr ein nicht vorgesehener Fall.

Es darf bei der Beurteilung dieser Passagen nicht verkannt werden, daß das Verhältnis von Politik und Wissenschaft auch in noch so radikal-demokratisch regierten Ländern aus grundsätzlichen Gründen nicht spannungsfrei gestaltet werden kann. Wissenschaft kann sich prinzipiell nicht einer Abstimmung mit einer noch so großen Mehrheit beugen, die z.B. zu dem Ergebnis käme, daß zwei plus zwei nicht mehr gleich vier sein soll. Es ist umgekehrt kaum denkbar, daß Wissenschaftler selbst in einer Expertokratie die Machtverhältnisse zu einem konkreten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort mit ihren Mitteln so schnell und so effektiv einschätzen können, wie es im Rückblick politisch und wissenschaftlich nötig gewesen wäre. Gerade im forschungsethischen Bereich gibt es auch Probleme, bei denen überhaupt nicht einzusehen ist, warum Wissenschaftler sie allein entscheiden sollten.

RUSTs Rede zur 550-Jahr-Feier der Heidelberger Universität enthält also in seinem Bemühen um einen forschungspolitischen Nationalsozialismus eine Reihe von Widersprüchen, die, so sehr manche von ihnen auch in demokratischen Ländern schwer vermeidlich erscheinen, zentral als Verneigungen in unterschiedliche Richtungen zu verstehen sind. Adressaten sind nicht nur die Ultrarechten in den mit Wissenschaft befaßten Parteigliederungen, sondern auch diejenigen Wissenschaftler, die sich noch abwartend bis reserviert verhielten. Wie immer vor Ausbruch des 2. Weltkriegs spielen auch Kritiken des Auslands eine nicht geringe Rolle. Eine überzeugende einheitliche Linie, geschweige denn ein konkretes forschungspolitisches Konzept ist nicht sichtbar. Selbst einer solchen Rede ist anzumerken, wie defensiv die Politik des Wissenschaftsministerium lediglich auf Vermittlung der Interessen gerichtet ist, wie wenig sie bemüht ist, in Sachen Wissenschaft das Heft selbst in die Hand zu nehmen oder zumindest eigene Akzente zu setzen. Der allgemeine Eindruck von der Widersprüchlichkeit,

Schwäche und Einflußlosigkeit insbesondere des Wissenschaftsministers RUST schlug sich schon im 3. Reich in entsprechenden Witzen nieder, von denen einer sogar in einen Tätigkeitsbericht des Propagandaministeriums Eingang findet:

*"Frage: 'Was ist ein Rust?' – Antwort: 'Ein Rust ist die Zeitspanne zwischen dem Erlaß einer Verordnung und ihrer Wiedezurücknahme.' "*¹

Ein einziges Mal jedoch scheint das Wissenschaftsministerium wenn nicht die Initiative ergriffen, so doch eine von Einzelpersonen, jedenfalls nicht von den bekannten Machtfaktoren ausgehende Initiative aufgegriffen zu haben, eben bei dem Projekt >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<, von dem bereits eingangs die Rede war. Bevor ich aber zu diesem Projekt zurückkehre, möchte ich auf einen Text zu sprechen kommen, der uns einen Eindruck zu verschaffen verspricht von der Stimmung, die zu Kriegsbeginn bei den Wissenschaftlern und ihren Forschungsinstitutionen verbreitet war.

1.2 Die Hochschulsituation zu Beginn des Krieges

"An unseren Hochschulen herrsche Kriegsgeist!"

(von RABENAU, Chef der Heeresarchive)

Fest steht, daß bei Kriegsausbruch im September 1939 zumindest unter den Geisteswissenschaftlern nicht ganz unbegründete Ängste grassierten, ihrer Forschung würde jetzt die Basis entzogen, Ängste, die offenbar auch Untergliederungen der Partei ergriffen hatten, die sich wie das >Amt Rosenberg< oder das >AHNENERBE< der SS zentral mit geisteswissenschaftlicher Forschung befaßten. Zwar war das oben zitierte Votum in HITLERs "Mein Kampf" eindeutig. Aber die Gewichtsverlagerung auf die Wehrmacht und damit auf die

¹ Tätigkeitsbericht Promi o. V., 4.7.1944 – BAK R 55/601. Der Witz ist dort eingebettet in eine Kritik an RUSTs Rechtschreibreform.

Rüstungsforschung war schon vor 1939 zu evident, als daß nicht wenigstens latent mit allem vom bloßen Einflußschwund bis zur Austrocknung oder gar Abschaffung von Wissenschaften gerechnet wurde, die nicht unmittelbar zur Waffenproduktion beitragen konnten, zumal den meisten noch Ernst KRIECKs Forderung in den Ohren geklungen haben dürfte, ein Drittel der bestehenden Hochschulen rücksichtslos aufzuheben.¹

Befürchtungen dieser Art tauchen vor allem auf, nachdem das Wissenschaftsministerium die Universitäten nach Kriegsbeginn zunächst erst einmal geschlossen hatte. Das Echo, das diese Maßnahme im Ausland hatte, wurde freilich vor allem vom Auswärtigen Amt empfindlich registriert und führte nicht nur zur Rücknahme der Schließung, sondern auch zu gewissen Nicht-Schließungs-Garantien, von denen dann auch nichtamtliche Forschungsstellen wie die Deutsche Akademie in München profitierten², übrigens bis Kriegsende. Auf Fälle, in denen

¹ Nach WÜST an GALKE, 12.4.37, BAK NS 21/723 mit Bezug auf eine nicht näher spezifizierte Veröffentlichung von KRIECK.

² s. dazu die Ausführungen des Vertreters des AA, TWARDOWSKI, auf der Sitzung des kleinen Senats der DA am 19. September 1939 nach dem Protokoll im BHSA München MA 103 392 – Befürchtungen, die Universitäten könnten aufgelöst werden, gehörten nach KRIECKs aufsehenerregender Forderung zu den am meisten verbreiteten Topoi der hochschulpolitischen Literatur schon vor dem Kriege, s. z.B. Hanns Löhr: Grundfragen der deutschen Universität und Wissenschaft. Neumster. 1938, S. 19. Nicht unerheblich genährt worden sein dürften diese Forderungen durch die nicht verwirklichten Pläne von 1934, nichtarische Dozenten an der Universität Frankfurt zusammenzuziehen, um sie dann zu schließen. s. dazu Karl REINHARD: Vermächtnis der Antike. (Hg. v. Carl BECKER). Gö. 1960, S. 396f. – Immer wieder kam es auch im Kriege zu Androhungen, einzelne Universitäten zu schließen. Bekannt ist das Beispiel München. Dazu und zu WÜSTs Rolle bei der Verhinderung der Schließung, s. **Kap. 2.313**. Weniger bekannt ist, daß auch die Universität Kiel 1941 wegen der geringen Studentenzahl eine Schließungsandrohung erhielt. Im SHLA 47 Nr. 2081 ist der vom Universitäts-Sekretariat der Universität Kiel im Juli 1941 formulierte Entwurf einer Antwort auf diese (selbst nicht überlieferte) Androhung erhalten, in dem der Versuch gemacht wird, die Universität als besonders stramm nationalsozialistisch hinzustellen, "... weil hier der Gedanke der deutschen Hochschule und ihrer Bedeutung für das Dritte Reich wohl am tiefsten gedacht und am entschiedensten verwirklicht worden ist", vor allem aber als Initiatorin "wichtiger neuer Einrichtungen des nationalsozialistischen Wissenschaftsbetriebes, die mit der Zeit sogar für die übrigen Hochschulen des Reiches vorbildlich geworden sind." Neben der "ersten Wissenschaftlichen Akademie des >NSD-Dozentenbunds<" wird dabei auch der >Kriegseinsatz< genannt. Allerdings erregt der Vorgang ein wenig den Verdacht, von MENTZEL und/oder RITTER-BUSCH inszeniert zu sein, um das Thema Universitätsschließung an einen für die NS-Regierung besonders unannehmbaren Paradebeispiel im >Wissenschaftsministerium< ein für allemal vom Tisch zu kriegen. Die Geschichten der Universität Kiel verschweigen, vermutlich wegen des peinlichen Abwehrversuches der Universitätsleitung diesen Vorgang, obwohl einiges dafür spricht, daß zumindest der Referent in RUSTs Wissenschaftsministerium, Erich

Wissenschaftsmanager in vorauseilendem Gehorsam den Kriegsausbruch sogar zum Anlaß nahmen, um Projekte abzuwürgen, komme ich später zu sprechen (s. Kap. 1.7).

Eine vertrauliche Denkschrift, die bereits im November 1939 verfaßt wurde, reflektiert zur Hauptsache solche Ängste. Sie trägt die Überschrift "Schweigen hieße Verrat".¹ Die SS las aus ihr die Stimme des >Oberkommandos der Wehrmacht< heraus.² In der Tat war einer ihrer Verfasser ein Oberst im >Oberkommando der Wehrmacht<: Oskar Ritter von NIEDERMAYER.³

Dieser hatte sich im 1. Weltkrieg dadurch einen Namen gemacht, daß er im Vorderen Orient Aufstände gegen die Engländer anzettelte.⁴ Im 2. Weltkrieg verstand er es, eine Turk-Division zusammenzustellen.⁵ Über seine Berufung zum Professor der Wehrgeographie berichtet HEIBER abenteuerliche Dinge:

HOFMANN, einer der wenigen unter den führenden Forschungspolitikern des 3. Reiches, die nach 1945 überhaupt einen Versuch starteten, wenigstens einen Teilbereich dessen, womit sie in dieser Zeit zu tun hatten, gründlicher und d. h. auf Grund detaillierter Archivstudien zu durchleuchten, davon gewußt haben wird. s. Erich HOFMANN: op. cit. , 82-115 – Seine Darstellung muß als mißglückt bezeichnet werden. Sie liest sich, als sei Kiel eine Hochburg von Regimegegnern und solchen gewesen, die Schlimmeres verhüteten. Auch die Darstellung des >Kriegseinsatz< und der Gründung der ersten Dozentenbundsakademie rückt er in den Umkreis des Widerstandes. (zu HOFMANN s. a. Kap. 3.1). vgl. a. Karl Dietrich ERDMANN: Wissenschaft im Dritten Reich. Kiel 1967 (= Veröffentlichungen der schleswig-holsteinischen Universitätsgesellschaft, N. F. 45). ERDMANNs Darstellung lebt von den Expertisen HOFMANNs, beruht jedenfalls nicht auf Autopsie und läßt daher tendenziell noch mehr wichtige Details weg als die HOFMANNs. Da sich die oben zitierte Akte aus dem SHLA bis vor wenigen Jahren im Universitätsarchiv Kiel befand, deren Archivalien HOFMANN ausgiebig zitiert, kann davon ausgegangen werden, daß sie ihm bekannt war. Natürlich ist auch die zitierte Akte quellenkritisch zu lesen. HOFMANNs Darstellung dürfte durchaus auch Aspekte erfassen, die sie bewußt oder unbewußt unterdrückt oder beiseite läßt. Umso bedauerlicher ist es, daß sich HOFMANN nicht mit ihr auseinandersetzt, man darf sogar sagen, dadurch gewinnt sie mehr Gewicht, als sie vielleicht verdient.

¹ s. Anm.

² s. u. Anhang A 3

³ vgl. KÜRSCHNERS "Deutscher Gelehrtenkalender" 1940/41 Sp. 272f. – s. a. Hans LÜDMANN: Kundgebung des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands. Vergangenheit und Gegenwart 30, 1940, 181f. sowie RÖSSLER , 70ff.

⁴ s. Oskar v. NIEDERMAYER: Unter der Glutsonne Irans. (5. Auflage unter dem Titel:) Im Weltkrieg vor Indiens Toren. Der Wüstenzug der deutschen Expedition nach Persien und Afghanistan. HH. 1940

⁵ s. Oskar v. NIEDERMAYER: Der vordere Orient. Eine wehrpolitisch-strategische Skizze. Militärwissenschaftliche Rundschau 2, 1940, zit. n. G. SELTER: Zur Indienpolitik ... 1965 Lit. Verz. (ohne Paginierung)

"(...) seine Ernennung zum Ordinarius für Wehrgeographie an der Berliner Universität 1936, von Heß und seinem geopolitischen Anhang zwar gebilligt, von der SS jedoch scharf bekämpft, soll – so wird erzählt – nur dadurch möglich gemacht worden sein, daß die Urkunde mit Hilfe der Präsidialkanzlei unter eine Serie von Hitler automatisch unterzeichneten Todesurteilen geschmuggelt werden konnte (...)"¹

Mir scheint diese Kolportage zwar etwas zu sehr nach dem Muster *"wenn das der Führer wüßte"* konstruiert. Immerhin aber besagt sie, daß NIEDERMAYERS Berufung zum Professor der Wehrgeographie in Hochschulkreisen nicht auf besondere Akzeptanz stieß.

Es ist freilich nicht recht einzusehen, warum die Ängste der Geisteswissenschaftler ausgerechnet vom >Oberkommando der Wehrmacht< artikuliert werden. Koautor dieser Denkschrift war Franz KOCH, Germanistikprofessor, 1935 aus Wien nach Berlin berufen, ein auch in seinen Veröffentlichungen glühender Nationalsozialist und Rassist, Goetheforscher und Verfasser mehrerer Literaturgeschichten.² Wie nur wenige andere (FRICKE, KINDERMANN), mit denen er überdies zusammenarbeitete, beherrschte er die Literaturwissenschaftler-Szene der 30er und 40er Jahre. Noch 1967 findet er für ein GOETHE-Buch einen Verleger wie de GRUYTER.³

KOCH stand dem >Amt Rosenberg< nahe, war zeitweise Lektor in der "Reichsstelle zur Erforschung des deutschen Schrifttums"⁴ und wurde vom

¹ Helmut HEIBER: Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands. Stuttgart 1966, S. 608

² s. Franz KOCH: Geschichte der deutschen Dichtung. 1937. 1944⁷ – Ders.: Handbuch des deutschen Schrifttums. Potsdam 1939ff. (zus. mit Ludwig WOLFF, Willi FLEMMING u. a.) – vgl. a. Ders.: Goethe und die Juden. 1939.

³ Goethes Gedankenform. Bln. 1967

⁴ So die Formulierung in der "Parteistatistischen Erhebung 1939" mit KOCHs eigenen Angaben vom 1.7.39, PA. KOCH, BDC. Kurz zuvor, am 8.5.39, hatte KOCH *"nach mehreren Jahren als erster deutscher Gelehrter an der Bukarester Universität"* einen Vortrag halten dürfen. s. "Völkischer Beobachter" 9.5.39, S. 5 – KOCH schrieb 1941 für das Zentrallektorat im >Amt Rosenberg< Gutachten z.B. über die "Deutsche Literaturzeitung" (IfZ Mchn. MA-129/1 Bl. 45150 und 48910). Auf Vorschlag KINDERMANNs sollte er mitwirken bei der weltanschaulichen Überprüfung der gesamten Romanliteratur seit dem 1. Weltkrieg. (ebd. MA-129/7 Bl.

Wissenschaftsministerium wahrscheinlich bewußt, d. h. mit Alibi-Funktion, als Organisator im >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< eingebunden, um die zu erwartende Kritik ROSENBERGs und seiner Anhänger in Grenzen zu halten, der umgekehrt auf diese Weise zumindest leichter an bestimmte die regierungsamtliche Forschungspolitik betreffende vertrauliche Informationen herankam.

Es spricht einiges dafür, daß es das hinter Franz KOCH stehende >Amt Rosenberg< war, das sich auf Grund ähnlicher Manöver entschloß, wenigstens Teile der Generalität in der Wehrmacht für einen Rettungsversuch geisteswissenschaftlicher Projekte zu gewinnen.

Das >Oberkommando der Wehrmacht< war in wichtigen mit Forschungspolitik befaßten Einrichtungen vertreten, war im >Reichsforschungsrat< sogar überrepräsentiert, hat aber offenbar nirgendwo sonst zu speziell die Geisteswissenschaften betreffenden Themen Stellung genommen. Es war durchaus an derartigen Themen interessiert.¹ Erich SCHUMANN, Physikprofessor an der Technischen Universität Berlin, Chef der Forschungsabteilungen im Oberkommando des Heeres und im >Oberkommando der Wehrmacht<, ein Multifunktionär in Sachen Forschungspolitik, der zusammen mit dem DFG-Präsidenten, Rudolf MENTZEL, und dem Reichsgeschäftsführer des >AHNENERBEs< in der SS, Wolfram SIEVERS, mit denen er außerdem befreundet war, im 2. Weltkrieg zumindest bis 1942 ein Dreigestirn bildete, ohne das kaum etwas in der Forschungspolitik lief, was über die Nasenspitze eines Einzelforschers hinaus reichte, berichtet überdies in seinen Veröffentlichungen von nicht unerheblichen Ausgaben für geisteswissenschaftliche Sachmittel, im Jahre

52516-8). Außerdem hat er 1942/43 mit der Konzipierung von Material zur weltanschaulichen Schulung zu tun (ebd. MA-253 Bl. 939-1166). Für eine entsprechende Mitteilung danke ich Hermann WEIß vom IfZ Mchn. KOCH war also keinesfalls nur "*Mitarbeiter*" von NIEDERMAYER, wie Hellmut SEIER: Der Rektor als Führer. Vjh'e f. Ztgesch. 12, 1961, 108 A 15 meint, sondern eher die treibende Kraft.

¹ So bemüht sich das >OBERKOMMANDO DER WEHRMACHT<, Georg SCHMIDT-ROHR, der ihm einige sprachpolitische Denkschriften zugehen ließ, in seine Dienste zu bringen. s. Gerd SIMON: Die sprachsoziologische Abteilung der SS. in: Sprachtheorie, Pragmatik, Interdisziplinäres. Akten des 19. Linguistischen Kolloquiums Vechte 1984. Bd. 2 Hg. von Wilfried KÜRSCHNER u. a. Tü. 1985 S. 381

1934 z.B. über 6 1/2 Millionen Mark.¹ Das war zwar weniger als ein Fünftel der Ausgaben für Medizin, aber erstaunlicherweise fast 1 Million mehr als die Technik erhielt. Aber die forschungspolitischen Tendenzen, die SCHUMANN in diesem Zusammenhang im nationalsozialistischen Vorkriegsdeutschland ausmacht und befürwortet, gehen kaum irgendwo selbst über den gewöhnlich von RUST formulierten Minimalkonsens hinaus. So ist es nicht verwunderlich, auch bei SCHUMANN ein deutliches Bekenntnis zur Wissenschaftsfreiheit zu finden:

"Man war sich klar darüber, daß grundsätzlich an der Freiheit des Forschens festzuhalten sei, ja daß sogar erstrebt werden müsse, die in den Jahren des Zwischenreiches [d. h. der Weimarer Republik] geknebelte Freiheit der Wissenschaft restlos wieder herzustellen – Wissenschaft läßt sich nicht kommandieren. >Freiheit< aber ist nicht gleichbedeutend mit Zügellosigkeit; es gibt ein Primat der Politik vor der Wissenschaft, das, ohne die Eigengesetzlichkeit der wissenschaftlichen Forschung zu beschränken, in jedem völkischen Staat seine Geltung grundsätzlich beanspruchen muß. Es kann dem deutschen Volke nicht mehr gleichgültig sein, ob die beträchtlichen Mittel, die für wissenschaftliche Zwecke ausgeworfen werden, etwa für Molluskenforschung in der Südsee – deren besonderer Wert durchaus nicht bestritten werden soll – oder für die Gewinnung neuer, lebenswichtiger Werkstoffe eingesetzt werden. Vierzehn Jahre lang war jedem wurzellosen, vielfach nicht dem deutschen Volke angehörende Hochschulprofessor die Möglichkeit gegeben, Staatsmittel für völlig volksfremde, pseudowissenschaftliche Aufgaben zu verpulvern. Der Staat muß das Schwergewicht auf Dinge legen, die das ganze Volk angehen (...)"²

SCHUMANN war nicht nur der spiritus rector der Militärforschung im 3. Reich, sondern auch zeitweise Ministerialdirigent im Wissenschaftsministerium und im >Reichsforschungsrat< die rechte Hand des Präsidenten. Er kannte also die Grenzen genau, bis zu der man in seinen Äußerungen vor dem 2. Weltkrieg gehen

¹ zu SCHUMANN s. v. a. ZIEROLD (s. , 191f. u. ö. – Für dies und das folgende s. Erich SCHUMANN: Wehrmacht und Forschung. in: Richard DONNEVERT (Hrsg.): Wehrmacht und Partei. Lpz. 1939², S. 133-151

² SCHUMANN. loc. cit. 140f.

konnte, und natürlich erst recht die Formeln, mit denen man signalisieren konnte, wie sehr man sich innerhalb dieser Grenze bewegte. Wie unwohl er sich bei dem von ihm begrüßten Begriff von Wissenschaftsfreiheit fühlte, verrät vor allem seine Polemik gegen die in der Zeit der Weimarer Republik praktizierte Wissenschaftspolitik. Einerseits wirft SCHUMANN ihr vor, daß sie Ausländer – womöglich sind sogar Juden gemeint – gefördert habe. Andererseits behauptet er frech und ohne Belege, daß sie in einer Zeit, da nach heutigem nicht infrage gestelltem Urteil die größte Wissenschaftsfreiheit bis 1945 bestand, die Wissenschaftsfreiheit geknebelt habe. Was in diesem Zusammenhang das Adverb "*restlos*" noch bedeuten kann, ist unklar. SCHUMANNs Ausführungen über den Primat der Politik gegenüber der Wissenschaft und über die Ausrichtung der Forschung am ganzen deutschen Volke erreichen also nicht einmal den Grad an Plausibilität, den wir bei RUST feststellen konnten. Die Abstimmung zwischen >Oberkommando der Wehrmacht< und Wissenschaftsministerium im Forschungskonzept war aber wohl so starr, daß Differenzen zumindest nicht nach außen drangen.

Die Denkschrift "Schweigen heiße Verrat" ist eine kritische Bestandsaufnahme der Situation an den deutschen Hochschulen.¹ Sie beginnt mit einem scheinbaren Eingeständnis:

"Man behauptet heute vielfach, die Universität kommt ihren Aufgaben nicht mehr nach. Die deutschen Universitäten sehen das selbst genau, können jedoch nicht für diese Tatsachen haftbar gemacht werden, da sie ihre Ansichten und Vorschläge bisher nicht wirksam zu machen vermochten. Das ist durch äußere und innere Gründe bedingt, die im folgenden so kurz und scharf wie möglich umrissen werden sollen, ein Unternehmen, das dem lebhaften Wunsch der Universität selbst entspringt, so bald wie möglich wieder der ihr zukommenden Aufgabe des nationalsozialistischen Staates gerecht zu werden."

¹ Die Denkschrift ist im BAK R 42 II/940b überliefert. (vgl. a. IfZ Mchn. MA 1190/1 Bl. 6322ff.)
– Die folgenden Zitate entstammen dieser Denkschrift. – Der These vom "Versagen der Universität" war sogar der >NSD-Dozentenbund< schon vor dem Kriege entgegengetreten s. Hanns LÖHR: Über Wert und Leistung der Kieler nationalsozialistischen wissenschaftlichen Akademie des NSDBB. Rückblick und Ausblick. Kieler Blätter, 4, 1939, 272-5

Die Verfasser KOCH und NIEDERMAYER stellen bei der Aufzählung der äußeren Gründe, weswegen die Universitäten ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen, Prestigefragen in den Vordergrund:

"Die Autorität der Universität, im weiteren Sinne der Wissenschaft ist zerstört, der Wissenschaftler, der Professor gilt, indem man ihn einfach zum 'Intellektuellen' stempelt, geradezu als grundsätzlich anfechtbare Erscheinung. – Dabei vergißt man, daß kaum eine Körperschaft so von Grund auf gewandelt worden ist, nicht immer übrigens zu ihrem Vorteil, wie der Lehrkörper der Universitäten, der seit 1933 zu rund 50% erneuert wurde." ¹

Die professoralen Verfasser der Denkschrift vergessen vor allem, eine zuverlässige Quelle für eine solche Behauptung anzugeben. Sie spielen hier natürlich auf die Säuberung der Hochschulen von Regimekritikern an, vor allem aber von Juden schon kurz nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. 50% ist aber entschieden zu hoch gegriffen. Es gab sogar Universitäten wie die Tübingens, die sich rühmen konnten, schon vor der Machtergreifung "judenfrei" gewesen zu sein, und deren "Erneuerung" keineswegs 3% überschritt. Es kommt hinzu, daß die Hochschulen sich vor allem strukturell nur geringfügig wandelten.

¹ KOCH/NIEDERMAYER beziehen sich hier möglicherweise indirekt auf die quasi-regierungsamtlichen Angaben von RANTZAU, op. cit. , 8 und Hans HUBER: Der Aufbau des deutschen Hochschulwesens. Vortrag gehalten auf der dritten fachwissenschaftlichen Woche für Universitätsbeamte der Verwaltungsakademie Berlin am 30. Jan. 1939. Bln. 1939, S. 7. Die ältere Literatur zum Thema spricht von "über ein Drittel". So noch Michael H. KATER: Die nationalsozialistische Machtergreifung an den Hochschulen. Zum politischen Verhalten akademischer Lehrer bis 1939. in: H. J. VOGEL/ H. SIMON / A. PODLECH (Hg.): Die Freiheit des Anderen. Fs. Martin HIRSCH. Baden-Baden 1981, S. 51 und LESKE , 23f. – s. dagegen die überzeugenden Darlegungen in Uwe Dietrich ADAM: Judenpolitik im Dritten Reich (Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte 1). Düss. 1972 und Joseph WALK (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien. Hdlbg. 1984 sowie zusammenfassend Manfred FUNKE: Universität und Zeitgeist im Dritten Reich – Eine Betrachtung zum politischen Verhalten von Gelehrten, in: "Aus Politik und Zeitgeschichte" (Beilage z. "Das Parlament") B 12, 22.386, 6f. Hellmut SEIER, op. cit. , 108 vermutet, daß HUBER Versetzungen und Berufungen mitgerechnet hat. Selbst dann scheint mir der Prozentsatz noch zu hoch angesetzt. Zum Folgenden s. a. Uwe Dietrich ADAM: Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich. Tüb. 1977

Dennoch ist die Anstrengung nicht zu verachten, den NS-Politikern die Folgen ihrer Intellektuellenschelte vor Augen zu führen.

Die beiden Berliner Ordinarien scheuen sich sogar nicht, Gauleitern und SS-Presse-Organen in dieser Hinsicht die Leviten zu lesen. Sie gehen dann aber zu einem anderen äußeren Grund über, der mit den Ansprüchen der NS-Ideologie an die Wissenschaften zu tun hat:

"Man verlangt von der Wissenschaft, daß sie 'politisch' sei, was nicht für jede Wissenschaft in diesem unmittelbaren Sinne Geltung haben kann. Gewiß gibt es Fachwissenschaften wie Wehrlehre, Pädagogik, gewisse Zweige der Geschichte, die ihrem Wesen nach politisch sind und waren und vornehmlich der politischen Bildung und politischen Führung dienen. Andere Disziplinen sind es nicht so unmittelbar. Sie dazu zu machen, würde eine Verkennung ihres eigentümlichen Wesens und Charakters bedeuten. Ja, selbst politische Disziplinen tun gut daran, das Wort 'politisch' nicht in einem allzu zeitgebundenen Sinne zu nehmen, sonst kann es geschehen, daß wie jetzt ein neu eingeführtes Geschichts-Lehrbuch das Bündnis Ludwig XIV. mit den Türken einen Frevel nennt, der heute etwa dem Bündnis eines europäischen Staates mit Rußland gleichkäme."

KOCH und NIEDERMAYER spielen auf den HITLER-STALIN-Pakt an, der erst kurz zuvor (am 23. August 1939) geschlossen worden war. Hier war ja sogar HITLER-Deutschland ein Bündnis mit Rußland eingegangen. Auch in diesem Punkte weisen die Verfasser der Denkschriften auf die Wirkung einer aus ihrer Sicht übertriebenen Politisierung der Wissenschaft hin:

"Die Folge ist heute bereits eine Grenzverwirrung von Wissenschaft und Politik, die beiden Teilen nicht zum Vorteil gereicht. Denn in diesem Zwischenbereich tauchen jene Erscheinungen auf, welche die politische Konjunktur zu nutzen wissen, aber ihrem Formate nach nicht den Anforderungen, die die Wissenschaft stellen muß, entsprechen, dadurch aber umgekehrt auch das politische Interesse eher schädigen als fördern."

Die in diesen Passagen enthaltene Kritik konnte nur hoffen, von den NS-Politikern ernst genommen zu werden, wenn sie sich nachdrücklich als national-

sozialistisch präsentiert. Interessant ist daran vor allem die Akzentuierung forschungsethischer Aspekte:

"Nicht scharf genug kann dabei von Seiten der Professoren betont werden, daß auch sie auf dem Standpunkte stehen, Wissenschaft ist nicht eine bloße Angelegenheit des Wissens, des Intellekts. Große wissenschaftliche Erfolge sind wie jede führende Leistung niemals ohne ethische Grundlage, ohne das Zusammenwirken von Geist, Wissen, Charakter und Begabung, kurz als Ausdruck einer gewachsenen Persönlichkeit möglich gewesen."

Eine forschungsethische Perspektive wurde also auch schon im 3. Reich für notwendig erachtet. Es ist klar, daß man damals wie heute die Grundlagen der Forschungsethik in der Ideologie der Herrschenden suchte und fand:

"In Wirklichkeit beweist auch der Wissenschaftler heute keinen geringeren Idealismus als irgendein anderer Volksgenosse. Mit Abgunst und Mißtrauen betrachtet, in der Öffentlichkeit immer wieder angegriffen, allzu selten geschützt und verteidigt, stellt er, niemals anerkannt, seine ganze Leistung in den Dienst der nationalsozialistischen Sache. Er ist es auch, der im Ausland, wo man über die genannten Erscheinungen sehr genau Bescheid weiß, immer wieder für die Bewegung eintritt. Der immer wieder zu hörenden Ansicht, als ob die Wissenschaft und der Professor in Deutschland gering geachtet würden, begegnet er mit dem ganzen Einsatz seines Ansehens und seines Namens und wird so in der Treue zur nationalsozialistischen Idee zum Verteidiger einer Praxis, die ihn selbst am härtesten trifft."

Forschungsethik, das heißt hier offenbar, in seinen Veröffentlichungen nichts zu schreiben, was zumindest das Ausland als Kritik an den Herrschenden verstehen könnte, auch wenn man selbst deren Opfer ist. KOCH und NIEDERMAYER treiben die Argumentation in die Nähe der Einsicht, daß die Wissenschaft durch den Nationalsozialismus korrumpiert wurde. War sie aber überhaupt jemals nicht korrumpiert? Die beiden Professoren wenden sich immerhin energisch gegen die im "Schwarzen Korps", der Zeitschrift der SS, unterstellte Auffassung, die Wissenschaftler hätten nichts zur nationalsozialistischen Revolution beigetragen;

("Wo waren die Professoren, die vor 1933 irgend etwas gelehrt hatten, was sich hernach als richtig erwies?"). Sie halten dieser Auffassung entgegen:

"Auch der Nationalsozialismus, dessen gewaltige Tat kein rechtlich denkender Vertreter deutschen Geistes verkennt, zu dem sich heute die meisten bekennen, knüpfte an ein geistiges Erbe an, das deutsche Wissenschaftler und Professoren vorbereitet, gepflegt und weitergegeben haben."

Die Frage, ob der Nationalsozialismus ein vorübergehender Betriebsunfall, ein unvorhersehbarer Einbruch in eine ansonsten intakte Entwicklung war oder aber der Höhepunkt einer lange zuvor sich anbahnenden Ballung unheilvoller Kräfte, die auch darüber hinaus noch als fruchtbarer Schoß wirken, diese Frage wurde also schon im 3. Reich – natürlich mit umgekehrten Vorzeichen – gestellt und heftig diskutiert. Unter den Historikern gab es schon im 3. Reich eine Kontinuitätsdebatte, in der der Germanenkundler und Nordist Otto HÖFLER auf dem Erfurter Historikertag 1937, dem einzigen im 3. Reich,¹ den Ausschlag

¹ Otto HÖFLER: Das germanistische Kontinuitätsproblem. Hist. Zs. 157, 1938, 1-26; auch als Sonderdruck in den Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands 1937. – In den Berichten der Tageszeitungen war dieser Vortrag das herausragende Ereignis. – vgl. SIEVERS an DICKMANN, 24.5.37, BAK NS 21/596 – vgl. a. O. HÖFLER: Gab es ein Einheitsbewußtsein der Germanen? DWD 1, 3, 15.7.1940, 2-3 sowie 1, 14, 30.9.1940, 3-4 – s. a. die folgende Anm. GOEBBELS verweist 1943 auf die tieferen Gründe, warum die Nazis gar nicht an einer substantiellen Änderung der Hochschulen interessiert waren: *"Was an ihnen (d. h. den Hochschulen. G. S.) reformbedürftig war, ist reformiert worden. Aber dabei handelte es sich doch mehr um äußere Erscheinungen als um die Substanz, wie ja überhaupt unsere Revolution überall peinlich darauf Bedacht genommen hat, bei aller Umwertung aller Werte die Grundlagen unseres nationalen Lebens zu erhalten, mehr noch, sie zu pflegen und aufzulockern, daß sie neue Frucht tragen konnten."* J. GOEBBELS: Der geistige Arbeiter im Schicksalskampf des 3. Reiches. München o. J. (1943), S. 17 – Eine gewisse Gegenposition findet sich allerdings bei weniger bedeutenderen Forschungspolitikern, z.B. bei Georg MEICHNER: Der Nationalsozialismus und die Wissenschaften. NS-Bildungswesen 1, 1938, 1-2 – Ders.: Wissen und Verstehen. ibid. 6, 1938, 327-333 – s. o. V.: "Geschichte als völkische Aufgabe – Der deutsche Historikertag in Erfurt" Westfäl. Landeszeitung – Rote Erde, 6.7.37; o. V.: "Volkskunde des Politischen – Einbruch der Germanistik in die Historie / Deutscher Historikertag" ebd. 7.7.37; o. V.: "Germanische Kontinuität – Der richtungsweisende Vortrag von Otto HÖFLER in Erfurt" ebd. 9.7.37 – o. V.: "Das deutsche Geschichtsbild – Bilanz des 19. Deutschen Historikertages" ebd. 11.7.37 – (Sämtliche Zeitungsartikel auch in PA HÖFLER, BDC, Bl. 284.) Otto HÖFLER kam aus Wien, war vor 1933 Lektor in Uppsala, wurde 1933 Ordinarius in Kiel und ließ sich durch die Anfeindungen Bernhard KUMMERs (Schriftleiter der "Nordischen Stimmen", später Ordinarius in Jena) in die Arme des >AHNENERBES< treiben. (s. Kap. 3.313.2); einer der wichtigsten Kriegstreiber in der Forschungspolitik. Originalton HÖFLER: *"Ich frage, seit wann ist politische Expansion ein Unglück? Denn dann ist es bedauerlich, daß die Welt indogermanisch regiert wird und nicht von Negern"*. (Protokoll vom Salzburger Vortrag O. H. vom 26.2.1943: "Probleme der Germanenforschung in der Gegenwart", nicht veröffentlicht. – PA. HÖFLER, BDC)

gegeben zu haben scheint. In dieser Debatte ging es darum, ob die den Germanen unterstellte Haltung durch den über ein Dutzend Jahrhunderte währenden Einfluß Roms, d. h. des Humanismus und des Christentums in Kern und Substanz bis zu ihrer "Wiederherstellung" durch HITLER und seine Leute erhalten oder verloren gegangen sei. HÖFLER entschied sich klar für die Kontinuitätsthese, trieb diese mit seinen Beiträgen nahe an einen nationalsozialistischen Konsens heran und lieferte dabei viele Argumente dafür, wie sich Germanentum in nationalsozialistischer Sicht gerade auch in der deutschen Wissenschaft vor der Machtergreifung niederschlug. Da HÖFLER Vordenker und Exponent der im "Ahnen-erbe" der SS betriebenen Wissenschaft war¹, konnten KOCH und NIEDER-MAYER, die von der SS abgelehnt oder gar bekämpft worden waren, davon ausgehen, daß die mit Forschungspolitik befaßten Wissenschaftler in diesem Punkt mehrheitlich, wenn nicht inzwischen einstimmig, ihrer Meinung waren. PETZOLD² hat darauf hingewiesen, daß sich sogar HITLER selbst nicht nur in "Mein Kampf", sondern auch noch 1938 im Kreise alter Mitkämpfer zu vielen Geburtshelfern des Nationalsozialismus bekannte. Natürlich bedeutete die Kontinuitätsthese keineswegs, daß der Nationalsozialismus nach der Machtergreifung ohne weitere steigernde Wirkung auf die Wissenschaft geblieben wäre:

"Den wahren Wissenschaftler lockt nicht äußerer materieller Gewinn. Er weiß und hat es dankbar bekannt, wie sehr eine politische Idee oder eine militärische Zwangslage die wissenschaftliche Forschung beleben, befruchten und in neue Bahnen lenken kann."

Hier klingt das Thema gleich zu Beginn des Krieges an ("Der Krieg als Krönung der Wissenschaft") und wird gleichsam als Zutat zu den älteren Formulierungen, nach denen der Nationalsozialismus die Wissenschaft krönte³,

¹ HEIBER, op. cit., 608 – Aus besonderen Gründen macht auch WÜST in seiner Rektoratsrede 1941 vor NIEDERMAYER eine Verbeugung. s. Kap. 3.313.3

² PETZOLD, Joachim: Die Entstehung der Naziideologie. in: Dietrich EICHHOLTZ und Kurt GOSSWEILER (Hg.): Faschismus-Forschung. Positionen – Probleme – Polemik. Bln. 1980, S. 261-278

³ So etwa RITTERBUSCH: Die Universität Kiel und Schleswig-Holstein. in: Paul RITTERBUSCH / Hanns LÖHR (Hg.): Die Universität Kiel und Schleswig-Holstein. Neumster. 1937, S. 4

eingeführt.¹ Auch auf die Beziehungen zwischen Natur- und Geisteswissenschaften wird eingegangen, ohne ihre Trennung grundsätzlich zu hinterfragen, allerdings in einer Weise, die wohl auch damals nur wenige Naturwissenschaftler akzeptiert hätten, die aber dem idealistischen Grundansatz sehr vieler Nationalsozialisten entgegenkam:

"Man hat notgedrungen der Technik und den Naturwissenschaften ein gewisses Geltungsrecht zugestanden. Man übersieht dabei, daß die Leistungen dieser Wissenschaften ohne die Geisteswissenschaften nicht möglich, ja gar nicht denkbar sind. Man übersieht, daß das deutsche Volk einem hoffnungslosen Amerikanismus verfallen müßte, wenn die Geisteswissenschaften zugrunde gingen."

Die Geisteswissenschaften als Bedingung der Möglichkeit und Denkbarkeit der Naturwissenschaften darzustellen, dieses im Kerne idealistische Konzept war ja gerade im 19. Jahrhundert unter dem Druck, der von den wirtschaftlichen Erfolgen der Naturwissenschaften ausging, zerbrochen. Dieser Versuch, die wissenschaftsgeschichtliche Entwicklung gewaltsam um ein Jahrhundert zurückzudrehen und der amerikanischen Verdrängung der humanities aus den sciences entgegenzutreten, war auf dem ersten Blick als hilfloser Konservatismus erkennbar, der der realen Gesellschaftsentwicklung nichts anderes entgegenzusetzen hatte, als sie zu ignorieren. Faschismen aller Zeiten sind zwar durch dieses Verhalten zu kennzeichnen. Im Bereich der Wissenschaften dürfte dieser Verzicht, Fakten anzuerkennen, aber kaum mehrheitlich anders gedeutet worden sein denn als müder Rettungsversuch von Unrettbarem.

Als innere Gründe dafür, daß die Hochschulen nicht mehr ihren Aufgaben nachkommen, nennen KOCH und NIEDERMAYER folgende Punkte:

- ▶ Das mangelnde Niveau der Studenten
- ▶ Die geistig-politische Kluft, die durch die Intellektuellenschelte der Nationalsozialisten zwischen Studenten und Professoren geschaffen wurde

¹ z.B. H.-H. DIETZE: Bericht über die Arbeitstagung zum >Kriegseinsatz< der deutschen Geisteswissenschaften am 27. und 28.4.1940 in Kiel. Kieler Blätter 1940, 397f (Den Hinweis auf diese Quelle verdanke ich K. SCHÖNWÄLDER)

- ▶ Die Studienzeiterkürzung von 8 auf 6 Semester und andere Studierenerleichterungen (die Streichung des philosophischen Teils in den Doktorprüfungen, Notprüfungsbestimmungen u. a.)
- ▶ Die Überforderung des Studenten, des *"Prügelknaben (...), auf den sich von allen Seiten die Forderungen häufen"* (Studentenbund, Landdienst, Erntehilfe, Wehr- und Arbeitsdienst, Fachschaft, Berufswettkampf, weltanschauliche Schulung)
- ▶ Die Überforderung der Professoren, die über ihrer Prüfungs- und Lehrtätigkeit in Zukunft durch die geplante Trimester-Regelung noch weniger zur Forschung kämen.

KOCH und NIEDERMAYER resümieren ihren Versuch, *"den Bann des Schweigens zu brechen"* mit einem Vergleich:

"Niemandem fällt es ein, die Ausbildung der Soldaten, des Handwerkers usw. mit so viel Forderungen zu belasten".

Die Denkschrift muß als Warnung verstanden werden, die Bedingungen insbesondere der Geisteswissenschaften im Hinblick auf den Krieg nicht noch weiter zu verschärfen. Inwiefern das >Oberkommando der Wehrmacht< sich ihre Ausführungen zu eigen gemacht hat und ob hier nicht nur die Stimme eines ihrer Obersten und späteren Majors zu hören war, konnte ich auf Grund meiner bisherigen Studien nicht entscheiden.

1.3 Der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< in der Gründungsphase

Die Initiatoren und – ihnen folgend – die späteren Berichterstatter des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< betonen von Anfang an den spontanen, an verschiedenen Stellen gleichzeitig einsetzenden freiwilligen Ursprung dieses Projekts.¹ Der damals verbreitete, romantisierende Ursprungsdiskurs mit seinen ätiologischen Floskeln ("*Volksverbundenheit*", "*mit einem Schlage*", "*spontan*", "*weder kommandiert noch reglementiert*"), der Schulterschuß der Intelligenz mit dem Volk, zumindest mit den Frontsoldaten, war den älteren Wissenschaftlern sicher noch von der Zeit nach Ausbruch des 1. Weltkrieges als unvermeidliche Öffentlichkeitsübung² in Erinnerung. Er erregt Verdacht. Sollte hier nicht nur den militärischen Gegnern und besonders den Wissenschaftlern unter ihnen etwas signalisiert werden, was eher den eigenen Wünschen als der Realität entsprach?

Sucht man nämlich nach konkreten Belegen (oder auch nur nach Reflexen z.B. in der zeitgenössischen Wissenschaftler-Korrespondenz), so findet man nicht einmal entfernt so etwas, wie wir mit der Denkschrift "Schweigen hieße Verrat"

¹ s. dazu Klaus SCHWABE: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkriegs. Gö. 1969 – Die Wissenschaftler des 3. Reichs brachten überzufällig häufig ihre Art von Wissenschaft mit dem Fronterlebnis im 1. Weltkrieg in Zusammenhang. So auch RITTERBUSCH in seiner Rektoratsrede: Die deutsche Universität und der deutsche Geist. Kieler Blätter 2/3, 1938, 81-94. Der Organisator der Völkerkunde-Tagung am 22./23. Nov. 1940 in Göttingen, Hans PLISCHKE, versieht in einer seinem Schreiben vom 15. August 1940 an den Kollegen TERMER angefügten Liste von Einzuladenden den Namen RITTERBUSCH mit einem Fragezeichen. s. Hans FISCHER: Völkerkunde im Nationalsozialismus. Aspekte der Anpassung und Behauptung einer wissenschaftlichen Disziplin. Bln., HH. 1990 (Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte 7), S. 119-125, v. a. 123 – vgl. a. Hermann BLOME: Bericht über die Arbeitszusammenkunft deutscher Völkerkundler in Göttingen am 22. und 23. November 1940. Gö. 1941 – ders.: Koloniale Ausrichtung der deutschen Völkerkunde. Koloniale Rundschau 32, 1941, 124-7. – Ob allerdings außer PLISCHKE und BLOME noch jemand wußte, daß es sich hier offiziell um eine Tagung des >Kriegseinsatz< handelte, ist unklar. Sogar dem Wissenschaftshistoriker FISCHER ist dieser Umstand unbekannt. Es geht jedoch eindeutig aus den RITTERBUSCH-Akten im BDC hervor, z.B. Korrespondenzblatt DFG Nr. 15 unter 2. Nov. 1940: "*Prof. Plischke – Göttingen beantragt Rm. 2000,- f. Arbeitstagung deutscher Völkerkundler am 22./23. 11. 40 Gr[iewank]*" sowie unter 7. Nov. 1940: "*bewilligt: Rm. 2000,- an Prof. Plischke 'Völkerkundliche Arbeiten'*." Diese Bemerkungen wären nicht unter dem Namen RITTERBUSCH eingetragen worden, wenn sie nichts mit dem >Kriegseinsatz< zu tun gehabt hätten.

² Paul RITTERBUSCH: Idee und Aufgaben der Reichsuniversität. HH. 1935, S. 7 – vgl. a. das Referat des Festvortrags auf der 25. Jahresfeier des von ihm geleiteten Instituts für Politik und Internationales Recht an der Uni Kiel in der "NS-Bibl." 4, 6, 1939, 67f.

kennengelernt haben, einer Denkschrift, die weitgehend defensiv argumentiert und nirgends ein annähernd klares Forschungskonzept erkennen läßt, also als unmittelbares Muster oder Vorbild nicht infrage kommt und wahrscheinlich noch nicht einmal als direkter Auslöser oder Anknüpfungspunkt gewirkt hat. Müßte sich nicht aber ein spontan an verschiedenen Stellen unabhängig entstandener Wille zu so etwas wie dem >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< auch in schriftlichen Zeugnissen niedergeschlagen haben?

Nachdem bereits mehrere Abteilungen des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< ihre Arbeit aufgenommen hatten, scheinen sich die Hauptvertreter einiger Fächer auf Drängen vor allem jüngerer Kollegen erst einmal untereinander abgestimmt zu haben, ehe sie sich an RITTERBUSCH, das Wissenschaftsministerium und die DFG wandten. Das ist z.B. bei den Völkerkundlern der Fall, die vorerst eine Tagung unabhängig vom >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< konzipieren und in der Meinung, die parteiamtliche Linie wäre vorzuziehen, noch zögern, ob sie dazu überhaupt RITTERBUSCH einladen sollen. Die von der DFG in Aussicht gestellten 2.000 RM zur Finanzierung der Tagung haben freilich offenbar auch dieses Fach sehr schnell davon überzeugt, sinnvollerweise alles im Rahmen des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< zu veranstalten. Wenn also überhaupt in einigen Fächern von den Einzelforschern Initiativen ausgingen, dann deutlich nach dem Start des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<. Es spricht sehr vieles dafür, daß die Organisatoren des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<, Paul RITTERBUSCH und Hans HUBER, auch seine Initiatoren waren. RITTERBUSCH, Rechtswissenschaftler und Rektor der Universität Kiel, hatte sich schon 1935 .- leicht heideggerisierend – zum Thema geäußert:

"Es war von jeher der Glaube und die unmittelbare Gewißheit des Verfassers, daß der Nationalsozialismus die ursprüngliche Bewegung des deutschen Geistes ist, in und mit der die Wahrheit und Wirklichkeit unserer Existenz in unser Leben getreten ist und damit die Bedingung einer Philosophie, Wissenschaft und Universität, die wiederum in der Wahrheit und Wirklichkeit stehen. Es gilt zu

*erkennen, daß in unseren Tagen, in denen um Sein oder Nicht-Sein unseres Volkes überhaupt gerungen wird, zugleich um Sein oder Nicht-Sein des deutschen Geistes, deutscher Philosophie, Wissenschaft und Universität, ja, um die Wahrheit selbst gerungen wird."*¹

Wissenschaft und Wahrheit sind für RITTERBUSCH Funktionen von Volk, Reich und Führer.² Das ist vor allem als Absage an das Universalitätspinzip in der Wissenschaft zu interpretieren.³ 1935 lehnt RITTERBUSCH damit auch den ganzen Positivismus ab⁴, aber nicht nur wegen seines Universalismus, sondern vor allem wegen seines Pluralismus, seiner angeblichen Voraussetzungslosigkeit und seiner Unvereinbarkeit mit dem Ganzheitsgedanken, keineswegs wegen der Exaktheit seiner Methode.

Die Rede von Sein und Nicht-Sein von Volk und Wissenschaft läßt sich als frühe Andeutung interpretieren, wie eng und wie sehr im Kerne hier auch Wissenschaft und Krieg zusammengesehen werden. Bei derartigen Ausführungen ist stets zu berücksichtigen, daß der in ihnen geäußerte Kriegswille sich vor 1939 nicht allzu direkt äußern und schon garnicht auf HITLER berufen durfte, deswegen sogar mit Sondergerichtsverfahren rechnen mußte, weil zur Aufrüstung des

¹ *ibid.* S. 11f.

² *ibid.* Klar, daß der Dozentenbundsführer Walther SCHULZE RITTERBUSCH auch in dieser Hinsicht – zumindest was die Schärfe der Formulierung angeht – rechts überholt: *"Was hilft uns denn die bedeutendste Erfindung, was nützt uns die größte geisteswissenschaftliche Tat, wenn sie im Dienste des Feindes erfolgt ist, wenn sie denen allein zugute kommen soll, die uns knechten und vernichten wollen? Nein, die Wissenschaft kann sich erst da ganz entfalten, wo sie die Bindungen an ihr Volk erkannt hat und wo sie im Dienste eines politisch starken und freien Volkes sich betätigt."* W. SCHULTZE: Grundfragen der deutschen Universität und Wissenschaft. (Rede vom 21.1.38). in: Dokumente der Deutschen Politik (hg. v. P. MEIER-BENNECKENSTEIN). Bd. 6/Tl. 2 Bln. 1939, S. 631

³ *ibid.*, S. 12-13 RITTERBUSCH spricht zumeist statt von Positivismus von Pluralismus. Daß die Nationalsozialisten beides nicht mit exakter Forschung ineins setzten, läßt sich zumindest ab 1937 klar belegen, z.B. bei RITTERBUSCHs Kieler Kollegen Ferdinand WEINHANDL: *"Man sagte, der Nationalsozialismus bekämpfte den Positivismus, und man meinte die exakte Forschung. Man übersah, daß diese und der Positivismus nicht dasselbe sind und daß der Nationalsozialismus nicht daran denkt, sich irgendwie vom Wege der exakten Forschung zu trennen."* F. WEINHANDL: Organisches Denken. Bücherkunde Folge 54, 1937, 193

⁴ s. Hans Ulrich THAMER: *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933 – 1945.* Bln. 1986, S. 600 – Klaus SCHWABE: *Deutsche Hochschullehrer und Hitlers Krieg (1936 – 1940).* in: Martin BROZAT/Klaus SCHWABE (Hg.): *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg.* Mchn. 1989, S. 292

Führers eine Friedensdemagogie und -taktik gehörte, die lediglich die Aufrüstung des feindlichen Auslands lähmen und behindern sollte. Erst zu Beginn des Krieges kommt diese Rede vom Sein oder Nichtsein von Volk und Wissenschaft daher zu ihrem eigentlichen Sinn. Bei Kriegsausbruch befindet sich RITTERBUSCH jedenfalls ähnlich wie KOCH schon in den Startlöchern. Er organisiert in Kiel flugs eine Vorlesungsreihe, die er "Kriegsvorlesungen für das Volk" nennt.¹ In der Eröffnungsrede zu dieser Vorlesungsreihe am 26. November 1939 spinnt er den Faden von 1935 weiter, Krieg, Politik und Weltanschauung seien eine Einheit und Ganzheit² – wird insofern auch eine Sache der Wissenschaft, jedenfalls wenn man diese wie RITTERBUSCH als Funktion des Volkes sieht. Der 2. Weltkrieg sei entsprechend ein "*geistig-weltanschaulicher Kampf*" vor allem mit dem westlichen Ideengut, der "*bis in die letzten Voraussetzungen und Verwurzelungen der Wissenschaft und des Geistes der kämpfenden Völker hineinreicht.*"³ Ziel dieses Kampfes sei eine Neuordnung Europas.¹

Hans HUBER, Oberregierungsrat im Wissenschaftsministerium und Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes (**s.Fig. 3**), greift wenig später die seinerzeit gängige Unterscheidung von kämpfender und innerer Front auf, um den

-
- ¹ Paul RITTERBUSCH: Hochschule und Wissenschaft im Kriege. Neumster o. J. (1940), S. I. Genauer besehen, war es die Fortsetzung einer schon im Sommersemester 1939 begonnenen Vorlesungsreihe. Zu RITTERBUSCH die PA. im BDC sowie die – allerdings auffällig nichtssagenden – Geschichten der Universität Kiel (s. o. **Anm.** und .)
- ² *ibid.* S. 24. RITTERBUSCH entblödet sich nicht, dafür auch noch die Hauptvertreter des Universalitätsprinzips in der Wissenschaft, KANT und HEGEL, als Kronzeugen zu benennen. (S. 35)
- ³ *ibid.* S. 24ff., v. a. S. 36 – Von 1941 an gibt RITTERBUSCH zusammen mit Walther WÜST (s. Kap. 3.3.) und dem Ministerialrat im Propagandaministerium, Wilhelm ZIEGLER, in Verbindung mit Walter GROSS (s. Kap. 3.21), Rudolf MENTZEL (s. Kap. 2.4) und dem Reichsstudentenführer Gustav Adolf SCHEEL den "Europäischen Wissenschafts-Dienst" (EWD) heraus, zusammen mit dem von WÜST edierten "Deutschen Wissenschaftlichen Dienst" (DWD) eine wichtige Quelle zur Forschungsgeschichte im 2. Weltkrieg, zugleich ein Zeugnis dafür, daß man in der Forschungspolitik manchmal auch über ziemlich breite Gräben hinweg zusammenarbeiten konnte. (Auffällig ist nur, daß an diesem Unternehmen nicht der >NSD-DOZENTENBUND< beteiligt war. s. dazu **Anm.** + =). Von Aug. 1943 an leitet RITTERBUSCH auch noch eine Kommission für Geisteswissenschaften, die das Propagandaministerium berät. Vgl. Nachrichtenblatt des Reichsministeriums f. Volksaufkl. u. Propaganda 13, 19.8.43 – s. Max WEINREICH: *op. cit.* , 265f.

Beitrag der Hochschule zum Kriege als Beitrag *"zur Gesamtarbeit der inneren Front"* weiter einzugrenzen.² Die Aufgabe der Geisteswissenschaften sieht er im propagandistischen und außenpolitischen Bereich, *"im Dienst der Aufklärung des eigenen und fremder Völker"*, *"für die Grundlegung einer neuen Lebensordnung nach diesem Kriege"* sowie *"für die Sicherung und den Ausbau der deutschen kulturellen Beziehungen im Auslande."*³



Figur 3: Der Oberregierungsrat im Reichserziehungsministerium Hans Huber

Der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< wird in den zitierten Ausführungen RITTERBUSCHs und HUBERs naturgemäß noch nicht genannt. Dennoch sind seine Konturen schon hier sichtbar:

1. Wissenschaft ist allein dem Volk, seinem Reich und das hieß nach damaliger Sprachregelung faktisch seinem Führer verpflichtet. Das Universalitätsprinzip wird abgelehnt.

¹ RITTERBUSCH S 26f. – s. a. ders.: *Wissenschaft im Kampf um Reich und Lebensraum*. Stgt. 1942, bes. S. 17f. Dort S. 5 auch die prägnante Formel: *"Alles sollte aus der kompromißlosen Situation des Krieges seinen Wert und Rang erhalten."*

² Hans Huber S. 6. – Ähnlich: Gerhard BAUMANN S. 273. – s. a. RITTERBUSCH (1940), S. 21 – (mit Berufung auf LUDENDORFF) – vgl. SS-Personalkarte, BDC PA. HUBER-SSO; danach ist HUBER seit dem 30.1.1938 *"Führer im SD-Hauptamt"*; seit 22.1.1943 ist er bei Stalingrad vermißt. – vgl. a. OHLENDORF an HERFF, 29.1.43, *ibid.* – HUBER gehörte der SS seit 1.7.1932 an, Personalnachweis 6. 11. 38, BDC PA. HUBER

³ HUBER, *loc. cit.*, 26f.

2. Im Kriege geht es auch zentral um eine Auseinandersetzung vor allem mit dem "westlichen" Wissenschaftsbegriff.¹ (Der "östliche" stand wegen des HITLER-STALIN-Paktes nicht zur Debatte.)
3. Der Krieg wird als Kampf mit dem Ziel einer Neuordnung Europas interpretiert, die dann mit Hilfe von Politik, Aufklärung und Wissenschaft zu sichern wäre.
4. Der Beitrag insbesondere der Geisteswissenschaften wird in der "inneren Front" gesehen.
5. Wichtig ist den Wissenschaftspolitikern dabei auch deren Beitrag zur Verbesserung der kulturellen Beziehungen zum Ausland.

Dieser wissenschaftspolitische Rahmen wird in der unmittelbaren Folgezeit – damit nicht in Widerspruch stehend – auffällig in Richtung Exaktheit ergänzt. Schon die Einladungen zu den ersten >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<-Tagungen artikulieren sich durchweg eindeutig in diese Richtung. Den meisten Wissenschaftlern kommt es jedenfalls offensichtlich sehr entgegen.

1.4 Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Finanziert wurde der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< durch die DFG. Hier firmiert er freilich unter dem Namen: "Ausrichtung der Geisteswissenschaften".² War die Kennzeichnung "*Kriegseinsatz*" – aus damaliger Sicht – ein eher defensiver Ausdruck, der prima vista geeignet schien, Versuche abzuwehren, diese

¹ Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß im Rahmen des >Kriegseinsatz< der Anglisten auch ein Slavist mitarbeitet, allerdings mit einem bezeichnenden Titel: Oswald BURGHARDT: Forschungen über das Verhältnis der slavischen Völker zu Shakespeare. s. Überblick über die vom >Reichsforschungsrat< unterstützten wissenschaftlichen Arbeiten unter Beifügung der von der DFG auf den geisteswissenschaftlichen Gebieten geförderten Arbeiten. Rechnungsjahr 1940/41. Gräfenhainichen o. J., S. 90 (Dort auch die übrigen >Kriegseinsatz<-Projekte von 1940 und 1941)

² s. die Beihilfen-Verzeichnisse BAK R 73/50 u. ö.

Art Forschung als in der Kriegssituation unwichtig zu behindern oder sonstwie zu drosseln, so verrät der Begriff "*Ausrichtung*" in aller Offenheit, welche Wirkung man sich von diesem Projekt eigentlich versprach, nämlich durch vorgegebene Ziel- und Schwerpunktsetzungen Forschung auf eine gewünschte Linie zu bringen. In den Vorträgen RITTERBUSCHs auf den >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<-Tagungen und in den Einladungsschreiben zu diesen – wir haben eingangs ein solches in Auszügen kennengelernt – werden diese Linien auch unmißverständlich und klar gezeichnet.

Gefördert wird also nicht, was in seiner Kreativität überzeugt oder bahnbrechende Lösungen schwieriger Probleme verspricht, es sei denn, es läßt sich unter vorgegebene Schwerpunkt- und Zielsetzungen subsumieren, sondern was die Forschungspolitiker als förderungswürdig definieren, beraten durch etablierte und das heißt häufig genug: festgefahrene Wissenschaftler. Gefördert wird lediglich, was sich als in den Schwerpunkt fallend präsentiert, mag die vorgegebene Zielsetzung wie im Fall des >*Kriegseinsatzes*< auch noch so problematisch und das Ergebnis noch so banal, falsch oder frisiert sein. Forschungspolitik läuft über weite Strecken auf derart wissenschaftsfeindliche Ausrichtungen hinaus, übrigens nicht nur im 3. Reich.

1.41 Zur Erforschung der DFG-Geschichte

Die Geschichte der DFG muß noch geschrieben werden. ZIEROLDs Darstellung – von der alle späteren leben¹ – besticht zwar durch ihr gründlich recherchiertes

¹ Für dies und das Folgende: ZIEROLD, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft – Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar. Wiesbaden 1968 – vgl. a. ders.: Wesen und Werden des Unterrichtsfilms in Deutschland. Film und Bild 4, 10, 1938, 265-272 und 4, 11, 1938, 293-300. – Zur Vorgeschichte der DFG über die bei ZIEROLD, 1968, 607-9 genannte Literatur hinaus s. Eduard WILDHAGEN: Internationale Monatsschrift 15, 1, Okt. 1920, – o. V.: Verbandsbericht. Die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen 1, 5, 1. Feb. 1921, 47-52. – Ludolf BRAUER, Albrecht MENDELSSOHN-BARTHOLDY u. a. (Hg.): Forschungsinstitute – ihre Geschichte, Organisation und Ziele. HH. 1930; darin vor allem Wilhelm OSTWALD: Naturwissenschaftliche Forschungsanstalten, S. 66 -92 und Erich ROTHACKER: Geisteswissenschaftliche Forschungsinstitute, S. 93-103. – Zur Anfangsphase s. Georg SCHREIBER: Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter – Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches. Lpz. 1923. – Hans HARTMANN:

Quellenmaterial. Als ehemaliger Ministerialrat im Wissenschaftsministerium, geschäftsführender Vizepräsident der nach dem 2. Weltkrieg neu gebildeten "Notgemeinschaft" (1949 – 1951) und Generalsekretär der DFG (1952 – 1964) konnte er aber dennoch in vieler Hinsicht nicht der Versuchung widerstehen, um es in ein von C. F. MEYER geprägtes Bild zu fassen, an einem verwesenen Kadaver immer noch die blendenden Zähne zu loben. Ich teile keineswegs die unter Wissenschaftshistorikern verbreitete Ansicht, daß die DFG-Geschichten samt und sonders nur als Anwärter auf einen Preis für Schönfärbe-Akrobatik infrage kämen. Zumindest ZIEROLDS Arbeit macht nicht den Eindruck bewußter Unterschlagung, selbst da nicht, wo ihr wichtiges Quellenmaterial entgeht. Aber sie kann gerade zu dem Zeitraum, der uns hier interessiert, nur als relativ unkritische Vorarbeit gewertet werden, die sich mehr, als die zur Schau gestellte Reserve ahnen läßt, durch Autobiographien hat gefangen nehmen lassen, die von dem Gründer und ersten Präsidenten der DFG, Friedrich SCHMIDT-OTT¹, und seinem engsten Mitarbeiter, Eduard WILDHAGEN², stammen. Deren Informationen über die DFG kommen überdies, was die Zeit von 1937 bis 1945 angeht, auch nur aus zweiter Hand, sind entsprechend unzuverlässig, lückenhaft und einseitig und stehen außerdem in dem Verdacht, aus Selbstrechtfertigungsgründen den 1937 eingesetzten Präsidenten der DFG, Rudolf MENTZEL, zum Antagonisten aufzubauen, der allein für alles Bedenkliche an der DFG verantwortlich sei. Zumindest

Forschung sprengt Deutschlands Ketten. Stgt. 1940. – Steffen RICHTER: Forschungsförderung in Deutschland 1920-1936 – Dargestellt am Beispiel der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und ihrem Wirken für das Fach Physik. Düss. 1972. – vgl. außerdem: Manfred ABELEIN: Die Kulturpolitik des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland. Köln + Opladen. 1968 (Ordo Politicus 8), bes. S. 30ff. – Thomas NIPPERDEY/Ludwig SCHMUGGE: 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriß der Geschichte der DFG. 1920 – 1970. Bln. 1970. – Wolfgang SCHLICKER: Forschung und Gesellschaft – Vergesellschaftung der Forschung. Zur Stellung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in der bürgerlichen Forschungspolitik der Weimarer Republik. NTM – Zs. f. Geschichte d. Naturwiss., Technik u. Medizin 12, 1, 1975, 45-55.

¹ Friedrich SCHMIDT-OTT: Erlebtes und Erstrebtes – 1860 bis 1950. Wiesbaden 1952 – vgl. a. Gustav ABB (Hg.): Aus fünfzig Jahren deutscher Wissenschaft. Fs. SCHMIDT-OTT. Bln. ...1930. Darin u. a. Reinhold SEEBERG: Friedrich SCHMIDT-OTT und die deutsche Wissenschaft. S. 1-8

² Diese ist nicht publiziert und findet sich heute im BAK R 73/45

WILDHAGENS Autobiographie macht auch über weite Strecken den Eindruck, eine recht starke Fakten-Bleichanlage hinter sich zu haben.

Ich betone hier – selbst an der Darstellung ZIEROLDS – die Vorläufigkeit der bisher publizierten Forschungsergebnisse, weil der von der DFG inzwischen dem Bundesarchiv in Koblenz übergebene Nachlaß, auf dem sie größtenteils beruhen, zu sehr den Eindruck von Rest-Akten macht, vor allem aber auch weil die DFG sich völlig zu Unrecht mit der Studie von ZIEROLD der Aufgabe der Vergangenheitsaufarbeitung vollständig entledigt zu haben glaubt. Damit ist aber schon angedeutet, daß auch dieses Kapitel nicht mehr als ein weiterer Beitrag mit Vorarbeitscharakter ist bzw. sein kann.

1.42 Die DFG vor dem 2. Weltkrieg

Die DFG wurde am 30. Oktober 1920 unter dem Namen "Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft" gegründet. Als "*Vater der Notgemeinschaft*" wird spätestens seit WILLSTÄTTERS Autobiographie¹ Fritz HABER angesehen, jener ideenreiche jüdische Chemiker, dem die Landwirtschaft die künstliche Gewinnung

¹ Richard WILLSTÄTTER: Aus meinem Leben. Weinheim 1949, 1958², S. 270 – zu HABER s. a. Friedrich GLUM: Der Nationalsozialismus. Werden und Vergehen. Mchn. 1962, S. 294f. – Die Zeitgenossen sahen übrigens den Hauptgrund für die Notwendigkeit der Gründung einer "Notgemeinschaft der Wissenschaft" im Bücherwesen (s. dazu **Kap.**). Die Inflation hatte vor allem ausländische Publikationen selbst für Bibliotheken nahezu unerschwinglich gemacht. So mußte z.B. die Berliner Staatsbibliothek die Zahl der von ihr gehaltenen ausländischen Zeitschriften von 2300 auf etwa 150 herabsetzen. o. V. Verbandsbericht, 48. Empörung rief vor allem der Ausschluß deutscher Wissenschaftler von der Teilnahme an internationalen Kongressen hervor. s. W. KIESEL: Deutsche Wissenschaft und Auslandsboykott. "Die Zeit", 22.6.1924 sowie "Hamburger Korrespondent", 25.6.1924, gekürzt abgedruckt in den "Mitteilungen des Verbandes d. dt. HS'en", 4, 7, Okt. 1924, 140-1. – vgl. a. F. Fülleborn: Der Wiederaufbau und die deutsche Wissenschaft. Beilage zu den Mitt. d. Verb. d. dt. HS'en, 1923, 1-16 (v.a. S. 4) – E. Kohlschütter: Über den Stand der Bestrebungen zur Wiederanknüpfung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen. Mitt. d. VDH 10, 3/4, Apr. 1930, 33 -40 – Karl KERKHOF: Deutschlands wissenschaftliche Blockade. Vossische Zeitung 23.11.1919 – Ders.: Der Krieg gegen die deutsche Wissenschaft. Eine Zusammenstellung von Kongreßberichten und Zeitungsmeldungen. Wittenberg. o. D. (1922)

von Stickstoff zu verdanken hat ("HABER-BOSCH-Verfahren"), der dafür 1919 einen Nobelpreis erhielt, der freilich auch zu den 895 Kriegsverbrechern gehörte, deren Auslieferung die Alliierten im Versailler Vertrag gefordert hatten, weil sie in ihm nicht zu Unrecht den Initiator des Gaskrieges erblickten. HABER gewann den ehemaligen preußischen Kultusminister Friedrich SCHMIDT-OTT für die Idee, der (durch die verfassungsmäßige Übertragung der Kulturpolitik auf die einzelnen Länder bedingten) Zersplitterung der Forschungspolitik durch einen Verein der mit Forschung befaßten Körperschaften (Hochschulen, Akademien, Kaiser-Wilhelm-Institute usw.) entgegenzuwirken. Präsident dieses Vereins, der nur körperschaftliche Mitglieder kannte, wurde SCHMIDT-OTT, einer der Vizepräsidenten HABER. Beide treten nach der Machtergreifung von diesen Funktionen zurück, HABER weil er Jude war – er stirbt wenig später –, SCHMIDT-OTT, weil es ihm vom Innenministerium, das damals für die DFG zuständig war, nahegelegt wurde. So autokratisch letzterer die DFG nach innen geleitet hatte, so überangepaßt reagiert dieser überzeugte Monarchist sogar noch nach seiner Rücktrittserklärung gegenüber den nunmehr herrschenden Nationalsozialisten:

"Ich bekenne, daß ich hohe Bewunderung für den Führer hege, dem es gelungen ist, uns aus dem jahrhundertlangen elenden Parteiwesen herauszuretten und uns als Volk zusammenzuschmieden..."¹

SCHMIDT-OTT, der anschließend Präsident des Stifterverbands der DFG wurde, meint das durchaus so, wie er es auch nicht lassen kann, den Nazis noch Vorschläge mit auf den Weg zu geben, wie die DFG zur Verwirklichung ihrer Ziele beitragen kann. Er dient diese bis in unsere Tage wichtigsten Forschungseinrichtung der Heeresleitung für deren geheime Ziele an und zeigt auch sogleich, wie diese sich mehr Einfluß auf die DFG verschaffen kann: durch einen ihr

¹ Rechenschaftsbericht SCHMIDT-OTTs, zit. n. ZIEROLD op. cit., S. 153

vorgesetzten Forschungsrat, in dem sie – die Heeresleitung – selbst das Übergewicht hat.¹

Zunächst versuchen es die Nationalsozialisten zwar noch durch einen einfachen Personal-Austausch an der Spitze der DFG. Präsident wird ein Mann, der aus der Sicht der Nazis wie geschaffen schien für diese Aufgabe: Johannes STARK, Physiker, Nobelpreisträger des gleichen Jahres wie Fritz HABER (1919), im Gegensatz zu diesem Antisemit und früher Freund Adolf HITLERs, der diesem Umstand schon seine Berufung zum Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt zu verdanken hatte. STARK war aber durch seine vielen repräsentativen Aufgaben, für die er überdies wenig Begabung mitbrachte, überfordert und überließ daher dem Geschäftsführer Eduard WILDHAGEN, der schon SCHMIDT-OTTs erster Mitarbeiter war, auch wichtigste Aufgaben eines DFG-Präsidenten. WILDHAGEN² freilich geriet zu schnell in den Geruch eines ROSENBERG-Anhängers und RUST-Gegners. Das bringt den ROSENBERG-Gegner HIMMLER auf den Plan. HIMMLER und RUST genügt STARKs Mißerfolg bei der Goldgewinnung aus Moor³, um schon 1936 einen Wechsel in der DFG-Führung herbeizuführen.

Der neue Mann an der Spitze der DFG, Rudolf MENTZEL (s. Fig. 4), der von einem Gremium habilitiert wurde, das seine Habilitationsschrift aus Geheimhaltungsgründen gar nicht kannte, war zugleich im Wissenschaftsministerium in der

¹ Für dieses und das Folgende ibid. S. 156 – SCHUMANN sah die Idee des >Reichsforschungsrats< in der Wehrmacht entstehen. s. E. Sch., op. cit. , 140

² Zu WILDHAGEN s. a. HEIBER op. cit. S. 58f. u. ö.

³ STARK hatte für dieses Unternehmen Riesensummen aus DFG-Provenienz abgezweigt. HITLER hatte er bereits stolz einen streichholzkopfgroßen Goldklumpen mit entsprechender Gravur vermacht, als sich herausstellte, daß das "gewonnene" Gold nicht aus dem Moor stammte, sondern aus einem Metallpulver, das sein Team bei der Ausfällung benutzte. s. ZIEROLD, op. cit., , 190 – STARK veranlaßte dieser Vorgang, noch radikaler antisemitisch zu werden, als er schon war. Der Artikel " >Weiße Juden< in der Wissenschaft" (Das Schwarze Korps vom 15.7.37), der sich übrigens gegen die bloße Exilierung der Juden ausspricht, findet seine volle Zustimmung. s. J. S.: "Die >Wissenschaft< versagte politisch." ibid. Dort auch eine heftige Kritik daran, Juden im Rahmen des >Vierjahresplan< wieder in die Forschung einzubauen. Der Artikel im >Schwarzen Korps< war hauptsächlich gegen "Judenzöglinge" wie Werner HEISENBERG gerichtet, der explizit genannt wird.

Hochschulabteilung tätig, ab 1939 als deren Leiter. Beide Funktionen übte er – zumeist im Sinne HIMMLERs – bis Kriegsende aus.



Figur 4: Der Leiter der DFG Rudolf Mentzel

Als bald nach seiner Amtsübernahme mußte die DFG einen beträchtlichen Einflußverlust hinnehmen. Das Wissenschaftsministerium, das wegen seiner Probleme mit STARK und WILDHAGEN schon an einer Ersetzung der DFG durch eine "Reichsakademie der Forschung" gearbeitet hatte, griff jetzt auf die Vorschläge SCHMIDT-OTTs zurück und setzte der DFG einen Reichsforschungsrat vor die Nase. Die faktische Entmachtung der DFG kam nur deswegen nicht zum Tragen, weil ihr neuer Präsident auch in dieses Gremium berufen wurde und dort sogar sehr bald den Ton angab. ZIEROLD vermutet MENTZELs Freund und ehemaligen Kollegen Erich SCHUMANN, dessen Chef im Heereswaffenamt, BECKER, Präsident des >Reichsforschungsrat< wurde, als treibende Kraft hinter dieser Regelung.¹ Da MENTZEL überdies auch noch mit dem Geschäftsführer des "Ahnenerbes" der SS, Wolfram SIEVERS, befreundet war, konnten ihm also schon

¹ s. ZIEROLD, S. 217 – Rudolf MENTZHEL, am 28.4.1900 als Sohn eines Volksschullehrers in Bremen geboren, beteiligte sich 1920 am KAPP-Putsch und 1921 an den "Abwehrkämpfen" in Oberschlesien beim Bataillon WOLF, hatte mit der NSDAP bzw. ihren unmittelbaren Vorläufern in Göttingen mit Unterbrechungen seit 1921 zu tun, gehörte der SA seit 1923 und der SS seit 1932 als Brigadeführer an; 1930 ist er NSDAP-Kreisleiter von Göttingen. Zu diesem und dem Folgenden die Lebensläufe MENTZELs in der PA. des BDVC o. D. und 5.10.1933 sowie die Personal-Berichte vom 1.10.1933 und 10.10.1934, den SS-Personalnachweis mit der Dienstlaufbahn bis 1942, Reichsschatzmeister an Gauleitung Hannover 20.4.1934, Gauleitung Hannover an Reichsleitung 10.11.1934 und BEST an Chef des SHA 22. 3. 1935, ibid. Er unterstützt den Sicherheitsdienst – wie Werner BEST (s. dazu Kap. 3.315.3) es ausdrückt – *"in der wirksamsten und kameradschaftlichsten Weise, – insbesondere hinsichtlich der Finanzierung durch das Ministerium"*. Er wird als *"groß, kräftig, nordisch"* bzw. *"sehr energisch; wo notwendig, rücksichtslos"*, *"soldatisch streng"* und als *"Führernatur"* für das NSDAP-Ehrenzeichen für Alt-Pg's vorgeschlagen. MENTZELs

einfache Rückfragen bei seinen Freunden die Durchsetzbarkeit von Plänen beim Militär und bei der SS signalisieren, von anderen Verbindungseffekten ganz zu schweigen. MENTZEL hatte also zumindest bis 1942 eine Machtposition wie damals nur wenige Forschungspolitiker inne.

1.43 Die DFG als "Selbstverwaltungsorgan" der Wissenschaft

Die DFG war bis in unsere Tage stets stolz darauf, ein Selbstverwaltungsorgan der Wissenschaft zu sein. Sie blieb es offiziell übrigens auch im 3. Reich trotz der Pläne, sie in eine Anstalt öffentlichen Rechts – wie sie die Reichsakademie der Forschung sein sollte – zu überführen.¹ Dieser Stolz erschöpft sich aber wohl weitgehend in einer Illusion, wie sie vergleichsweise ein Selbständiger gegenüber einem Beamten hat, selbst wenn er als Inhaber eines Zulieferbetriebes Zwängen ausgesetzt ist, wie sie in dieser Existenzgefährdung nur wenige Beamte kennen. Das Studium der Fakten zeigt jedenfalls, daß diese Selbstverwaltung weitgehend nur auf dem Papier stand², und das nicht erst im 3. Reich. Waren die Freiräume der DFG in der Weimarer Republik, wenn man ihnen denn den Namen geben will, jemals mehr als die Freiräume des Herrn SCHMIDT-OTT, diesem unverbesserlichen Aristokraten, der sich so bewundernswert selbstherrlich sogar über die weitgehend von ihm selbst stammenden Satzungen der DFG hinwegsetzte, ohne daß ihn über Jahre hinweg jemand deswegen zur Rechenschaft zog? Ausgerechnet der Forschungspolitiker, der ungefragt und ungebeten die Wissenschaft militärischen Zwecken prostituierte, soll als Hüter von Selbstverwaltung und Wissenschaftsfreiheit gefeiert werden?

1.44 Die Rolle der Zweckforschung in der DFG

¹ So § 1 des Entwurfs. s. ZIEROLD, op. cit. , 194

² Diesen Eindruck hinterläßt gerade auch ZIEROLDs Darstellung, die auch nicht an einem einzigen Beispiel konkretisieren kann, in dem sich wissenschaftliche Prinzipien gegen wirtschaftliche und politische Interessen durchzusetzen vermochten. Im Gegenteil, obwohl das Manko dieser Arbeit gerade darin besteht, daß sie das gar nicht im Blickwinkel hat, bringt sie eine Fülle von Beispielen, wie Politik und Wirtschaft den Drang nach reiner Erkenntnis, vermittelt über die DFG, in Bahnen lenken, die diesen zumeist auch nur kurzfristige Vorteile versprechen.

Natürlich war die Selbstverwaltung auch nie ein im Vordergrund der DFG stehender Zweck. Satzungen zeichnen sich in der Regel dadurch aus, daß sie mit möglichst nichtssagenden Worten möglichst vielen Adressaten eine möglichst unbeeinträchtigte Zustimmung entlocken und dennoch den Vereinsgesetzen genügen. Insofern darf man auch von dem seit der Jahrhundertwende vorgeschriebenen Zweckparagrafen von Vereinssatzungen nicht erwarten, daß diese sehr viel über die eigentlichen Zwecke eines Vereins verraten. Der in der DFG-Satzung angegebene Hauptzweck, der bis über 1945 hinaus dem Sinne nach der gleiche bleibt, fällt hier keineswegs aus dem Rahmen:

*"(...) Die Notgemeinschaft will die ihr von öffentlicher und privater Seite zufließenden Mittel in der dem gesamten Interesse der deutschen Forschung förderlichsten Weise verwenden und durch die in ihrem Kreise vertretene Fachkunde und Erfahrung der deutschen Wissenschaft wirken(...)."*¹

Zum 20jährigen Bestehen der DFG hat 1940 ihr für die Geisteswissenschaften zuständige Referent Karl GRIEWANK diese allgemeine Zwecksetzung in wenigen Sätzen zu konkretisieren versucht:

"In Jahren, in denen Institute und Forscher durch die Wirkungen der Inflation auf das schwerste gehemmt waren und unmittelbar vom Staate nicht die ausreichenden Mittel erhalten konnten, hat die Notgemeinschaft eine stille, aber erfolgreiche Weiterarbeit der deutschen Forschung ermöglicht: ein wissenschaftlicher Nachwuchs wurde gesichert, den Forschungsstätten wurden die nötigen Apparate und Materialien zur Verfügung gestellt, weltbedeutende Veröffentlichungen deutscher Gelehrter wurden weitergeführt und durch mustergültige Auslandsunterneh-

¹ Sämtliche Satzungen der DFG finden sich im Anhang von ZIEROLD, op. cit., S. 543ff. Die "Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft" hieß inoffiziell schon vorher, offiziell ab 1929 "Deutsche Gemeinschaft zur Erhaltung und Förderung der Forschung", ab 1937 "Deutsche Forschungsgemeinschaft" (DFG), von 1949 bis 1951 wieder "Notgemeinschaft" und ab 1951 wieder "DFG".

*mungen begann die deutsche Forschung wieder ihren achtunggebietenden Platz in der Welt einzunehmen."*¹

GRIEWANK, der seit 1926 bei der DFG wirkte und persönlicher Referent SCHMIDT-OTTs gewesen war², geht also indirekt davon aus, daß – was damals ein nicht infrage gestellter Topos war – die deutsche Wissenschaft nach dem 1. Weltkrieg ziemlich am Boden lag, sieht sie aber wieder im Aufschwung begriffen, dank der DFG vor allem im Bezug auf Forschungsexpeditionen. Er spielt dabei auf die Altai(Pamir)-, die Grönland- und Meteor-Expeditionen an, die seinerzeit in der Tat weltweit Aufsehen erregten. Daß solche Expeditionen nicht immer rein wissenschaftliche Funktionen hatten, wird weiter unten noch gezeigt werden.

GRIEWANK schließt seine Aufzählung der DFG-Förderungsarten (Nachwuchs, Sachbeihilfen insbesondere für Instrumente, Publikationen und Forschungsreisen) mit einem Hinweis auf damalige Teamwork-Unternehmen, wie sie etwa das GRIMMsche Wörterbuch darstellte, das mit einiger Wahrscheinlichkeit wirklich ein Torso geblieben wäre, wenn die Länder des deutschen Reiches nicht in der DFG einen Finanzierungsweg über ihre Grenzen hinweg gefunden hätten.

Mit der Zentralisierung der Kulturpolitik im Wissenschaftsministerium wurde die DFG 1934 nach GRIEWANK nicht überflüssig:

"Heute bedient der Staat sich der Einrichtung der 'Deutschen Forschungsgemeinschaft', um Zwecke zu erreichen, die durch die unmittelbare Staatsverwaltung nicht oder noch nicht erfaßt werden."

¹ Für dies und das Folgende s. Karl GRIEWANK: Wissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart. DWD Nr. 18, 28.10.1940, 6-7 – vgl. a. ders.: Staat und Wissenschaft im Deutschen Reich. Zur Geschichte und Organisation der Wissenschaftspflege in Deutschland. Freiburg i. Br. 1927 (Schriften zur deutschen Politik 17+18). Eine Zwecksetzung, die die DFG 1933 vorübergehend hatte, wird bei GRIEWANK – wie im übrigen auch durchweg in den DFG-Geschichten – nicht genannt; sei hier aber wenigstens erwähnt: Auswahl, Planung und Organisation der Arbeit erwerbsloser Akademiker im Rahmen der "Wissenschaftlichen Akademikerhilfe". Finanziert wurde diese durch die "Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitsversicherung". s. dazu: H. RAUPACH: Die Berufsnot der Akademiker. Geistige Arbeit 21, 5.11.34, 9.

² ZIEROLD op. cit. , S. 44

Wohl um diese Zwecke etwas mehr zu veranschaulichen, kommt es zu Ausführungen, deren Deutlichkeit damals nur wenigen aufgefallen sein dürften, weil man derartiges immer wieder zu hören bekam:

"Der neue Staats- und Volksaufbau, Ernährungsschlacht, Vierjahresplan und Einsatz für Wehr und Krieg haben der deutschen Wissenschaft besondere Aufgaben von ungeheurem Ausmaß gestellt, für die ein derartiges Organ (gemeint ist die DFG. G. S.) von großem Nutzen war."

Die DFG ist mit Scherheit von Anfang an alles andere als eine Wohltäterin zweckfreier Wissenschaft gewesen. Die Grundlagen zu dieser Entwicklung müssen sicher bereits im 19. Jahrhundert gesucht werden. Wichtig aber ist, daß die Forschungspolitiker in der Weimarer Republik noch unter dem Einfluß des protestantischen Theologen Adolf von HARNACK, als geistiger Vater und Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sowie als Präsident der Berliner Akademie der Wissenschaften auch Mitglied im Präsidium der DFG, diese Kanalisierung der Wissenschaften in Richtung Zweckwissenschaft eminent beschleunigt haben. Reine Wissenschaft und praktische Aufgaben der Industrie waren schon bei HARNACK nicht mehr zu trennen. Das Bündnis von Wirtschaft und Forschung würde nicht nur die Forschung befördern, sondern sei *"der sicherste Weg zu einem wirtschaftlichen Aufstieg"*.¹ Zu keiner Zeit hat die DFG sich aber so offen zu dem bekannt, was schon vor dem 3. Reich – allerdings positiv bewertet – Zweckforschung hieß. GRIEWANK nennt das auch *"Konzentration der Kräfte auf die lebensnotwendigen Forschungsaufgaben"*.

Die Entstehung des Reichsforschungsrats 1937 bringt GRIEWANK direkt mit dem kurz zuvor entstandenen Vierjahresplan in Zusammenhang, jener von Hermann GÖRING geleiteten Institution zur Steuerung der Wirtschaft in Richtung auf Kriegszwecke:

¹ HARNACK galt damals allgemein als altherwürdige Koryphäe in Sachen Wissenschaftspolitik und sprach damit eine allgemein akzeptierte, unter Wissenschaftspolitikern seinerzeit jedenfalls nicht widersprochene Überzeugung aus. o. V.: Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Mitt. d. Verb. d. dt. HS'en 7, 7/8, Juli 1927, 84f.

"Um auf den für den Vierjahresplan wichtigen Forschungsgebieten einheitliche Ausrichtung und ausgiebige Förderung zu sichern, wurde durch den Reichswissenschaftsminister 1937 der Reichsforschungsrat gebildet. (...) Für den >Reichsforschungsrat< bietet die DFG den notwendigen verwaltungsmäßigen Unterbau und das Organ für die finanzielle Durchführung seiner Absichten. Daneben betreut sie entsprechende Aufgaben auf anderen, nicht im >Reichsforschungsrat< vertretenen Wissenschaftsgebieten."

GRIEWANK geht dann auf den von ihm selbst betreuten Bereich der Geisteswissenschaften ein:

"Die Zusammenfassung der Kräfte für die zunächst herandrängenden naturwissenschaftlichen und technischen Probleme, die insbesondere im Zuge des Vierjahresplanes und der Wehrhaftmachung Deutschlands notwendig war, durfte nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die anderen Wissenschaftsgebiete, insbesondere die Geisteswissenschaften, sehr wesentliche Aufgaben im Sinne der Volks- und Staatsführung zu erfüllen haben."

Und ohne das Vorurteil über die Zwecklosigkeit der Geisteswissenschaften überhaupt zu thematisieren, kommt GRIEWANK sofort auf das wichtigste geisteswissenschaftliche Projekt zu sprechen, das die DFG im 2. Weltkrieg gefördert hat:

"Der Krieg mit den gewaltigen neuen Perspektiven, die er für die Ordnung Europas und der Welt in deutschem Geiste eröffnet, hat die Bedeutung der geistigen Waffen, welche die Wissenschaften der Geschichte, der Geographie, der verschiedenen Auslandskunden, des Staats- und Völkerrechts usw. für den Daseinskampf und die künftige Stellung Deutschlands zu schmieden vermögen, in ein neues und, wie es stets in neuen Situationen ist, vielfach unerwartetes Licht gestellt. Im Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften sind wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeiten in Angriff genommen worden, die ein neues, sehr wichtiges Glied in der Reihe organisatorischer Großaufgaben der deutschen Wissenschaften darstellen."

GRIEWANK versucht, etwa aufkommende Zweifel hinsichtlich der Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit lediglich in einem Satzteil ohne Begründung zu zerstreuen:

"Es zeigt sich dabei aufs neue, daß die einheitliche Aufgabenstellung und die gemeinsame Art der Durchführung zu wertvollen Ergebnissen zu führen vermag, unbeschadet der Freiheit des wissenschaftlichen Wahrheitsstrebens."

Die Einheit der Wissenschaft sieht GRIEWANK in Bezug auf die Methoden zerfallen. Wir werden sehen, daß er in diesem Punkte weiter geht als der Wissenschaftsminister. Aber er hat eine neue – natürlich nicht universalistische – Einheit anzubieten: die Einheit des Zwecks:

"Die in der alten universitas litterarum geforderte Einheit der Wissenschaft kommt darin (d. h. in der alle Zweige der Wissenschaft umfassenden Forschung der DFG. G. S.) wieder zur Geltung – nicht als Einheit in den Methoden und nicht als eine die völkische Grenzen verwischende universalistische Einheit, sondern als Einheit in den Motiven und Zielen aller mitschaffenden deutschen Forscher, die damit der Aufgabe ihres Volkes in der Welt dienen."

Ich denke, daß dieser Text es wert war, so ausführlich zitiert zu werden, zumal er ziemlich versteckt überliefert und den DFG-Geschichten nicht bekannt ist. In wenigen knappen Sätzen wird einfach und klar die forschungspolitische Linie der DFG vor allem im 3. Reich nachgezeichnet. Der Text dürfte nichts enthalten, was damals in der DFG auf Widerspruch gestoßen wäre.

1.45 Ein DFG-gefördertes Projekt: ZWIRNERs Phonometrie

Ich habe die Titel und Exposés der von der DFG in der Zeit vom 1. April 1937 bis 31. März 1939 geförderten Forschungen auf geisteswissenschaftlichem Gebiet

gründlich durchgearbeitet.¹ Eine so klare forschungspolitische Linie, wie sie GRIEWANK auch für diese Zeit zeichnet, ist aus ihnen beim besten Willen nicht herauszulesen. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß auch heute Titel und Exposés keineswegs immer verraten, was hinter ihnen steckt. Die faktische Mischung von positivistisch Trockenem, Ideologismen und knallharten Praxisbezügen, die aus ihnen spricht, beeindruckt dennoch gerade durch ihre Vielfalt. Hier nur einige ungezielt ausgewählte Titel von Berliner Projekten (ohne Anspruch auf Repräsentativität):

1. Landeskunde und Glazialgeologie der türkischen Provinz Hakari in Zentral-kurdestan und der iranischen Provinz Aserbaidshan.
2. Durchführung von rassenkundlichen Untersuchungen von Bauernfamilien in der Umgebung von Werben a. d. Elbe
3. Generalfeldmarschall Freiherr von der GOLTZ PASCHA.
4. Arbeiten für einen historischen Atlas deutscher Siedlungs-, Wirtschafts- und Staatengebilde.
5. Die territoriale Ausbildung der Reichsfürstentümer um 1230.
6. Phonometrische Bearbeitungen deutscher Texte.
7. Historische Untersuchung über die Nordfront des römischen Imperiums.
8. Wehrwissenschaftliche Untersuchungen im Institut für allgemeine Wehrlehre.
9. Reise durch Südschweden und Norwegen zum Zwecke der Untersuchungen über Franken- und Wikingerschwerter.
10. Deutsches Rechtswörterbuch.
11. Krankheit und Charakter.
12. Untersuchungen über die Ordens- und Herzogszeit von Preußen und Livland.
13. Völkerkunde von Afrika.
14. Untersuchungen über Werke und Briefe Friedrich FRÖBELs.

¹ Überblick über die vom >Reichsforschungsrat< im ersten Rechnungshalbjahr 1937/38 (1.4. bis 31.9.) unterstützten wissenschaftlichen Arbeiten unter Beifügung der von der DFG auf den

Als Linguist und Sprachwissenschaftshistoriker interessiert mich natürlich ein Exposé wie das zum Titel (6) besonders:

*"Unter Leitung von A. ZWIRNER wurde eine neue Methode gefunden und ausgearbeitet, gesprochene Texte in ihrer phonetischen Eigenart aufzuzeichnen und festzuhalten. Diese Methode vermag akustisch schwer feststellbare Unterschiede in der gesprochenen Sprache zu verzeichnen und ist demgemäß für die mundartliche Sprachforschung von Bedeutung. In die luftfahrtmedizinische Forschungsarbeit führen in der Unterdruckkammer hergestellte Schallplattenaufnahmen, die dem Studium der in großen Höhenlagen auftretenden Sprachstörungen gelten. Das praktische Ziel dieser Untersuchung liegt im Bau von Mikrofonen, welche diese Störungen bis zu einem gewissen Grad aufheben sollen."*¹

Bei dem im Exposé erwähnten A. ZWIRNER handelt es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um Eberhard ZWIRNER, zu dessen Vornamen auch Adolf gehörte, der aber nicht sein Rufname war und in seinen Veröffentlichungen auch nie genannt wird.² Eberhard ZWIRNER war wohl der bekannteste deutsche Strukturalist, von Haus aus Mediziner, speziell Neurologe und Psychiater, der durch seine Arbeit an sprachgestörten Patienten auf das Phänomen "Sprechen" stieß und zu seiner Beschreibung ein originelles statistisches Verfahren entwickelte, das er "*phonometrisch*" nannte.³

Der Siegeszug der strukturalistischen Linguisten in den 60er Jahren, die man als neues Paradigma gegenüber der neohumboldtianischen WEISGERBERS, SCHMID-ROHRs und TRIERs empfand – wie sich zeigen läßt, war es eher

geisteswissenschaftlichen Gebieten o. J.- (1938) sowie die folgenden Hefte.

¹ *ibid.*

² Als Koautor taucht gelegentlich Kurt ZWIRNER auf, zu dessen Vornamen aber nicht einmal ein mit A beginnender gehört. Beide sind nicht miteinander verwandt.

³ s. Eberhard ZWIRNER/Kurt ZWIRNER: Grundfragen der Phonometrie. Berlin 1936 (2. erweiterte u. verbesserte Auflage. Basel...:1966). Dieses Hauptwerk wurde im 2. Weltkrieg von der DA mit einem Preis ausgezeichnet. Über ZWIRNERs wechselvolle Geschichte im 3. Reich s. a. G. SIMON, Rezension zu NEWMeyer, Frederick J.: The Politics of Linguistics. Das Argument 175, Mai/Juni 1989, 455f.

umgekehrt¹ -, beruhte zu einem keineswegs geringen Teil auf der undifferenzierten These, der Strukturalismus sei durch die Nazis verfolgt und vertrieben worden. ZWIRNER ist sogar ein Beispiel dafür, wie leicht sich der Strukturalismus mit dem Nationalsozialismus verbinden ließ. Ich werde noch an anderer Stelle² ausführlich auf die recht "durchwachsene" Geschichte dieses sicher zu Recht zu den originellsten deutschen Linguisten unseres Jahrhunderts zu zählenden Kopfes zu sprechen kommen. Hier darum nur das Wichtigste:

1. ZWIRNER wird 1936 "*unehrenhaft*" aus der SA entfernt. Der Grund ist eine Streiterei mit einem anderen ebenfalls "*unehrenhaft*" entfernten SA-Angehörigen, die von der SA als "*unkameradschaftlich*" eingeschätzt wurde, obwohl es offensichtlich schon damals niemandem gelang, ihren Anlaß und ihre tiefere Ursache zu ermitteln. ZWIRNER versucht in einem Prozeß vergeblich die Wiederaufnahme in die SA zu erwirken.
2. ZWIRNERs Frau bringt ihn mit einigen pazifistischen Äußerungen unter anderem in Schwierigkeiten mit seiner Habilitation. Im 3. Reich herrschte bekanntlich Sippenhaft. ZWIRNER dementiert zwar heftig diese Äußerungen, erhält auch in einem Prozeß in erster Instanz uneingeschränkt, in zweiter und letzter aber nur zu zwei Drittel recht.
3. Derartig unter Druck denunziert er kurz nach dem Anschluß Österreichs die Vertreter der herkömmlichen Richtung in seinem Spezialgebiet, die sogenannten "*Experimentalphonetiker*", deren Publikationsorgan die Zeitschrift "Vox" war, nicht nur als "*materialistisch*", sondern auch als "*Juden*".
4. 1939 versteht es ZWIRNER, den Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig und über diesen den Ministerpräsidenten Dietrich KLAGGES, der 1931 HITLER zur deutschen Staatsbürgerschaft verhalf, für seine Phonetrie zu gewinnen. Das von ZWIRNER im Rahmen des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung konzipierte "Deutsche Spracharchiv" zieht infolgedessen nach Braunschweig um, zur Hauptsache um die mundartlichen Verschmelzungspro-

¹ s. SIMON: Sprachwissenschaft im III. Reich. Ein erster Überblick. in: F. JANUSCHEK (Hg.): Politische Sprachwissenschaft. Opladen 1985, S. 97-141

zesse in den neu entstehenden Städten Wolfsburg (wegen des Volkswagenwerks) und Salzgitter (wegen der Reichswerke Hermann GÖRING) mit phonometrischen Methoden festzuhalten und zu studieren, aber auch um dem ursprünglichen Ziel, Vergleichsdaten zur Beurteilung von Sprachstörungen zu erhalten, näherzukommen. Um die rassische Komponente isolieren zu können, will er dazu auch einige Juden beforschen.

5. Im Kriege entsteht aus dem Spracharchiv ein selbständiges "Kaiser-Wilhelm-Institut für Phonometrie".
6. ZWIRNER ist federführend bei der Bearbeitung von 300 HITLER zum Geburtstag geschenkten Schallplatten "Lautdenkmale im Zeitalter Adolf Hitlers".¹
7. Im Kriege kommt ZWIRNER als Sanitätsarzt nach Warschau. Dort gewinnt er über den Direktor des Krakauer "Instituts für Ostforschung", COBLITZ, den Generalgouverneur Hans FRANK und den Gauleiter GREISER für die Gründung einer Warschauer Zweigstelle des "Deutschen Spracharchivs", die die gleiche Aufgabe für den Warthegau übernehmen soll wie die Hauptstelle im Braunschweigischen.
8. ZWIRNER weiß zahlreiche parteiamtliche Stellen zumindest zu Empfehlungen zu bewegen, so den Reichsarbeitsdienst und das Amt ROSENBERG.

Meine Studien zu ZWIRNER sind nicht abgeschlossen. Insofern kann ich die Möglichkeit nicht ausschließen, daß ZWIRNER die Paxisbezüge seiner Phonometrie lediglich ins Spiel bringt, um an Gelder heranzukommen. Zumindest markieren seine diesbezüglichen Ausführungen dennoch exakt die Scharnierstellen, wo sich

¹ Die Platten wurden vom Deutschen Sprachatlas in Marburg unter der Leitung Walther MITZKAs und Bernhard MARTINs von Fritz DEBUS "*hauptverantwortlich*" zusammengestellt. Sie sind ein bis heute nicht ausgewertetes einzigartiges Dokumentenwerk zur Alltagsgeschichte des 3. Reiches. Die Sprecher wußten, daß sie zu einem "*Geburtstagsgeschenk für ihren Führer*" beitragen sollten. Was nicht schon die Schere im Kopf der einzelnen Sprecher zensierte, wurde mit Sicherheit von den Herausgebern herausgeschnitten. Insofern darf man von diesem Dokumentenwerk keine Kritik erwarten. Es bleibt genügend übrig für eine Darstellung, die an der Innensicht des 3. Reichs interessiert ist. s. Hans LEBEDE: das Lautdenkmal reichsdeutscher Mundarten zur Zeit Adolf Hitlers. Der Dt. Erzieher H. 18, Dez. 1938, 59-63 – ZWIRNERs Bearbeitung setzte erst nach 1938 ein und

der Strukturalismus mit rassistischen Interessen, insbesondere auch mit Menschenrechtsverletzungen verknüpfen ließ. Entscheidend für die Wissenschaftsgeschichtsschreibung ist ja keineswegs immer nur – wie Nichthistoriker häufig meinen – die Realisiertheit von Forschung, sondern manchmal gerade auch deren Geplantheit und Realisierbarkeit. Wie komplex das Zusammenspiel von geldgebenden Instanzen und Forschung ausfallen kann, läßt sich am Fall "ZWIRNER" dabei mit seltener Präzision analysieren.

Das wahrscheinlich von seinen Mitarbeitern LINKE und MAACK angefertigte Exposé erwähnt einen Praxisbezug, dem die Bodenlosigkeit damals wohl noch nicht anzumerken war. Die angedeutete Versuchsanordnung ("*Unterdruckkammer*") erweisen die ZWIRNERschen Experimente freilich einwandfrei als Vorstudien zu den später berühmt gewordenen, vom Luftfahrtministerium angeregten und vom "Ahnenerbe" der SS betreuten Menschenversuchen Sigmund RASCHERs im KZ Dachau¹ RASCHER benutzte dieselbe Unterdruckkammer zur

blieb mit Sicherheit in den Anfängen stecken. Den Auftrag zu dieser Bearbeitung erhielt er von GÖRING.

¹ Nicht durchgearbeitet habe ich für diesen Bereich die 84 Bände Naturforschung und Medizin in Deutschland 1939-1946. Für Deutschland bestimmte Ausgabe des FIAT Review of German Science. Weinheim 1947-49, Wiesbaden 1953. – vgl. die Dokumente 1602-PS, 1609-PS und 1617-PS in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nbg. 1948. Mchn. 1989². Bd. XXVII, S. 381-7 – Fritz BELOFF (Hg.): On the Track of Tyranny. Lond. 1960, S. 77f. – vgl. a. Gerhard BAADER/UlrichSCHULTZ (Hg.): Medizin und Nationalsozialismus. Tabuisierte Vergangenheit – ungebrochene Tradition? Eine Dokumentation des Gesundheitstages. Berlin 1980. Darin u. a. Walther WUTTKE(-GRONEBERG): Von Heidelberg nach Dachau ... Bd. 1, S. 113-138 – Benno MÜLLER-HILL: Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken. 1933-1945. Reinbeck 1984 – Fridolf KUDLIEN u. a.: Ärzte im Nationalsozialismus. Köln 1985 – Robert J. LIFTON: The Nazi Doctors. 1986 (= dt.: Ärzte im 3. Reich. Stgt. 1988) – Henryk OLSZEWSKI. Neue Untersuchungen zur Beteiligung deutscher Wissenschaftler an den Verbrechen des Dritten Reichs. Polnische Weststudien, 5, 2, 1986, 411-425 – Menschenversuche: Wahnsinn und Wirklichkeit. Hg. v. Rainer OSNOWSKIJ. Köln 1988. Darin u. a. Sabine SCHLEIERMACHER: Die SS-Stiftung "Ahnenerbe" – Menschen und Material für "*exakte*" Wissenschaft. S. 70-87 – Alexander MITSCHERLICH/Fred MIELKE: Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Arztprozesses. Ffm. 1960, 1978², 20ff. – Josef ACKERMANN: Heinrich HIMMLER als Ideologe. Gö. 1970, S. 50-3 – KATER, op. cit., 231ff – Walter WUTTKE(-GRONEBERG): Medizin im Nationalsozialismus. Tü. 1980, S. 324 – Ders.: Volk & Gesundheit. Heilen & Vernichten im Nationalsozialismus. Hg. v. der Projektgruppe "Volk und Gesundheit". Tü. 1982, S. 197 – Ludger WESS (Hg.): Die Träume... – Zur Vorgeschichte der Menschenversuche v. a. Jürgen KROLL: Zur Entstehung und Institutionalisierung einer naturwissenschaftlichen und sozialpolitischen Bewegung: Die Entwicklung der Eugenik/Rassenhygiene bis zum Jahre 1933. Diss. Tü. 1983 – Hedwig

Ermittlung eines exakten Höhengrenzwertes, bis zu dem ein Flugzeug fliegen konnte, ohne daß seine Insassen Gefahr liefen, daß der Luftunterdruck ihre Lunge zerriß. Bei diesen Experimenten fanden plangemäß zahlreiche Insassen des KZs Dachau den Tod. HIMMLER feierte diese Menschenversuche als entscheidenden Forschungsdurchbruch. Das bezog sich natürlich auf die menschenvernichtende Methode. Denn die Forschungsergebnisse waren sicher für den Luftkrieg nicht bedeutender als die ZWIRNERs und seiner Mitarbeiter. Beide Untersuchungen waren Teile einer Versuchsreihe, mit deren Hilfe GÖRINGs Luftwaffe die Risiken berechnen und minimieren wollten, die zu erwarten waren, wenn man angreifende Flugzeuge in einer für die feindliche Flugabwehr nicht oder schlecht erreichbaren Höhe fliegen ließ.

Gewiß muß man nicht immer hinter einem harmlosen Titel wie (6) derart bodenlose Praxisbezüge vermuten. Es gilt sogar das Umgekehrte, daß ein im Titel angedeuteter Praxisbezug auch nur vorgetäuscht sein kann. Das ist auch bei Exposés nicht ausgeschlossen. Das zitierte Exposé verrät allerdings praktische Kenntnisse, wie sie damals weder ein Linguist noch ein Mediziner haben konnte, außer er hatte zufällig oder eher nicht zufällig Kontakt mit Leuten, die mit den bei Höhenflügen entstehenden Problemen vertraut waren. Selbst die von der DFG geförderten Veröffentlichungen geben keine Gewähr für die faktische Einsetzbarkeit von Forschungsergebnissen in einem Praxisbereich. Zum einen durften von solchen Ergebnissen nur Teile veröffentlicht werden, die nicht unter die Geheimhaltungsvorschriften fielen. Zum anderen konnten ihren Verfassern bei einiger Praxiskenntnis auch die Verwertungsaspekte ihrer Arbeit selbst verborgen bleiben. Zum dritten konnten auch hier berichtete Praxiserfolge zumindest über gewisse Zeiträume hinweg vorgespiegelt werden.

Es ist also empirisch nahezu unmöglich, das von GRIEWANK in seinem auszugsweise zitierten Artikel skizzierte einheitliche Konzept in den von der DFG geförderten Projekten zumindest als roten Faden nachzuweisen. Das ist natürlich kein Grund, die problematischen Praxisbezüge mancher von der DFG geförderten

Arbeiten, wie in den DFG-Geschichten üblich, mit Schweigen zu übergehen. Ich halte es im Gegenteil für durchaus sinnvoll, thematisch begrenzte Auswahlen solcher Forschungen durch Archivmaterial und Zeugenaussagen in ihren Tiefendimensionen zu durchleuchten. Nur kann ich hier natürlich nicht mehr als Ansätze in diese Richtung bieten.

1.5 Der Reichsforschungsrat (RFR)

"Eine Bedrohung der Freiheit seiner Forschung kann [d. h. durch die Eingliederung der Forschung in den Vierjahresplan] nur für den entstehen, der außerhalb der völkischen Lebensordnung steht."

(Karl BEURLEN, 1938 – Leiter der Fachgliederung "Bodenforschung" im >Reichsforschungsrat<)

1940 startet RITTERBUSCH im Wissenschaftsministerium eine Initiative, den >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< im >Reichsforschungsrat< zu verankern.¹ Man plant, ihn selbst in den >Reichsforschungsrat< zu wählen. RITTERBUSCH stellt das aber ziemlich ungeschickt an. Er versäumt, mit dem >NSD-Dozentenbund< und dem Sicherheitsdienst Kontakt aufzunehmen. Ehe der Plan seine Startschwierigkeiten überhaupt überwunden hat, nimmt sich der Präsident des >Reichsforschungsrat<, General Karl BECKER, am 8. April 1940 das Leben, und es entsteht ohnehin eine neue Situation.

Der >Reichsforschungsrat< wurde – wie bereits angedeutet – durch RUSTs Erlaß vom 16. März 1937 gegründet und am 25. Mai des gleichen Jahres in Anwesenheit HITLERs und GÖRINGs feierlich eröffnet². Der Erlaß unterstellt den >Reichsforschungsrat< von vornherein dem >Vierjahresplan<, sieht dadurch

¹ Für dies und das Folgende s. den geheimen AV. SIEVERS vom 10.4.40 (s. Anhang A3). Im Publication Board der Library of Congress in Washington liegen eine Reihe von >Reichsforschungsrat<-Archivalien, die ich bisher nicht einsehen konnte. Die "Guides to German Record – Microfilmed at Alexandria, VA." Wash. 1958ff. haben sie nur oberflächlich erschlossen. (vgl. POSTUPA: Vorbemerkung zu Findbuch R 26 III/3 im BAK S. VI). Andere Geisteswissenschaftler waren mit ihren Initiativen erfolgreicher. So gelang es z.B. dem ZWIRNER-Förderer Diedrich WESTERMANN, seine "Koloniale Sprachforschung" in der Kolonialwissenschaftlichen Abteilung des >Reichsforschungsrats< unterzubringen. s. Koloniale Rundschau 32, 1941, 128, 245 u. ö.

² Zu diesem und Folgenden: Pressestelle des >Wissenschaftsministeriums< (Hg.): Ein Ehrentag der deutschen Wissenschaft. Die Eröffnung des >Reichsforschungsrats< am 25. Mai 1937. o. O. + o. J. S. 7ff – vgl. a. Karl BEURLEN: Die Bedeutung des Forschungsrates für die naturwissenschaftliche Forschung. Kieler Blätter 2/3, 1938, 143-6 – Hans HARTMANN: Forschung sprengt Deutschlands Ketten. Stgt. 1940.

aber keineswegs die Wissenschaftsfreiheit gefährdet, die RUST in Weiterentwicklung seiner Rede zur 550-Jahrfeier der Uni Heidelberg als Methodenfreiheit definiert:

*"Die großen Aufgaben, die der Vierjahresplan an die deutsche Wissenschaft stellt, machen es notwendig, daß alle Kräfte auf dem Gebiet der Forschung, die der Erfüllung dieser Aufgabe dienen, einheitlich zusammengefaßt und planmäßig eingesetzt werden. Durch solche Ausrichtung bestimmter Wissenschaftszweige auf das durch den >Vierjahresplan<. gesteckte Ziel und durch eine planmäßige Stellung der Aufgaben und Verteilung der Mittel wird der Grundsatz der freien Forschung nicht angetastet, da die Freiheit der Forschung nicht in der Willkür der Aufgabenstellung begründet ist.¹ In einem geschichtlichen Augenblick, in dem der Forschung Ziele von gewaltigem Umfang gestellt sind, deren Erreichung für das Volksganze lebensnotwendig ist, bedarf es keiner besonderen Begründung, daß sich die Forschung mit besonderem Nachdruck gerade auf diesen Aufgabengebieten betätigen und damit gegebenenfalls weniger wichtige und weniger dringliche Aufgaben zurückstellen muß, auch dann, wenn deren Bearbeitung dem bisherigen Arbeitsgebiet des Forschers oder der überkommenen Übung der Mittelverteilung mehr entspricht. ..."*²

Der am 9. September 1936 auf dem "Reichsparteitag der Ehre" verkündete >Vierjahresplan<, mit dessen Durchführung am 28. Oktober 1936 GÖRING beauftragt worden war, zielte, ausgelöst durch eine Versorgungskrise im Sommer

¹ Der Singular ("*ihres Verfahrens*") sollte nicht mißverstanden werden. Die Einheit der Methode, die GRIEWANK zu Beginn des Krieges zerfallen sah, wird hier also noch vorausgesetzt. Es ist aber nicht anzunehmen, daß der Erlaß damit auf die Möglichkeit spekuliert, die Gängelung und Uniformierung der Wissenschaft durch Selbstverpflichtung auf eine nicht infrage gestellte Methode als Wissenschaftsfreiheit auszugeben. Er behandelt ja auch die durchaus divergierenden politischen Interessen, die zum >Vierjahresplan< und zum >Reichsforschungsrat< führten, als Einheit.

² Rede des Reichsministers RUST. in: Pressestelle des >Wissenschaftsministeriums<, op. cit. , 45

1936, nach außen hin auf mehr wirtschaftliche Autarkie.¹ Aus einer geheimen Denkschrift HITLERS vom August 1936 wird aber die eigentliche Aufgabe des >Vierjahresplan<. deutlich: die Konzentration der Wirtschaft auf rüstungswichtige Produkte und damit ihre Ausrichtung auf einen Expansionskrieg.² Im Kriege wurde diese Funktion des >Vierjahresplan< auch offen herausgestellt, zumindest als Export-Funktion, z.B. in einer Rede des Wirtschaftsministers Walter FUNK zur Eröffnung der Wiener Herbstmesse am 1. September 1940:

"(...) Daß die deutsche Wehrmacht heute mit den besten Waffen und der größten Luftflotte der Welt am Kanal und Atlantik steht, daß Deutschland, das >rohstoffarme Deutschland<, die großartigen Möglichkeiten der motorisierten Kriegsführung ohne Rücksicht auf den gewaltigen Materialverschleiß bis zur letzten Konsequenz – weit besser als seine Gegner – ausnutzen konnte, das ist der (!) Verdienst des Vierjahresplanes. (...)"³

Mit der Unterstellung der Forschungsförderung im Rahmen des neu geschaffenen >Reichsforschungsrat< unter den >Vierjahresplan< und seine Ziele waren also die Weichen gestellt für ein endgültiges Abdriften der Wissenschaft in die Fänge von Rüstung und Krieg. Obwohl im Erlaß und in den Reden bei der Eröffnungsfeier jede Bezugnahme auf Rüstung und Krieg peinlich vermieden wird, alsbald wird sogar angeordnet, *"daß keinerlei Geldmittel des RFR bzw. der DFG für Forschungszwecke der Wehrmacht verwendet werden dürfen"*⁴ – lediglich der Pressestelle des Wissenschaftsministerium unterläuft der Lapsus, den >Reichsforschungsrat< als *"Generalstab der Forschung"* zu titulieren -, dürfte die

¹ Vgl. zu diesem und dem Folgenden: Carl JOHANNY/Oskar REDELBERGER: Volk, Partei, Reich. (Rechtspflege und Verwaltung 2). Bln., Lpz., Wien. 1941, S. 210ff

² Zum >Vierjahresplan< s. u. a. Wilhelm TREUE: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936. Vierteljahreshefte 3, 2, Apr. 1955, 184-210 – Timothy W. MASON: Innere Krise und Angriffskrieg 1938/39. in: F. FORSTMEIER/H. E. VOLKMANN (Hg.): Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Düss. 1975 – vgl. a. H. E. VOLKMANN: Wirtschaft im 3. Reich. Eine Bibliographie. Bd. 1: 1933-1939. Mchn. 1980 – F. BLAICH: Wirtschaft und Rüstung in Deutschland 1933-1939. in: K.-D. BRACHER u. a. (Hg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Düss. 1983

³ zit. n. JOHANNY/REDELBERGER, op. cit. , 213

⁴ Erich SCHUMANN, op. cit. , 144

Wahl des Generals der Artillerie und "ständigen" Dekans der wehrtechnischen Fakultät Karl BECKER zum Präsidenten des >Reichsforschungsrat< und das Übergewicht von Rüstungsindustrie und Militär in diesem Gremium schon damals insbesondere den bei der Eröffnungsfeier anwesenden Rektoren der Universitäten die Zielrichtung signalisiert haben. Fig 5 zeigt, was alles unter dem Dach der Wehrmacht Platz haben sollte.

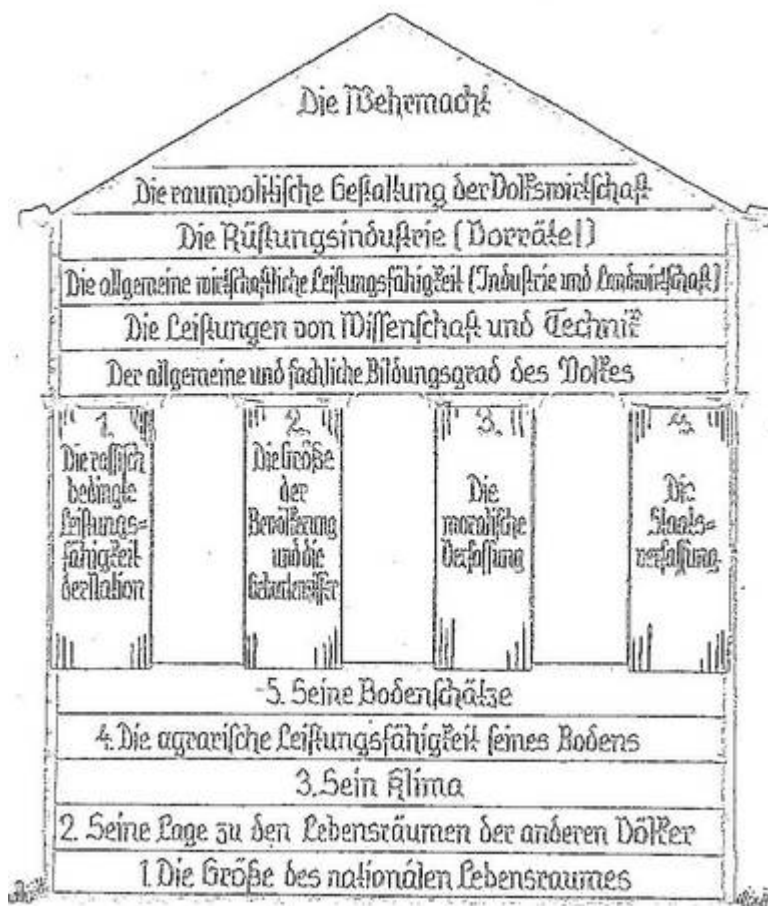


Fig. 5: aus: Theodor Lüddecke: Das Gebäude der Macht im Kriegsfall. Schulung im Dienste des neuen Vierjahresplanes. (Schulungsbrief IV, 2, 1937, 30)

Wissenschaftsminister RUST greift entsprechend in seiner Eröffnungsrede zentral die Zweifel der Wissenschaftler hinsichtlich der bedrohten Forschungsfreiheit auf:

"Wird nicht durch die Indienstellung der wissenschaftlichen Einrichtungen für die Durchsetzung des >Vierjahresplan< die freie Forschung in ihrem Bestand bedroht?"¹

Er bedient sich der unter Wissenschaftlern auch heute noch verbreiteten, verkürzenden Gleichsetzung von Wissenschaftsfreiheit mit *"Voraussetzungslosigkeit"* und *"Wertfreiheit"*, um seine Förderung der Zweckwissenschaft den Forschern schmackhaft zu machen:

"(...) Nach einer Lehre von der wertfreien und voraussetzungslosen Wissenschaft müßte einer der großen Erfinder aus mythischer Zeit, Prometheus, als er das Feuer aus dem Olymp den Menschen brachte, nicht nur von den neidischen Göttern, sondern auch von den Tempelhütern der reinen Wissenschaft an den Felsen zu ewiger Qual geschmiedet werden, weil er sich vermaß, seinen Erfindungsgeist an dem Werk zu verschwenden, das seinen Geschöpfen nützlich war. Die Freiheit der Wissenschaft wird nicht gewährleistet durch die Allgemeinheit und Zeitentrücktheit ihrer Gegenstände, sondern durch die Eigengesetzlichkeit ihres Verfahrens. (...)"²

Das Verfahren der Verteilung der Forschungsförderungsmittel und damit der Bestimmung der Forschungsthemen ist nach RUST Sache der Politiker, das Verfahren der Durchführung der Forschung dagegen Sache der Wissenschaftler:

"(...) Unfrei ist die Wissenschaft, wenn ihre Ergebnisse von einer außerwissenschaftlichen Macht vorgeschrieben werden, frei aber, wenn sie souverän die Probleme meistert, die das Leben ihr stellt. Gerade weil wir die Eigengesetzlichkeit der Wissenschaft erkennen und respektieren, können wir uns in der Wahl der Gegenstände unseres Forschens bestimmen lassen von den politischen und völkischen Notwendigkeiten des geschichtlichen Augenblicks."³

¹ Rede des Reichsministers RUST, loc. cit. (**Anm.** bzw.), 12

² ibid., S. 12f

³ ibid., S. 13 – Der Leiter der Fachgliederung "Bodenkunde" im >Reichsforschungsrat<, Karl BEURLLEN, bringt diesen Gedankengang auf die Formel: *"Mit der Eingliederung der Naturforschung in den >Vierjahresplan< ist (...) nur eine folgerichtige Entwicklung weitergeführt, nämlich zum Ausdruck gebracht, daß Forschung überhaupt nur möglich ist, als*

An dieser Sicht der Arbeitsteilung zwischen Politiker und Forscher hat sich bekanntlich bis dato nicht viel geändert. Es wurde auch schon angedeutet, daß das Verhältnis von Politik und Wissenschaft keineswegs so einfach und schon gar nicht konfliktfrei zu gestalten ist. Ich sehe Lösungen weder in Richtung auf eine Fremdbestimmung der Wissenschaft noch in Richtung auf Gewährung einer unbegrenzten und nicht in Frage gestellten Wissenschaftsfreiheit. Ich plädiere statt dessen für einen unaufkündbaren Diskussionszusammenhang zwischen Politikern und Wissenschaftlern mit dem Ziel der Durchlässigmachung der Fronten. Das setzt die Schaffung von *"Verbindungsaktivitäten"* voraus. Wissenschaftler, die sich einen Kehrheit um Politik kümmern, und Politiker, die nie in Sachen Forschung kreativ waren, sind dabei nicht weniger problematisch als Forscher, die Politiker nach dem Munde reden, und Politiker, die sich nur als Erfüllungsgehilfen von Forschern ansehen. *"Verbindungsaktivitäten"*, d. h. der Wissenschaftler arbeitet sich bei aller Schwerpunktsetzung zugunsten der Forschung zumindest in die Grundlagen der Politik ein, und der Politiker betätigt sich z.B. in der Freizeit in einem Spezialgebiet als Forscher. Das heißt aber auch, daß beide Seiten Verbindungsstellen haben müßten, die die dabei gemachten Erfahrungen vordiskutieren, öffentliche Diskussionen zwischen beiden Seiten organisieren und auswerten und das auf den verschiedensten Ebenen, nicht nur im "Spitzenbereich". Solche Verbindungsaktivitäten und Diskussionen wären wenig wert ohne eine möglichst große Transparenz und Expliztheit vor allem, was die Entscheidungsvorgänge bei der Forschungsmittelvergabe angeht. Dabei ist die inneruniversitäre Tabuisierung der Bedeutungsfrage nicht weniger hinderlich als die Geheimniskrämerei der

Glied der völkischen Lebensordnung. (...) Eine Bedrohung der Freiheit seiner Forschung kann nur für den entstehen, der außerhalb der völkischen Lebensordnung steht." K. B.: Die Bedeutung des Forschungsrates ..., op. cit. , 145 – Zum Thema Wissenschaftsfreiheit s. a. die ähnlichen Formulierungen bei RITTERBUSCH: Hochschullehrer und Hochschullehrerrecht. Kieler Blätter 2/3, 1938, insbes. S. 137 – Eine Art Forschungsbericht der führenden Theoretiker des Nationalsozialismus findet sich in: Ferdinand WEINHANDL: Universität und Wissenschaft. *ibid.*, S. 124-135

Politiker bei ihren Entscheidungen.¹ Die Entwicklung der Forschungspolitik im zweiten Weltkrieg zeigt jedenfalls, daß die vor allem vom Wissenschaftsministerium favorisierte Arbeitsteilung zwischen unpolitischem Gelehrten und zweckorientiertem Politiker nicht weniger kriegsträchtig ist als die Ausrichtung beider an einer dogmatischen Weltanschauung, wie sie wenigstens zeitweise im >NSD-Dozentenbund< und im >Amt Rosenberg< angestrebt wurde.

Die vom >Reichsforschungsrat< angestrebte Konzentration und Ausrichtung betraf 1937 nach Schätzung seines ersten Präsidenten, Karl BECKER, circa 1.000 naturwissenschaftliche Forschungsinstitute, dabei über 200 physikalische und chemische. Schon die DFG hatte ja ihre Notwendigkeit damit begründet, daß man die Verteilung der Mittel nicht von der Lobby eines Instituts oder anderen institutsegoistischen Bestrebungen abhängig machen dürfe. BECKER greift das auf, wobei er wie RUST kein Wort darüber verliert, warum es nicht auch die DFG allein leisten könne,

- ▶ *"einen zuverlässigen, möglichst vollständigen Überblick über die dazu verfügbaren Einrichtungen über die Ausstattung mit Forschern und Hilfskräften (...)" zu gewinnen,*²
- ▶ Doppelarbeiten und Überschneidungen ausfindig, namhaft und damit vermeidbar zu machen,
- ▶ die Forschungsförderung dem Zugriff der reinen Geschäftemacher und Pöstchensammler, die ja auch unter Forschern gar nicht so selten sind, zu entwenden und einer Rationalisierung im Sinne der herrschenden Politik zu überführen.

Es dauert über zwei Jahre bis nach dem Tode BECKERS eine Neuordnung des RFRs zustande kommt. Dabei setzen diesbezügliche Überlegungen schon unmit-

¹ Diese grundsätzlichen Überlegungen sind Bestandteil meines Wissenschaftskonzepts, das in Ansätzen veröffentlicht ist in: G. SIMON: Ein alternatives Wissenschaftskonzept, <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/altwisskonz4.pdf>

² Rede des Generals Prof. Dr. BECKER. in: Pressestelle des >Wissenschaftsministeriums<, loc. cit. , 17 – Zu BECKER s. SCHUMANN, op. cit. , 147f – ZIEROLD, op. cit.), 185 u. ö. – Nach

telbar nach diesem Ereignis ein.¹ Offenbar sind mehrere Institutionen an einer Änderung der Struktur des >Reichsforschungsrat< interessiert. Daß Wissenschaftsminister RUST sich selbst vorerst als Nachfolger von BECKER einsetzt, wird sogar in seinem Ministerium als *"Behelfslösung"* betrachtet.² Der Geschäftsführer des >AHNENERBES< in der SS, Wolfram SIEVERS, der gewöhnlich nicht nur schnell, sondern auch gut informiert ist, registriert nicht nur die *"Regsamkeit des >Oberkommando der Wehrmacht<"*, sondern schlägt auch Verhandlungen zwischen SS, Wissenschaftsministerium und >NSD-Dozentenbund< vor.³ Da die Forschung im >AHNENERBE< ihren Schwerpunkt in den Geisteswissenschaften hat, stellt sich SIEVERS vorweg als erste Frage: *"Sollen die Geisteswissenschaften überhaupt im >Reichsforschungsrat< vertreten sein?"*

Er bespricht die Frage eingehend mit dem Leiter des Berliner *"Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts"* sowie der Abteilung VII (Weltanschauliche Forschung und Auswertung) im Reichssicherheitshauptamt der SS, des späteren Leiters der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Franz Alfred

SCHUMANN, loc. cit., S. 150 war BECKER der erste aktive General, der Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften wurde.

¹ Karl BECKER war Dekan einer Fakultät an der Technischen Hochschule Berlin, die die 1914 geschlossene Militärtechnische Akademie in Potsdam nach Plänen, die in Ansätzen schon im 1. Weltkrieg bestanden hatten und 1919 offen geäußert, wegen des Versailler Vertrags aber nicht verwirklicht worden waren, ersetzen sollte, 1933 dann endlich unter der Tarnbezeichnung "Fakultät für Allgemeine Technologie" gegründet wurde und im September 1935 nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht den schon wesentlich transparenteren Namen "Wehrtechnische Fakultät" erhielt. 1939 war diese Fakultät innerhalb von 6 Jahren von 0 auf 900 Planstellen angewachsen. BECKER war zugleich Chef des Heereswaffenamtes. s. Pressestelle des >Wissenschaftsministeriums<, loc. cit. 29f – Reinhard RÜRUP: Die Technische Universität Berlin 1879-1979: Grundzüge und Probleme ihrer Geschichte. in: ders. (Hg.): Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der TU Berlin 1879-1979. Berlin ... 1979 Bd. 1 S. 26f – Hans EBERT u. Hermann-J. RUIEPER: Technische Wissenschaft und nationalsozialistische Rüstungspolitik: Die Wehrtechnische Fakultät der TH Berlin 1933-1945. *ibid.*, S. 469-491

² MENTZEL an RFSS 10. 6. 42 – BAK NS 21/845. Zur Zusammensetzung des >Reichsforschungsrats< s. AV. o. v. o. d. (nach 1.8.42), BAK NS 21/777

³ Zu diesem und dem Folgenden s. AV. SIEVERS vom 20.5.40 – BAK NS 21/845.

SIX¹. Das Ergebnis der Besprechung vom 16. Mai 1940 hält SIEVERS wiederum in einem geheimen Aktenvermerk fest:

*"Da innerhalb des >Reichsforschungsrat< die Vertreter der Wehrmacht vorherrschenden bzw. den Ausschlag geben, würde die Entsendung eines Vertreters des Reichsführers-SS nur repräsentativen Charakter haben. Seine Stellung wäre bestimmt sehr schwierig, und es steht zu erwarten, dass er von der bekannten Clique als Einzelner überspielt wird. – Mit einem Vertreter der Geisteswissenschaften im >Reichsforschungsrat< würde nicht viel wenn überhaupt etwas erreicht werden. Es wäre zunächst zu fordern, dass der >Reichsforschungsrat< grundsätzlich umgestellt wird und in ihm die Geisteswissenschaften gleichberechtigt neben den Naturwissenschaften vertreten sind. Vor allem müsste erreicht werden, dass die Geisteswissenschaften in gleicher Weise wie die Naturwissenschaften bzw. in entsprechendem Verhältnis Mittel erhalten, da die ungesunde, einseitige Bezuschussung der Naturwissenschaften auf Kosten der Geisteswissenschaften letzten Endes eines Tages sich nur zum Schaden für die Naturwissenschaften auswirkt."*²

Die SS-Forscher dürften derartige Forderungen sehr schnell selbst als illusorisch betrachtet haben. Da MENTZEL und das Wissenschaftsministerium durch eine Strukturveränderung des >Reichsforschungsrat< nur eine Schwächung ihrer Stellung zu befürchten hatten und auch die SS die durch die Allianz mit MENTZEL unangefochtene Priorität zumindest im geisteswissenschaftlichen Bereich durch dessen Einbau in den >Reichsforschungsrat< bedroht sehen mußte, dürften gleich mehrere mit Forschungspolitik befaßte Einrichtungen im 2. Weltkrieg die Frage der Neuordnung des >Reichsforschungsrat< dilatorisch behandelt haben. Ähnliche Überlegungen wurden mit einiger Wahrscheinlichkeit nämlich im >Amt Rosenberg< angestellt. Nur verliert dieses schneller die Geduld und geht zum Angriff über. Im März 1941 wendet sich ROSENBERG an GÖRING, der als multifunktionaler Minister schon im alten >Reichsforschungs-

¹ Für dies und das Folgende s. den geheimen AV. SIEVERS vom 20.5.40 – BAK NS 21/845. Zu SIX s. Kap. 3.12 – Einige Geisteswissenschaften, die man damals als zu den Kolonialwissenschaften rechnete, waren bereits dem >Reichsforschungsrat< unterstellt.

² s. AV. SIEVERS vom 20.5.40 – BAK NS 21/845

rat< das größte Gewicht hatte.¹ GÖRING solle ihm zumindest die geisteswissenschaftliche Sparte im >Reichsforschungsrat< übergeben.

Eine zweite Runde von forschungspolitischen Aktivitäten setzt damit ein. Da ROSENBERGs Forderung aber alsbald zurückgewiesen wird, scheint auch diese Runde auszugehen wie die erste: Man wartet und verschleppt nach Kräften. Immerhin scheint ROSENBERGs Vorstoß im Ministerium SPEER nicht ohne Resonanz geblieben zu sein.²

Auf Betreiben von GÖRINGs Chefadjutanten GÖRNNERT, der das Einverständnis auch von Generalfeldmarschall MILCH und Reichsminister SPEER eingeholt hatte,³ kommt in einer 3. Runde am 9. Juni 1942 wenigstens ein Führererlaß heraus:

"Die Notwendigkeit, alle vorhandenen Kräfte im Staatsinteresse zu höchster Leistung zu entfalten, erfordert nicht nur im Frieden, sondern vor allem im Kriege den zusammengefaßten Einsatz der wissenschaftlichen Forschung und ihre Ausrichtung auf die zu erstrebenden Ziele. – Ich beauftrage daher den Reichsmarschall Hermann Göring zu diesem Zwecke einen – >Reichsforschungsrat< – mit selbständiger Rechtspersönlichkeit zu bilden, in ihm selbst den Vorsitz zu übernehmen und ihm eine Satzung zu geben. – Führende Männer der Wissenschaft sollen auf ihren Sondergebieten in Gemeinschaftsarbeit in erster Reihe die Forschung für die Kriegführung fruchtbar gestalten. (...)"⁴

Der >Krieg als Krönung der Wissenschaft" war also spätestens vom 9. Juni 1942 an von höchster Stelle her verordnet. In dem diesen Erlaß begleitenden Briefverkehr heißt er bezeichnenderweise "Führererlaß über den Kriegseinsatz der

¹ Für dies und das Folgende SIEVERS an BRANDT, 28.3.41 – BAK NS 21/845

² So jedenfalls MENTZEL an RFSS 10.6.42 – BAK NS 21/845

³ MENTZEL an RFSS 10.6.42 – loc. cit. – ZIEROLD op. cit. , S. 240 sieht SPEER initiativ. In der Tat spielt er sehr bald eine aktive Rolle.

⁴ Reichsgesetzblatt Nr. 64, 15.6.1942, 110. Im BAK NS 21/845 findet sich ein Entwurf des Erlasses, der nur in Geringfügigkeiten von diesem abweicht. Der Erlaß ist vollständig abgedruckt auch bei ZIEROLD op. cit. , S. 237

deutschen Forschung".¹ Auch der Erlaß selbst zeigt Anklänge an den >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< ("Einsatz der wissenschaftlichen Forschung und ihre Ausrichtung").

An diesem Erlaß war vor allem wichtig, daß der >Reichsforschungsrat< aus dem Zuständigkeitsbereich des Wissenschaftsministerium in den des Reichsmarschalls verlegt wurde. Das war vermutlich auch der Anlaß, hinfort vom 2. >Reichsforschungsrat< zu sprechen. Allerdings stand dieses Faktum schon lange Zeit vorher außer Frage. HITLERs Entscheidung in dieser Sache war überdies schon lange vor dem 9. Juni 1942 getroffen und RUST spätestens am 30. Mai mitgeteilt worden.² GÖRNNERT hatte im Vorfeld mit SPEERs Hilfe sogar vier Punkte zu klären versucht, von denen nur die zwei am wenigsten strittigen in den Erlaß aufgenommen wurden:

1. Der >Reichsforschungsrat< wird Körperschaft des öffentlichen Rechts
2. Das Präsidium übernimmt Reichsmarschall GÖRING
3. Vizepräsident werden die Reichsminister RUST und SPEER
4. Die Arbeitsteilung zwischen Reichsminister RUST und SPEER wird durch besondere Verfügung des Reichsmarschalls geregelt.³

Strittig war vor allem die Arbeitsteilung zwischen SPEER und RUST. MENTZEL, der zuletzt unter RUST Vizepräsident des alten >Reichsforschungsrat< gewesen war und für den der neue >Reichsforschungsrat< auf jeden Fall eine Entmachtung bedeutete, hoffte, mit HIMMLERs Hilfe zu retten, was zu retten war. Er plädierte für folgende Zuständigkeitsregelung:

"a) *Reichsminister Speer:*

Rüstungswissenschaften,

Energiewissenschaften,

Bauwissenschaften,

¹ MEERWALD an RUST 6.6.42, BAK NS 21/845 sowie MENTZEL an RFSS 10.6.42 *ibid.*

² Für dies und das Folgende MEERWALD an RUST 6.6.42 *loc. cit.* Schon der 1.

>Reichsforschungsrat< war überdies durch den Gründungserlaß auf den Vierjahresplan, und damit auf dessen Leiter GÖRING ausgerichtet.

³ MENTZEL an RFSS 10.6.42 – BAK NS 21/845

*Verkehrswissenschaften,
chemische und physikalische Technik.*

b) *Reichsminister Rust:*

*Grundlagenforschung als notwendige Ergänzung der Ausbildung
des akademischen Nachwuchses,
Medizin,
Land- und Forstwissenschaften,
Geisteswissenschaften.*

c) *Reichsminister Speer und Rust gemeinsam:*

*Auslandswissenschaften,
Kolonialwissenschaften,
Ostforschung."¹*

ZIEROLD hält es für deutlich, daß dieser Zweiteilungsvorschlag "völlig unpraktikabel" war.² Das trifft sicher auf Punkt c) zu. Die übrige Zweiteilung ist gewiß nicht weniger problematisch als andere. Ob es überhaupt zu einer Klärung der Zuständigkeiten im >Reichsforschungsrat< kam, muß auch auf Grund meiner Quellenstudien vorerst als unklar gelten.

Überliefert sind vor allem MENTZELs Bemühungen, auf unterschiedliche Weise im neuen >Reichsforschungsrat< Fuß zu fassen. Er setzt sich mit den Vertretern des "Ahnenerbes" der SS, WÜST und SIEVERS, von denen unten noch ausführlich die Rede sein wird, zusammen. Sie einigen sich auf den Vorschlag, neben dem Präsidenten und den Vizepräsidenten noch einen "Präsidialrat" einzurichten, und bitten HIMMLER, sich zu diesem Zweck an GÖRING und LAMMERS zu wenden:

"Im Auftrag von SS-Standartenführer WÜST wird dazu als Vorschlag unterbreitet, dass Sie, Reichsführer, als Ihren Vertreter dann im Präsidialrat bestimmen: SS-Oberführer Ministerialdirektor Prof. Dr. MENTZEL, da ihm im Betreuungsgebiet des Vizepräsidenten Reichsminister RUST die Geisteswissenschaften unterstehen

¹ ibid.

² ZIEROLD op. cit. , S. 241

*und der als Vizepräsident des derzeitigen >Reichsforschungsrat< sowie als Präsident der DFG über die Schlüsselstellung verfügt, die der neuen Entwicklung im allgemeinen und insbesondere Ihren wissenschaftlichen Interessen, Reichsführer, am besten dient."*¹

SIEVERS schiebt wenig später noch einen *"Besprechungsvermerk oder Briefentwurf an den Herrn Reichsmarschall in Sachen >Reichsforschungsrat<"* nach:

*"Nach Verkündung des Führererlasses vom 9. 6. über die Errichtung eines RFR wäre ich dankbar, wenn Sie bei der Satzung wie bei der Zusammensetzung des Mitarbeiterstabes die von mir vertretenen wissenschaftlichen Interessen als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und als Präsident des 'Ahnenerbes' durch einen Vertreter anerkennen würden. Ich schlage dafür den SS-Oberführer Prof. Dr. Mentzel vor, der meinem Persönlichen Stabe angehört. – Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir weiterhin anzuregen, dass in Erweiterung des Führererlasses, der lediglich von einer Einbeziehung des dem >Wissenschaftsministerium< unterstellten RFR spricht, auch die DFG in den neugebildeten >Reichsforschungsrat< übernommen wird. Die DFG, die als selbständige Rechtspersönlichkeit einen Zusammenschluss sämtlicher wissenschaftlicher Hochschulen des Reiches, der Akademien der Wissenschaften, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und einer Anzahl wissenschaftlich-technischer Vereinigungen darstellt, war unter Leitung ihres Präsidenten als Verwaltungsabteilung im Rahmen des bisherigen RFR eingesetzt worden. Bei einer Übernahme der DFG als Verwaltungsabteilung in den neuen >Reichsforschungsrat< möchte ich als deren Leiter ebenfalls den Ministerialdirektor Prof. Dr. Mentzel, den bisherigen Präsidenten der DFG, empfehlen."*²

HIMMLER begrüßt diese Vorschläge, hält es aber für besser, den *"Präsidialrat"* über die Schiene SIEVERS-ALTHEIM-TRAUTMANN bei GÖRNNERT

¹ SIEVERS an HIMMLER 12.6.42 – BAK NS 21/845

² Anlage zu SIEVERS an HIMMLER 19.6.42 – ibid.

ins Gespräch zu bringen.¹ Franz ALTHEIM und Erika TRAUTMANN waren Altertumswissenschaftler mit erstaunlichen Beziehungen zu den Größen des 3. Reichs.² Vom "Ahnenerbe" werden sie vor allem wegen ihrer Beziehungen zu GÖRING hochgeschätzt. In beider Auftrag unternehmen sie mehrere Forschungsreisen, u. a. nach Skandinavien und in den Irak. Dabei erledigen sie auch ausgesprochene Spitzeldienste. Bevor aber diese Schiene beschritten wird, kommt es Anfang Juli 1942 überraschend zu einer Unterredung zwischen HIMMLER und GÖRNNERT, in der angeblich alles im Sinne des "Ahnenerbes" und MENTZELS geregelt wurde.³

Es zeigt sich allerdings bald, daß GÖRNNERT HIMMLER einiges vorge-macht haben muß. Schon wenig später weiß SIEVERS von Spannungen zwischen GÖRNNERT und MENTZEL zu berichten:

*"Mein Eindruck ist, daß SA-Oberführer Görnert (!) SS-Oberführer Mentzel als Präsidenten der DFG überspielt hat, da er wohl nicht zu wünschen scheint, daß die DFG wie bisher auch im neuen >Reichsforschungsrat< die Verwaltungsabteilung wird. Es ist dies auch zu entnehmen aus einer Äußerung des Reichsmarschalls bei der kürzlich stattgefundenen ersten Sitzung, in der Zusammensetzung und Aufbau des RFR behandelt wurden."*⁴

Im Sommer 1942 kommt es zu einer Fülle von Vorschlägen zum >Reichsforschungsrat<. ROSENBERG, inzwischen Ostminister, fordert gleich nach der 1. Vorbereitungssitzung am 6.7.42 die Verankerung von zwei "Zentralstellen" im >Reichsforschungsrat<:

"Die 'Zentralstelle für Ostforschung' hätte die Aufgabe, alle mit der Ostforschung betrauten öffentlichen und privaten Anstalten, Stiftungen, Gesellschaften und

¹ BRANDT an SIEVERS 27.6.42 – BAK NS 21/845

² vgl. dazu Volker LOSEMANN: op. cit. : s. a. Michael KATER op. cit. , S. 78f. u. ö. Zur Erstkontaktierung des >AHNENERBES< mit ALTHEIM und TRAUTMANN: s. AV. SIEVERS, 16.11.37, BAK NS 21/814

³ BRANDT an SIEVERS 9.7.42 – BAK NS 21/845

⁴ AV. SIEVERS 21.7.42 – BAK NS 21/845

*Vereine innerhalb des Großdeutschen Reichs sowie die Planung, Ausrichtung und Förderung ihrer Forschungsarbeiten zu koordinieren."*¹

Vor der Einrichtung des zweiten >Reichsforschungsrat< hatte ROSENBERG nach eigener Darstellung Vorbereitungen für den Aufbau einer "Reichszentrale für Ostforschung" getroffen und dazu bereits im Einvernehmen mit LAMMERS einen Führererlaß entworfen.²

Der zweite Vorschlag betrifft seinen alten Plan, die Geisteswissenschaften unter seine Obhut zu bringen:

"Als der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung und durch den Erlaß vom 30. 10. 1940 vom Führer mit der Vorbereitung der Hohen Schule als der >zentralen Stätte der nationalsozialistischen Forschung, Lehre und Erziehung< beauftragt, erscheint es mir nötig, diesen Auftrag des Führers in der neuen Form des RFR für Bewegung und Volk sicherzustellen. Auch für diese Aufgabe bitte ich den Vorschlag zu erwägen, eine >Zentralstelle für geisteswissenschaftliche und weltanschauliche Forschung< im >Reichsforschungsrat< zu errichten."

Die "Zentrale für Ostforschung" wird nach Gründung des zweiten >Reichsforschungsrat< beim Reichsminister für die besetzten Ostgebiete angesiedelt und mit dem >Reichsforschungsrat< verbunden.³ Von der "Zentrale für geisteswissenschaftliche und weltanschauliche Forschung" ist sonst nirgends mehr die Rede. Ich vermute, daß ROSENBERG mit diesem Vorschlag ohnehin nur sein Amt im >Reichsforschungsrat< verankern wollte und es nach Vollzug einfach bei dem alten Namen beließ.

Auch HIMMLER, der sich über den Verlauf der Sache schon *"sehr befriedigt"* geäußert hatte,⁴ muß noch mehrmals eingreifen, um seinen Einfluß im

¹ Für dies und das Folgende ROSENBERG an Reichsmarschall 9.7.42 – BAK R 73/29 Bl. 3539-41 (Der vollständige Wortlaut s. Anhang A 5.1)

² *ibid.* Bl. 3542-3543 (s. Anhang A 5.2)

³ s. Kurt STEGMANN: Wissenschaft und Erziehung im Reichskommissariat Ostland. Die Ostkartei H. 4, Nr. 18, Dez. 1943, 15 – Der von STEGMANN geleitete "Wissenschaftliche Beirat des Reichskommissars für das Ostland" ist dieser Zentrale unterstellt.

⁴ BRANDT an SIEVERS 9.7.42, BAK NS 21/845

>Reichsforschungsrat< zu sichern. Frühzeitig schält sich heraus, daß der >Reichsforschungsrat< in der Tat einen Präsidialrat haben wird. Er soll zunächst nur aus Vertretern der Ministerien bestehen, *"die als Grossauftraggeber für Forschungsaufgaben in Frage kommen"*¹:

*"Da Reichsminister Speer die Hereinnahme des Chefs der Waffenämter in den Präsidialrat abgelehnt habe, würden dem augenblicklichen Stand der Dinge, nach dem dem Präsidenten des RFR unmittelbar unterstehenden Präsidialrat angehören außer den beiden Vizepräsidenten, Reichsminister Speer und Reichsminister Rust, Generalfeldmarschall Keitel, der Reichswirtschaftsminister, der Reichspostminister und vielleicht noch der Reichsinnenminister."*²

Daneben denkt man an einen Senat. Ihm sollen die Mitglieder des Präsidialrats angehören sowie die Vertreter *"derjenigen Dienststellen des Staates, der Partei und der Wirtschaft (...), die an der Forschungsarbeit ein engeres Interesse nehmen."*³

Auf der nächst tieferen Ebene in dieser Hierarchie sind leitende, auf der übernächsten ordentliche Mitglieder angesiedelt usw. SIEVERS skizziert die Konsequenzen dieses Plans:

*"Danach würde der Reichsführer-SS nur im Senat sein. Die vom Reichsführer-SS für den Senat vorgesehenen 8 Vertreter, z.B. SS-Standartenführer Prof. Dr. Wüst als Kurator des 'Ahnenerbes', könnten dann nur in die Gruppe der leitenden bzw. ordentlichen Mitglieder des RFR berufen werden. Diese Verschiebung bedeutet eine erhebliche Verringerung des Einflusses, da alle Entscheidungen beim Präsidialrat liegen."*⁴

¹ *"Vorschlag zur Organisation des >Reichsforschungsrats<"* o. v. und o. d. (vor 6.7.42) – s. Anhang A6

² *ibid.*

³ *ibid.*

⁴ *ibid.*

Wenig später denkt GÖRING schon über einen um das Doppelte erweiterten Präsidialrat nach.¹ Der Senat soll stattdessen fortfallen.² Zum ersten Mal wird auch ein *"Geschäftsführender Beirat"* erwähnt. Ihm soll im wesentlichen das Berichtswesen obliegen:

*"Bei ihm laufen alle Nachrichten zusammen, was, wie und wo geforscht wird. Er soll sich zusammensetzen aus Vertretern von a) Rüstung b) sonstiger Industrie c) Heer d) Kriegsmarine e) Luftwaffe f) Hochschulen g) nicht Hochschulen h) Forschungsgemeinschaften i) freier Forschung."*³

MENTZEL gewinnt inzwischen auch den Eindruck, daß die DFG als Unterbau des >Reichsforschungsrat< bestehen bleiben soll.⁴ Hauptzweck des neuen >Reichsforschungsrat< wäre nach ihm, *"daß die bisher bestandene Nebeneinanderarbeit von Heer, Marine und Luftwaffe auf dem Gebiete der Forschung aufhört."*⁵

In der Tat kristallisiert sich die Struktur des >Reichsforschungsrat< sehr bald in diese Richtung heraus. Der Präsidialrat vergrößert sich sogar auf über 20 Mitglieder. HIMMLER ist sogar doppelt vertreten: als Reichsführer-SS und später als Befehlshaber des Ersatzheeres, ebenso MENTZEL: als Vertreter des Wissenschaftsministerium und als Leiter des Geschäftsführenden Beirats des >Reichsforschungsrat<.⁶ Sein Stellvertreter ist übrigens sein Freund SIEVERS. Und auch den anderen Freund, Erich SCHUMANN, treffen wir im Präsidialrat wieder als Vertreter von KEITEL. Allerdings auch HIMMLERs Widersacher ROSENBERG erhält in diesem Gremium erwartungsgemäß seinen Platz.

¹ GÖRING an RUST 24.7.42, referiert in einem AV o. V. (SIEVERS) und o. D. (zwischen 1. und 18. August 42) – BAK NS 21/845

² SIEVERS an BRANDT 15.8.42 – BAK NS 21/845

³ s. den in **Anm.** zit. AV.

⁴ SIEVERS an BRANDT 15.8.42 – BAK NS 21/845

⁵ ibid.

⁶ Für dies u. das Folgende vgl. ZIEROLD, op. cit. , S. 242f.

Nach ZIEROLD¹ ist die Satzung der DFG, die MENTZEL verfaßt haben soll (s. Anhang A 7.1), von GÖRING nie unterschrieben worden. Vermutlich schließt er das etwas waghalsig aus dem Umstand, daß die einzige noch erhaltene Fassung (Provenienz: Generalfeldmarschall MILCH) weder ein genaues Datum noch eine Unterschrift trägt, wie er überhaupt vorschnelle Schlüsse zu ziehen geneigt ist, z.B. aus dem Umstand, daß die Quellen vor allem über die Sitzungen des Präsidialrats, aber auch z.B. über die des Beirats schweigen, darauf, daß sie gar nicht stattfanden. Es ist dies auch politisch nicht ganz verständlich. Denn Vorteile von diesen Unterlassungen hätten weder GÖRING noch sein Chefadjutant gehabt, wenn einer, dann höchstens MENTZEL, den sie aber nach ZIEROLDS nicht unberechtigter These gerade entmachten wollten. Immerhin aber erklärte das, weshalb vor allem im Verhältnis zwischen DFG und >Reichsforschungsrat< so vieles beim alten bleibt.

¹ Zu diesem und dem Folgenden ZIEROLD ibid. S. 241 und 243. Auch POSTUPA, der Verfasser der Findbücher zu R 26 (>Reichsforschungsrat<) und R 73 (DFG) im BAK, betont, daß ZIEROLDS Ausführungen in dieser Hinsicht in diesen Beständen keinen Rückhalt finden. Eine Quelle gibt ZIEROLD nicht an.

1.6 Der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< in der Publikationsphase

Wie bereits erwähnt, sind einige Abteilungen des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<, vor allem die erst spät entstandenen wie die indogermanistische und die orientalistische, aber auch z.B. die keltologische, aus vielerlei Gründen bis Kriegsende mit ihrer Arbeit nicht bis zur Publikation gediehen. Ich sehe dabei davon ab, daß es Einzelbeiträge gab, die, weil dem Gesamtprojekt keine Realisierungschance mehr eingeräumt wurde, trotzdem veröffentlicht wurden.¹ Im Rahmen des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< publiziert wurde dennoch so viel und so Verschiedenartiges, daß ich hier auch nicht entfernt darauf eingehen kann. Ein Verzeichnis der sprachwissenschaftshistorisch relevanten Pläne liefert Anhang 8. Ich beschränke mich hier stattdessen auf zwei Beispiele: ein möglichst extremes und ein möglichst repräsentatives; d. h. ein sehr explizites Vorwort und einen eher impliziten Beitrag. Ich beginne mit dem letzteren.

Leo WEISGERBERs Beitrag "Die deutsche Sprache im Aufbau des deutschen Volkslebens" ist der Leitartikel der unter dem Titel "Von deutscher Art in Sprache und Dichtung" von Gerhard FRICKE, Franz KOCH und Klemens LUGOWSKI herausgegebenen 5 Bände des >Kriegseinsatzes der Germanisten<, von dem bereits eingangs die Rede war. WEISGERBER war seinerzeit unter den Sprachwissenschaftlern nahezu der einzige Ordinarius mit größeren theoretischen Ambitionen. Seine Sprachtheorie wurde schon kurz nach der 1929 unter dem Titel "Muttersprache und Geistesbildung" erschienenen Veröffentlichung der modifizierten Fassung seiner Habilitationsschrift als in der allgemeinen Krise epochales Werk begrüßt.² Der Beitrag zum >Kriegseinsatz der Germanisten< ist eine

¹ z.B. TEVENAR und WEISWEILER. Dazu Kap. 2.7

² Der Kern des Gedankenguts wurde allerdings durch Georg SCHMIDT-ROHR vorweggenommen. s. dazu Gerd SIMON: Der Wandervogel als "Volk im Kleinen" und Volk als Sprachgemeinschaft beim frühen Georg SCHMIDT-(ROHR). in: Sprachwissenschaft und Volkskunde. Hg. v. Herbert E. BREKLE / Utz MAAS. Opladen 1986, S. 155-183. s. Hermann GÜNTERT: Zum heutigen Stand der Sprachforschung. Wörter und Sachen 12, 1929, 392ff. Eduard HERMANN: Der heutige Stand der Sprachwissenschaft. Zs. f. Deutschkunde 45, 3, 1931, 152

Kurzfassung, in die Positionen seiner wichtigsten Veröffentlichungen eingehen, wobei seine sehr differenzierte Auseinandersetzung mit dem Rassismus in dem letzten in dieser Hinsicht konzessionslosen Opus "Die Stellung der Sprache im Aufbau der Gesamtkultur" (1934)¹ allerdings keine Spur hinterließ, ebenso wenig wie sein alsbald erfolgter Widerruf.²

Zentral hat WEISGERBER in diesem Beitrag vor allem seine Forschungen zur Geschichte der Begriffe "Deutsch" und "Muttersprache" zu einer originellen Schau der deutschen Geschichte verarbeitet:

"(...) man kann geradezu von vier Höhepunkten muttersprachlicher Wirkungen im Leben des deutschen Volkes sprechen. Gekennzeichnet sind diese Höhepunkte nicht zuletzt durch das Aufkommen von Sprachprägungen, die schon auf dem ersten Blick etwas von der Tragweite dieser Geschehnisse erkennen lassen: zunächst die Prägung des Namens Deutsch, so dann das Aufkommen des Wortes Muttersprache, weiter die Rede von der uralten deutschen Haupt- und Heldensprache, und das Lied von des Deutschen Vaterland, das reicht, soweit die deutsche Zunge klingt. Man sieht, daß diese Vorgänge recht verschiedenartigen Lagen der deutschen Volksgeschichte angehören; sie zeigen uns das Werden des ersten deutschen Reiches, den deutschen Aufbruch an der Wende zur Neuzeit, den tiefsten äußeren Niedergang, die erste Erneuerung des Volksgedankens in der Neuzeit." (S. 14)

WEISGERBER sieht also vier Meilensteine in der Geschichte des deutschen Volkes:

1.) Die Zusammenfassung der Stämme der Ostfranken, Alemannen, Baiern, Sachsen, Thüringer usw. unter dem Namen ihrer Sprache ‚theudisk‘ in der Zeit

sowie vor allem Kurt STEGMANN von PRITZWALD: Kräfte und Köpfe in der Geschichte der indogermanischen Sprachwissenschaft. in: Germanen und Indogermanen. Volkstum, Sprache, Heimat, Kultur. Fs. Hermann HIRT. Hg. v. Helmut ARNTZ. Hdlbg. 1936, Bd. II S. 1-24

¹ Das voluminöse Werk erschien in "Wörter und Sachen" 15, 1933, 134 -224, 26, 1934, 97-240 sowie als Monografie im WINTER Verlag, Heidelberg 1934 – eine Zusammenfassung in: "Forschungen und Fortschritte" 10, 1934, 233

² s. dazu Gerd SIMON: Zündschnüre zum Sprengstoff.

KARLS des Großen war nach WEISGERBER ein unter den europäischen Völkern singulärer Vorgang. Es sei kein anderer Fall bekannt, in dem sich ein indogermanisches Volk nach seiner Muttersprache benennt. WEISGERBER sieht das Wort im westlichen, durch die Romanisierung bedrohten Frankenreich entstehen:

"Das Beiwort [theudiskiu tunga. G. S.] kennzeichnet also im Munde der westlichen, mit Romanen gemischt siedelnden Franken die heimische Sprache, zugleich in reiner Form die der östlichen Nachbarn, der unvermischten Franken, war."

[S. 17]

Die Kritik an dieser These, die vor allem Willy KROGMANN artikuliert hatte¹, läßt WEISGERBER unkommentiert beiseite.

2.) Das *"Ringeln um ein eigenständiges Volksleben"* [S. 26] der Deutschen um 1500 sieht WEISGERBER im *"Durchdringen des Worts Muttersprache"* (ebd.) 1522/23 bewiesen. Das mittellateinische *materna lingua* (12. Jh.) ist für ihn *"Nachhall eines germanischen Vorbildes"* (ebd.), das er im nordgermanischen *módurmál* (13. Jh.) entdeckt zu haben glaubt, das seinerseits in dem niederdeutschen *modersprak* (15. Jh.) eine Spur hinterlassen habe. Diese These, der die Chronologie der ersten Belege eindeutig widerspricht,² ist das Ergebnis einer nicht falsifizierbaren Methode, die im Zweifelsfall durch Mutmaßungen, Unterstellungen und Jonglierkünste den Fakten zusetzt, bis sie als Beleg für entgegengesetzte Thesen geeignet sind. Herauskommt jedenfalls etwas, was man im Jahr 1940 sich nicht besser wünschen konnte:

"Der Römer spricht von seinem patrius sermo und meint damit zweifellos Sprache als das Vätererbe, als die Überlieferung, aus der heraus seine Vorfahren zu ihm sprechen und die ihm mit den Wurzeln seines Volkstums verbindet. Diese ganz den Grundkräften des Römertums entsprechende Haltung zur eigenen Sprache steht in

¹ Willy KROGMANN: *Deutsch. Eine wortgeschichtliche Untersuchung*. Bln. 1936 (Deutsche Wortforschung 1) – vgl. a. ders.: [Rez. zu] L. WEISGERBER: *Der Sinn des Wortes "Deutsch"*. Gö. 1949. *Mutterspr.* 51, 1951, 251-6 – Zu KROGMANN s. Wolfgang BACHOFER/Walter RÖLL (Hg.): *Bibliographie W. K. Wiesbaden 1972* – Gerd SIMON: *Diskurse in der Wissenschaftsgeschichtsschreibung*. *Semiotische Berichte* 13, 4, 1989, 387-405 (hier: 395f.)

² s. dagegen Otto BEHAGHEL: *Lingua materna*. Fs. Dietrich BEHRENS zum 70. Jena, Lpz. 1929 (*Zs. f. frz. Spr. u. Lit. Suppl.* 1929), S. 13-15

weitem Abstand von der Art, wie dem Germanen seine Sprache erscheint. Muttersprache gehört in eine Reihe mit Muttererde, Mutterboden, Mutterland, Mutterstadt, Mutterlicht, Muttersonne und wie alle diese durch die germanischen Sprachen durchgehenden Wortprägungen heißen, in denen uns die lebenspendenden und lebentragenden Kräfte entgegentreten, die unser Dasein schicksalhaft durchwalten." (S. 27)

WEISGERBER sieht so heterogene Gestalten wie LUTHER, DÜRER und PARACELTUS daran mit- und zusammenwirken, daß die lebenspendende und -tragende Kraft der deutschen Sprache im Begriff der Muttersprache – hegelianisch gesprochen – zu sich selbst kommt.

3.) Im 30jährigen Krieg bewährt sich nach WEISGERBER die deutsche Sprache *"als Halt, als bindende Kraft in einer Zeit, in der kein anderes einigendes Band sich mehr als wirksam erwies"* [S. 29]. WEISGERBER erblickt in dem Aufkommen der Sprachgesellschaften *"eine der größten geschichtlichen Leistungen der deutschen Sprache"* [S. 30]. Die Muttersprache sei diesen

"(...) eine Stelle, an die sich allem äußeren Elend zum Trotz der Stolz auf die eigenen Werte umso hartnäckiger anklammert; ein Mittelpunkt, von dem aus in der Zerrissenheit und Überfremdung die Gewähr eigenständiger Entfaltung auf allen Lebensgebieten gewonnen werden kann." [S. 31] Zwar distanziert sich WEISGERBER deutlich von den puristischen Eindeutschungen in diesen Sprachgesellschaften. Das sei freilich von geringer Bedeutung gegenüber der Erkenntnis von der *"uralten deutschen Haupt- und Heldensprache (...) als Bollwerk gegen die Gefahr geistiger Überfremdung"*. [S. 33] WEISGERBER gehörte dem Vorstand des 1885 gegründeten *"Deutschen Sprachvereins"* an, der in diesen Sprachgesellschaften seine Vorläufer sah, und war Ehrenvorsitzer und Übervater der Nachfolgerin dieses Vereins, der *"Gesellschaft für deutsche Sprache"*, deren Ideologie er zentral prägte.¹ Sprachpflege ist eine therapeutische Seite der WEISGERBER-

¹ Imre TÖRÖK: Die "Gesellschaft für deutsche Sprache" als Nachfolgeorganisation des "Deutschen Sprachvereins". in: Gerd SIMON (Hg.): Sprachwissenschaft und politisches Engagement. Weinheim 1979, S. 231-271 sowie Gerd SIMON: Hundert Jahre "Muttersprache". Die Ideen eines Museumsdirektors und ihre Folgen. Der Deutschunterricht 38, 5, 1986, S. 83-98. – ders.:

schen Sprachtheorie. Sie präsentiert sich hier als Immunisierung gegen antinationalistische Tendenzen in der deutschen Sprache.

4.) Den vierten und letzten Meilenstein in der Geschichte des deutschen Volkes sieht WEISGERBER in dem Aufflammen des Nationalismus in Deutschland infolge der Napoleonischen Kriege. Er sieht die Entwicklung kulminieren in Ernst Moritz ARNDTs Lied von *"des Deutschen Vaterland, das so weit reicht, wie die deutsche Zunge klingt."* [S. 39] Auf das Deutschland-Lied selbst geht WEISGERBER mit keinem Wort ein. Stattdessen bringt er, wohl um seiner Parteinahme für den Nationalismus der Freiheitskriege den Vorwurf des Antirassismus zu ersparen, ein Zitat seines großen Vorbilds Wilhelm von HUMBOLDT:

"Was die Nationen im Großen gestaltet, läßt sich auf allgemeine Punkte zurückführen. Obenan stehen in diesen Einwirkungen Abstammung und Sprache."

[S. 37]

WEISGERBERs Geschichtsmodell zugrunde liegt eine Sprachtheorie, die er selbst auf folgende Formel bringt:

"Die Sprache eines Volkes ist eine in höchstem Maße wirkliche Macht, die jeden Einzelnen von frühester Kindheit an erfaßt, ihn nach ihrem Gesetz formt und nun durch ihn hindurch die Aufgaben verwirklicht, denen sie selbst im Volksleben dient." [S.5]

WEISGERBER wendet sich gegen die Anschauung, die Sprache sei ein Verständigungsmittel, dessen man sich nur bediene. Die Sprache werde vielmehr dem Denken des Menschen *"so tief eingepägt, daß er aus ihrem Bann gar nicht mehr herauskann"* [S: 8]. In anderen Veröffentlichungen spricht er sogar von der

Freiheitsentzug für Sprachsünder. Zum einhundertjährigen Jubiläum der Zeitschrift "Muttersprache". Umbruch 6, 5-6, 1986, S. 15-18. – ders.: Der diskrete Charme des Sprachpflege-Diskurses, in: Über die Schwierigkeiten der Verständigung beim Reden. Beiträge zur Linguistik des Diskurses. Hrsg. v. R. VOGT. Opladen 1987, S. 278- 295. – ders.: [Rez. zu] Albrecht GREULE u. Elisabeth AHLVERS-LIEBEL: Germanistische Sprachpflege. Das Argument 165, 1987, S. 737-739. – ders.: Sprachpflege im 3. Reich. in: Sprache im Faschismus. Hg. v. K. EHLICH. Ffm. 1989, S. 58-86 – ders.: Die Bemühungen um Sprachämter und ähnliche Norminstanzen im Deutschland der letzten hundert Jahre. in: Wolfgang SETTEKORN (Hg.): Sprachnorm und Sprachnormierung. Wilhelmsfeld 1990, S. 69-84

"Großmacht Muttersprache".¹ In der Wechselwirkung zwischen Sprache und Sprachgemeinschaft erweise sich die erste auf die Dauer als stärkere Macht.² Da sich die Menschheit "notwendig, lückenlos und ununterbrochen in Sprachgemeinschaften" (S. 7) gliedere, ist die Sprache also auch noch 1941 – wenn auch kaum erkennbar – letztlich die entscheidende Größe, obwohl er sie zwischendurch lapidar je und dann schon der Rasse untergeordnet hatte.

Der von WEISGERBER faktisch vertretene, obwohl nie so genannte Sprachfaschismus, ist dem rassistischen Faschismus, der im Vordergrund der von den Nationalsozialisten propagierten Ideologie stand, strukturell durchaus vergleichbar: Ein einziges Merkmal (Sprache – Rasse) wird unter den vielen beobachtbaren am Menschen herausgehoben und zur entscheidenden Größe verabsolutiert. Es erhält religiöse Züge, z.B. "Allgegenwart" [S. 4], und dient zur Klassifizierung der Menschen in Gruppen mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten. Die These von der Überlegenheit der deutschen Sprache ist nicht weniger als die von der Überlegenheit der deutschen Rasse dazu geeignet, Hierarchien unter den Menschen zu begründen und Sündenböcke auszumachen, denen man die Schuld an den gerade drückenden Problemen anlasten kann. Da die Sprache auf den ersten Blick ein stärker differenzierendes Merkmal ist als die Rasse, ist sie für faschistische Herrschaftstechniker manchmal sogar attraktiver, weil sie das militärische Eingreifen in Nachbarländer besser begründen kann. Andererseits sind gerade die Unterschiede zwischen den Sprachen mit Sicherheit nicht angeboren, Muttersprachen werden also nicht vererbt, sondern können erworben werden, weswegen die Verfolgung von Sprachen nicht gleich die Ausrottung ihrer Sprecher nahelegt, sondern eher ihre Umerziehung. Immerhin zeigen aber die Vorgänge im Elsaß während des 2. Weltkriegs, daß auch der von den Nazis dort gegen die französische Kultur gerichtete Sprachfaschismus zu Bücherverbrennungen und

¹ Leo WEISGERBER: Die volkhaften Kräfte der Muttersprache. in: HUHNHÄUSER / PUDELKO / JACOBY (Hg.): Beiträge zum neuen Deutschunterricht. Ffm. (1939, S. 21-100). Sddr. 1939, 1942², 1943³ S. 62. – Zu diesem und dem Folgenden vgl. a. Gerd SIMON: Zündschnüre zum Sprengstoff. Leo WEISGERBERs keltologische Forschungen und seine Tätigkeit als Zensuroffizier in Rennes während des 2. Weltkriegs. LB 79, 1982, 33ff.

² WEISGERBER, op. cit. , 155

sogar zu KZ-Einweisungen führte.¹ Auch aus WEISGERBERs Ausführungen geht hervor, daß man in den unausbleiblichen Sprachkonflikten mit Gewalt rechnen muß. Noch 1975 heißt es in einer Monographie WEISGERBERs, die sich gegen die französische Sprachpolitik in Elsaß-Lothringen richtete:

"Auf das Verlangen einer Minderheit [gemeint ist: der Elsässer und Lothringer. G. S.] nach Volksschulunterricht in ihrer Muttersprache gab es zur Antwort, die Betroffenen sollten sich doch freuen, daß sie so billig in den Besitz einer Weltsprache [gemeint ist: das Französische. G. S.] kämen und diese Wohltat dankbar annehmen. Ist es so unverständlich, daß unter dem Dank für diese Wohltat auch einige Bomben waren?"²

Die Militanz des Sprachfaschismus ist also keineswegs zu unterschätzen. Nach wie vor freilich meine ich, daß ihr Ausmaß wohl kaum jemals das des Rassismus erreichen wird.

WEISGERBERs Sprachfaschismus wurde sicher von den meisten Sprachwissenschaftlern und Sprachpflegern geteilt, die damals im "Deutschen Sprachverein" organisiert waren. Obwohl dieser Verein auch im 2. Weltkrieg noch über Zehntausende von Mitgliedern verfügte, war WEISGERBER klug genug, den Unterschied zwischen Sprach- und Rassefaschismus nicht herauszustellen oder auch nur zu thematisieren, zumal der Fall seines Mitstreiters SCHMIDT-ROHR die Ausichtslosigkeit eines vom Zaun gebrochenen Streites zwischen diesen faschistischen Sekten signalisiert hatte¹ und es im Elsaß zu einer – wenn auch wohl kaum öffentlich begrüßten – praktischen Umsetzung von sprachfaschistischen Vorstellungen kam, von denen sich übrigens weder WEISGERBER noch seine Anhänger je distanziert haben. Außerdem paßten seine Ideen nur allzu gut in das Programm von RITTERBUSCHs und HUBERs >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<, denen es ja gar nicht etwa um eine bessere Fundierung des Rassegedankens ging, sondern um die Auseinandersetzung mit dem Westen.

¹ s. dazu Kap. 4.1

² Sprachenkampf – Sprachenrecht – Sprachenfriede. (Studien der Erwin-Steinbach-Stiftung 4) Eßlingen 1975, S. 11

Obwohl WEISGERBER nicht in der Partei war, auch keine Chance gehabt hätte, nach 1935 in diese hineinzukommen, weil er in einem Prozeß von Nazis gegen einen Rostocker katholischen Pfarrer zugunsten des letzteren ausgesagt und seine Kinder in eine katholische Schule geschickt hatte,² besaß er im Wissenschaftsministerium, wahrscheinlich aber auch im Auswärtigen Amt, einen erstaunlichen Rückhalt. Die Lehrpläne für den Deutschunterricht aus den Jahren vor Ausbruch des Krieges basieren weitgehend auf der von ihm vertretenen Sprachtheorie und der von ihm selbst angeregten, dazu passenden Didaktik.³ In Marburg wird 1938 eigens für WEISGERBER ein Lehrstuhl umgewidmet, 1942 in Bonn sogar einer für ihn neu geschaffen.⁴ WEISGERBERs Hauptforschungs- und Lehrgebiet war ein 'Orchideenfach' – wie man seit alters her die Nicht-Schulfächer unter den Sprachwissenschaften nennt – und zwar die Keltologie. Wahrscheinlich wegen dieser Qualifikation und möglicherweise auf Empfehlung seines Gesinnungsgenossen Georg SCHMIDT-ROHR, der damals Stadtkommandant von Rennes war, war WEISGERBER ab 1940 in der Bretagne als Zensuroffizier und Sonderführer der Propagandastaffel beim Militärbefehlshaber tätig.⁵ Unterstützt wurde diese Tätigkeit vom Wissenschaftsministerium und von der DFG. In Rennes benutzt er seine Tätigkeit am dortigen Rundfunk zur Gründung eines Keltischen Instituts ("*Framm keltiek Breizh*"). In einer Zeit, in der selbst SS-Wissenschaftlern der Aufenthalt in dieser Zone, in HITLERs Diktion die "*Wacht am Atlantik*", wegen erhöhter Kriegsgefahr versagt wurde,⁶ kann WEISGERBER regelmäßig in

¹ s. Gerd SIMON: Wissenschaft und Wende...

² s. a. dazu Beate BEHRENS: Aufruhr des Gewissens. Wilhelm LEFFERS, ein katholischer Pfarrer in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Norddeutsche Neueste Nachrichten 10./11. Juni 1989 – Für den Hinweis auf diese Veröffentlichung danke ich dem UA Rostock. – s. a. PA. WEISGERBER im BDC sowie die Akte R VIII D 200 im UA Ro. (Für die Möglichkeit, letztere einsehen zu können, danke ich Carsten KLINGEMANN.)

³ s. dazu Gerd SIMON: Die sprachsoziologische Abteilung der SS.

⁴ s. d. PA. WEISGERBER im BDC

⁵ s. d. Gerd SIMON: Zündschnüre... op. cit. sowie die Akte BAK R 73/15 585

⁶ s. dazu Henri FREVILLE: Archives secrètes de Bretagne 1940-1944. Rennes 1985, S. 28f. – WEISGERBER wurde im September 1940 mit dem Aufbau und der Zensur der Radiostation Rennes beauftragt. (ibid. S. 78ff.) Die Vermutung, WEISGERBER sei von Georg SCHMIDT-ROHR empfohlen worden, geht auf dessen Sohn zurück. Ein erster Tätigkeitsbericht

Ruhe bis zur Landung der Alliierten seine Verbindungen zu den dortigen Bretonen pflegen. In Bonn betreut er gleichzeitig einige bretonische Studenten, die auf Einwirkung der SS¹ dort "*deutsches Leben und deutsche wissenschaftliche Arbeit*" studieren dürfen, In seinem Bericht vom 1. Juni 1944 heißt es:

"Die Wirkungen dieser Arbeiten machen sich in einém Aufleben der geistigen Tätigkeit bemerkbar, das im vergangenen Jahr zu einem bisher nicht gekannten Anwachsen der bretonischen Literatur geführt hat. Dabei sind diese Arbeiten und Tagungen auch zunehmend für die Zwecke der deutschen Militärverwaltung wichtig geworden, da sie einen wirksamen Weg der Beeinflussung wichtiger Bevölkerungskreise darstellen und eine zusätzliche Verbreitung deutscher Ideen ermöglichen, auch wenn andere Propagandawege (wie Rundfunk bei Strommangel, Presse bei Papiermangel) schwieriger werden." [s. Anhang 9]

WEISGERBER arbeitete zu dem Zweck mit dem Sicherheitsdienst zusammen.² Der Erfolg der nationalsozialistischen Bretonenpolitik war bis 1942 in hohem Maße ihm zu verdanken. Daß sie danach letztlich dann doch scheiterte, hatte mit Unbeherrschtheiten seines wichtigsten bretonischen Mitarbeiters Louis NEMO zu tun, dessen bekanntestes Pseudonym Roparz HEMON war. Henri FREVILLE, der sich in mehreren Veröffentlichungen mit WEISGERBER befaßt hat, stützt sein zusammenfassendes Urteil auf das in französischen Archiven nahezu vollständig erhaltene Material: "*agent politique actif*". HEMON, obwohl eher unpolitisch, wurde als Kollaborateur nach 1945 zu 10 Jahren verurteilt. Vorzeitig entlassen, ging er nach Irland, wo er eine keltologische Professur erhielt. WEISGERBER war der erste Professor, den die Bonner Universität nach Kriegsende wieder einstellte.

WEISGERBER ist der Prototyp eines regierungsamtlich geförderten Gelehrten, der ein feines Gespür für Dinge hat, die mit der Gattung einer Veröffentli-

WEISGERBERs ist abgedruckt in: Gerd SIMON: Zündschnüre... – Eine Reise der >AHNENERBE<-Keltologen im Rahmen des >Kriegseinsatz< wird verschoben, weil ,man keine Passierscheine bekommen. (s. Kap. 3.315.3)

¹ s. Kap. 3.315.3

² Für dies und das Folgende s. FREVILLE, op. cit.

chung nicht vereinbar sind. Wahrscheinlich wurde aber auch von den Veranstaltern des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< angedeutet, daß sich mit den von ihnen avisierten Handbüchern allzu aktuelle Bezüge und Beispiele nicht vertragen, Vorworte natürlich ausgenommen. Der soeben zitierte Auszug aus einem Antrag WEISGERBERs an die DFG zeigt aber, wie sehr sich dieser Wissenschaftler stets der aktuellen Bedeutung ("*Kriegswichtigkeit*" sagte man damals) seines Tuns bewußt ist: Er hat sich an erster Stelle für die deutschen Ideen in der Bretagne einzusetzen, und wenn er das so geschickt anstellt, daß die Bretonen meinen, er würde sich primär für ihre Interessen einsetzen, und dafür auch noch die Zustimmung der Franzosen erhält, dann vollbringt er eine taktische Meisterleistung und hat einen gordischen Knoten gelöst. So etwas wie Aufrichtigkeit war dafür ja nicht verlangt bzw. sogar hinderlich bis inkompatibel. WEISGERBERs Veröffentlichungen hinterlassen – in Kenntnis der forschungsgeschichtlichen Situation gelesen – nicht selten in ähnlicher Weise eine Mischung aus dem Gefühl von Bewunderung für die taktische Leistung und dem Beigeschmack von Erschrecken vor allem vor seiner Gewalttätigkeit im Umgang mit den Fakten.

WEISGERBER hat nach 1945 versucht, seinen Mitstreiter SCHMIDT-ROHR posthum als eine Art Widerstandskämpfer auszugeben, obwohl er wußte, daß letzterer Leiter der sprachsoziologischen Abteilung im Wissenschaftsamt 'A' der SS war.¹ Es ist WEISGERBER abzunehmen, daß er wenigstens eine Zeitlang wie dieser seine Bauchschmerzen mit dem Rassegedanken hatte. Der von beiden vertretene Sprachfaschismus genoß sehr viele Sympathien in völkischen, vor allem in jungkonservativen Kreisen.² Karl Christian von LOESCH und Max Hildebert BOEHM, deren gemeinsames Kind, das "Institut für Grenz- und Auslandsstudien" , 1943 in den Fängen der SS landete,³ hatten ihn sich zu eigen gemacht. Nehmen wir einmal an, diese Kreise wären mit ähnlichen Vollmachten statt der Nazis an die

¹ s. SIMON: Die sprachsoziolog. Abt. der SS.

² Zu den "Jungkonservativen" s. Joachim PETZOLD: Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik. Köln 1978

³ Zur IGA und insbesondere zu BOEHM s. Carsten KLINGEMANN: Angewandte Soziologie im Nationalsozialismus. "1999" – Zs. f. Sozialgesch. 1, 1989, 10-34

Macht gekommen. Hätte sich strukturell mehr als je und da eine Kleinigkeit geändert?

Die vom >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< geplanten Handbücher hatten nicht zuletzt die Aufgabe, dem Ausland den hohen Stand der deutschen Wissenschaft zu demonstrieren. Bekenntnisse zum Führer und dem Nationalsozialismus, ja sogar der entsprechende rassistische Wortschatz, der im Inland Zugehörigkeit und Problembewußtsein signalisierte, waren hier dysfunktional.¹ In der Vorkriegszeit hatte man auch in fast allen Fächern genügend Gelegenheit gehabt, derartige Rücksichtnahmen auf das Ausland einzuüben. Vorworte freilich waren dazu da, wenigstens irgendwo Flagge zu zeigen, und zugleich die Rolle eines unscheinbaren, aber entscheidenden Vorzeichens zu spielen. Wenn man also die im Rahmen des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< entstandenen Handbücher analysieren will, darf man dieses Zusammenspiel von Vorworten und Beiträgen nicht aus dem Blick verlieren.

Das von Franz KOCH stammende Vorwort zum ersten Band des Gemeinschaftswerks "Von deutscher Art in Sprache und Dichtung" nimmt da, wo es Flagge zeigt, Formulierungen auf, die wir schon in der eingangs zitierten Einladung kennengelernt haben. Auch um einen Eindruck davon zu erhalten, wie andersartig ein Vorwort zu einem >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<-Handbuch ausfallen konnte, wähle ich das zu dem Gemeinschaftswerk der Altertumswissenschaftler "Das neue Bild der Antike", das 1942 in Leipzig erschien. Es stammt von dem Leiter dieser Abteilung und dem Herausgeber dieses Handbuchs, Helmut BERVE, wie WEISGERBER eine bei einzelnen Parteigliederungen nicht unumstrittene Koryphäe², in seiner Befürwortung nationalsozialistischer Positionen aber sehr viel direkter und ungehemmter.

¹ In den "Meldungen aus dem Reich", Bd. 3, S. 869f. wird es sogar als zweckmäßig bezeichnet, Begriffe wie "*Rasse*" oder "*Weltanschauung*" im Gespräch mit Wissenschaftlern des Auslands zu meiden.

² Vor allem >NSD-Dozentenbunds<-Führer SCHULTZE kritisierte BERVE, freilich ohne besondere Auswirkung auf dessen Werdegang. s. Volker LOSEMANN, op. cit., s. 108f. Nach REINHARDT, op. cit., 398f. hat BERVE sich um die Erhaltung der Theologie in Leipzig erfolgreich bemüht. Möglicherweise liegt hier ein Grund für SCHULTZEs Animosität.

Auf dem >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< der Altertumswissenschaften und insbesondere auf das von mir gewählte Vorwort ist Volker LOSEMANN¹ bereits ausführlich und treffend eingegangen. Wenn ich hier dennoch BERVEs Vorwort ein weiteres Mal ausgiebig zitiere, so dann deswegen, weil es als Gegenpol zum WEISGERBERschen Text besser als alle anderen das Bild vom >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< zurechtzurücken und umgekehrt gerade deswegen auch selbst in einem neuen Licht zu erscheinen vermag. Ich verkenne dabei nicht, daß BERVEs Vorwort möglicherweise deswegen so extrem ausfiel, weil auch die von ihm herausgegebenen Beiträge im Verhältnis zu denen der anderen >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<-Abteilungen einen relativ hohen und untypischen Anteil rassistischer Äußerungen aufweisen.² Dieser Anteil dürfte mit der besonderen Aufgabe des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< der Altertumswissenschaften im Rahmen des gesamten Projekts zusammenhängen. Lag die wichtigste Funktion der neueren Fremdsprachenphilologien (Romanistik, Anglistik) in dem Nachweis der Andersartigkeit, Gefährlichkeit und/oder der Minderwertigkeit des westlichen Ideenguts, sollte die Germanistik die Überlegenheit deutscher Art aus sich heraus begründen, so hatten Altphilologie und deren angrenzende Fächer einen Spiegel zur Selbsterkenntnis im Fremden zu liefern, zugleich vor allem aber das gemeinsame Erbe der Vorfahren für die Deutschen zu vereinnahmen. Ohne Klärung der Rassebeziehungen hätte das auch im Ausland aus der Sicht der Nazis zu Fehldeutungen führen können.

BERVE spricht in seinem Vorwort als erstes indirekt die üblichen Vorurteile gegenüber den Altertumswissenschaften an:

"Wohl scheinen dem flüchtigen Blick andere historische Bezirke gegenwartsnäher, doch gewahrt das tiefer dringende Auge bald, daß keine Periode der Geschichte so klar und reich einer jeden Zeit auf ihre großen Lebensfragen Antwort zu geben vermag wie die seit anderthalb Jahrtausenden versunkene Welt der Antike, in der

¹ Volker LOSEMANN, *ibid.*

² Dem widerspricht nicht, daß altertumswissenschaftliche Rezensenten diesen Anteil immer noch für zu gering hielten. s. LOSEMANN *ibid.* S. 111

*die Grundprobleme der europäischen Menschheit nicht bloß aufgeworfen, sondern bis zum guten oder schlimmen Ende durchgekämpft worden sind."*¹

Dieser in den Altertumswissenschaften schon seit der Renaissance gängige Topos erfährt bei BERVE aber eine Konkretisierung und Zuspitzung, wie sie selbst im 3. Reich nur selten war:

"Der ungemeine Auftrieb, den Sport, Leibeskultur und überhaupt leiblicher Sinn mit der Verwirklichung nationalsozialistischer Grundgedanken erfahren, schafft ein natürlich enges Verhältnis nicht nur zu Sport und bildender Kunst der Alten, sondern allgemein zu dem sinnlichen Denken und Fühlen, das ihr Leben trug und ihre Werke erfüllt. Wie sich härtester Realismus und reinster Idealismus im griechischen Menschen treffen konnten, vermögen wir heute zu ahnen angesichts einer von beiden Kräften bewegten, in beiden Beziehungen gleich großen Gegenwart. Die Diesseitigkeit antiken Menschentums aber kann im Zeichen betonter Diesseitigkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung aufrichtiger nacherlebt werden, als es im Banne bewußter Jenseitsgläubigkeit möglich war. Was jedoch schließlich alle diese neuen Aspekte umspannt und gleichsam den Horizont abgibt, vor dem sich nunmehr das Altertum darstellt: der wach gewordene Rasseninstinkt unseres Volkes läßt die beiden Völker der Antike, jedes in seiner Weise, als unseres Blutes und unserer Art empfinden; er schließt sie in den Kreis seiner Wesensverwandtschaft ein." [S. 6f.]

Die Altertumswissenschaften waren, wenn ich recht sehe, die einzigen im Rahmen des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<, die sich rühmen können, daß ihre Tagung durch den Wissenschaftsminister RUST persönlich eröffnet wurde, was sicher nicht nur durch die Nähe der Tagungsstätte, sondern auch durch HITLERS bekannte Schwäche für die alte Geschichte, insbesondere für die der Griechen bedingt gewesen sein dürfte. RUST überreicht den Altertumswissenschaftlern anläßlich der Eröffnungstagung eine Sonderspende für >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<-Zwecke, eine in den sonstigen Fächern nicht bekannte

¹ H. BERVE (Hg.): Das neue Bild der Antike. Bd. 1: Hellas. Lpz. 1942., S. 5 – BERVE schrieb für die Zeitschrift "Vergangenheit und Gegenwart" regelmäßig Forschungsberichte. z.B. Bd. 30,

Geste. Auch dieser Umstand dürfte einen Einfluß auf BERVEs Diktion gehabt haben.

1.7 Flankierende Projekte

Der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< war im wesentlichen eine Sache der Ordinarien bzw. derjenigen, die das Wissenschaftsministerium zur ersten Garnitur rechnete. Außerhalb des organisatorischen Rahmens des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< wurde dieses Großprojekt flankiert durch ergänzende Veröffentlichungen aus der zweiten und dritten Reihe. Die wichtigsten Parallelprojekte des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< wurden sicher – ohne daß eine direkte Absprache nachweisbar ist – vom "Deutschen Institut für außenpolitische Forschung" in Berlin (bis 1937 "Institut für Auswärtige Politik" in Hamburg) initiiert, das RIBBENTROP seinem Einflußbereich einverleibt hatte und von dem einstigen Landgerichtsrat und späteren Völkerrechtler Friedrich (Fritz) BERBER geleitet wurde.¹ Allein im Jahre 1940 kamen in der sogenannten "Bunten Reihe" (Titel "Das Britische Reich in der Weltpolitik") 35 Broschüren und in der sogenannten "Schwarzen Reihe (Titel "Frankreich gegen die Zivilisation") 24 Broschüren heraus. Sie unterscheiden sich allerdings schon auf den ersten Blick von den >Kriegseinsatz<-Publikationen durch ihre relative Gleichgültigkeit gegenüber wissenschaftlichen Ansprüchen² und durch die Dominanz des Propagandazwecks. Später brachte dieses Institut noch weitere Reihen heraus, in denen mehrer Arbeiten die Auseinandersetzung mit dem Westen thematisierten, überdies noch eine Zeitschrift ("Monatshefte für Auswärtige Politik", ab 1942 "Auswärtige Politik"), ein "Jahrbuch für Auswärtige Politik" und ein Europa-Handbuch. In den meisten der darin enthaltenen Beiträge hat der Europagedanke freilich längst die bloße Auseinandersetzung mit Frankreich und England hinter sich gelassen.

¹ Für dieses und das Folgende s. Hermann WEBER, , 185-425, besond. 298f. – Zu BERBER s. a. Rolf SEELIGER (Hg.): Braune Universität. H. 1, Mchn. 1964, S. 10-12

² Paradoxerweise hatten die Verfasser der Broschüre und Artikel unter der Etikette "*Propaganda*" offenkundig sehr viel mehr Freiräume als die Wissenschaftler im >Kriegseinsatz<. Hier publizierte u. a. ein später hingerichtetet Widerstandskämpfer (Ulrich von HASSELL), ohne mit seinen Beiträgen im Widerspruch zum GOERDELER-Kreis zu geraten, dem er angehörte. s. dazu WEBER, , 323ff. und 334ff.

Anfangs haben sich auch die Akademien des >NSD-Dozentenbunds< auf das Thema >Kriegseinsatz< eingelassen.¹ Daneben erschienen schon 1940 Arbeiten, deren politischer Hintergrund undurchsichtig ist, die darum möglicherweise nur Belege für die Hochkonjunktur des Begriffs >Kriegseinsatz< sind. Eingehen möchte ich hier nur kurz auf die Broschüre von Klaus DOCKHORN mit dem Titel "Der Einsatz der englischen Wissenschaft im Weltkrieg".² Der Titel dieser Schrift könnte psychoanalytisch gebildete Leser zu der Vermutung verleiten, hier handle es sich lediglich um eine Projektion, was noch dadurch unterstützt wird, daß sie ihr Forschungsinteresse durchgehend verschweigt. Dennoch sollte man es sich mit dieser Vermutung nicht zu einfach machen. DOCKHORN bespricht in diesem Opus beispielhaft die "Oxford Pamphlets" von 1914 und 1915. Seine Referate einzelner der insgesamt 87 Artikel dieses Gemeinschaftswerks bewegen sich trotz der bei Inhaltsangaben unvermeidlichen Verkürzungen und Zuspitzungen (vor allem in Richtung auf die ideologischen Grundlagen) im Rahmen des sachlich Vertretbaren. Außerdem betont DOCKHORN in seinem Vorwort:

*"Die Herausarbeitung des deutschen Standpunktes ist (bei aller Wertung. G. S.) bewußt unterlassen worden, weil eine solche bei dem zur Verfügung stehenden Raum nicht nur hätte fragmentarisch bleiben müssen, sondern weil auch schon im Weltkrieg die deutsche Wissenschaft ihre weltanschauliche und wissenschaftliche Stellungnahme zum Ausdruck gebracht hat."*³

¹ z.B. Th. SCHEERER: Der englische Sendungsgedanke. Seine Grundlagen und seine Gestaltung in den Weltkriegsreden britischer Minister. (Wiss. Akad. Tü. d. NSDDB 4). Tü. 1941

² Berlin 1940 – vgl. a. "Die englische Wissenschaft im Krieg". Monatshefte für Auswärtige Politik H. 10, Okt. 1940, 773-6 – Ähnlich Otto WEISE: Der Kriegseinsatz des französischen Geistes. Die französische Bücherproduktion 1939/40. ebd. S. 760-7 – Erwin HELMS: Die geistigen Hintergründe der englischen Propaganda. Geist der Zeit 17, Dez. 1939, 846ff. – Ders.: Englands innere Weltreichspropaganda zur Erhaltung der Reichseinheit. Würzburg 1940 (Englandstudien 2) – Gerhard KRAUSE: Die britische Auslandspropaganda. Organisation, Methoden und Inhalt 1914-1940. Berlin 1940 (Schriftenreihe des DAAD 3) – Ders.: Lügen mit Methode. Ein Blick in die Werkstatt der britischen Propaganda. Geist der Zeit 18, 3, März 1940, 94-99 – Eugen RUCKHÄBERLE: Die Front der neuen deutschen Wissenschaft im Kampf mit der französischen Demokratie. Deutschlands Erneuerung 25, 8, 1941, 410-424 – Arnold HEINING: Der Einsatz der französischen Rechtswissenschaft 1914 und 1939. *ibid.* 273-6

³ DOCKHORN, *loc. cit.*, S. 8: 150 *ibid.* 1940, S. 21, 36, 39, 50f., 58 u. 81, 151 *ibid.* S. 56

Nach DOCKHORN sind die Verfasser der von ihm besprochenen Artikel, meist Philosophen, Historiker und Völkerrechtler, fast durchgehend der Philosophie KANTs verpflichtet, sehen Deutschland im Gefolge von FEUERBACH, MARX und vor allem NIETZSCHE und TREITSCHKE von diesem Standpunkt abgefallen, der demgegenüber in England eine neue Heimat gefunden hätte. Diesem dualistischen Standpunkt entsprechend, würden wichtige Grundbegriffe, wie folgt, auf die beiden Nationen verteilt:¹

<u>England</u>	<u>Deutschland</u>
Geist	Natur
Freiheit	Macht
Persönlichkeit	Absolutismus
Kultur	Staat
Sittlichkeit	Bürokratie
Gerechtigkeit	Einheit
Völkerrecht	geschichtliche Dynamik
Kompromiß	Disziplin
Diskussion	Drill
Ausgleich	Uniformität
Humanität	Tyrannie
europäisches	reaktionärer
Staatensystem	Gewaltnationalismus

DOCKHORN verzichtet keineswegs auf kritische ja polemische Einschätzungen dieses Dualismus:

*"Die ganze Betrachtungsweise ist so unsinnig, so völlig auf die primitivsten Machtinstinkte abgestellt, daß sie hier nur einen Platz gefunden hat, um zu zeigen, bis zu welchen Tiefen eine wissenschaftliche Publikation sinken kann."*²

Ansonsten ist dieser Broschüre aber nicht nachzuweisen, daß sie ihrem Thema Gewalt antut. Insbesondere ist jeder Gegenwartsbezug weggelassen. Der lag

¹ "Die englische Wissenschaft im Krieg". loc. cit. , S. 773

²

freilich so sehr auf der Hand, daß ihn viele Rezensenten nur allzu begierig nachholten:

*"Der Vorwurf, im Reiche Adolf Hitlers sei die Wissenschaft >politisiert<, d. h. zur Sklavin der Politik herabgesunken, ist eine der beliebtesten Behauptungen, mit denen unsere westlichen Gegner Deutschland in der Welt zu disqualifizieren suchen. Es war vergeblich, zur Widerlegung dieser Anschuldigung auf das Wesen echter Wissenschaftlichkeit einzugehen und darzulegen, daß die Universität, wenn sie aus der Abgeschlossenheit einer abstrakten Objektivität heraustritt und mit ihrer Forschung und Lehre den lebendigen Aufgaben des Volkes und der Nation zu dienen sucht, damit nicht etwa sich selbst verrät, sondern im Gegenteil zu den lebendigen Quellen der echten wissenschaftlichen Aufgabe zurückgefunden hat."*¹

Die Wiederholung leerer Epitheta wie "echt" und "lebendig" verrät die Flüchtigkeit der Schreibe, vor allem aber dahinter das unfreiwillige Eingeständnis, daß die Rückkehr der Wissenschaft im 3. Reich zu ihren praktischen Ursprüngen nicht mehr als ein Rückfall in Politik- und Wirtschaftshörigkeit war, die in der Tat an der Wiege vieler Wissenschaften stand. Statt den hier angesprochenen Wissenschaftsbegriff in Auseinandersetzung mit anderen Wissenschaftstheorien zu begründen, flüchtet sich der Rezensent unter Berufung auf das rezensierte Werk in eine wissenschaftstheoretisch wohl kaum begründbare Aufrechnungs-Operation und klagt die englische Wissenschaft "der bewußten Entstellung der Wahrheit zu politischen Zwecken" an. Daraus daß andere genauso oder ähnlich verfahren, läßt sich ja die Legitimität seines eigenen Tuns keinesfalls ableiten.

Wissenschaftler konnten es wie DOCKHORN zu allen Zeiten ihren gebildeten Lesern (insbesondere natürlich Rezensenten) getrost überlassen, die Praxis- und Gegenwartsbezüge ihrer Ausführungen selbst herzustellen. Da war ein Titel wie "Der Einsatz der englischen Wissenschaft im Weltkrieg" mehr als die übliche Andeutung schon fast ein Wink mit dem Zaunpfahl. Später konnte man immer der Zustimmung eben dieser gebildeten Leser sicher sein, wenn man darauf verwies, man hätte etwas ja nur sachlich referiert. Jedenfalls zeigt der Fall DOCKHORN,

¹ebda

daß die Wissenschaftler, die ihre Zuliefer-Dienste für Ideologen, Politiker und Wirtschaftler im Dunkeln zu halten wissen, gerade deswegen Effekte erzielen, die offene Bekenntnisse und explizite Absichtserklärungen zumindest bei Zweiflern zu verfehlen pflegen. Die Funktion der den >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< flankierenden Publikationen der 2. und 3. Garnitur war also offenkundig nicht die der Wahrheitsfindung, so sehr man diese beschwor, sondern die der Aufrechnung: was wir tun, tut ihr ja auch. Man bemüht sich noch nicht einmal dem Scheine nach um Argumente für etwas, was man für wahr hält, sondern man will nur Remis ziehen, bei den Ausländern bestenfalls Verständnis dafür heischen, daß im Kriege auch die Wissenschaft anderen Gesetzen unterliegt.

1.8 Der >Kriegseinsatz< der Studenten

Flankiert wurde der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< nicht nur durch Studien von Forschern der zweiten und dritten Garnitur, sondern auch durch die von Studenten. Organisiert wurde der *"Studentische Wissenschaftseinsatz im Kriege"* vom "Amt Wissenschaft und Facherziehung der Reichsstudentenführung" unter Fritz KUBACH, dem Vertreter des Reichsstudentenführers SCHEEL.¹ KUBACH skizziert die Entstehung dieser Institution folgendermaßen:

"Im Mittelpunkt der studentischen Wissenschaftsarbeit im Kriege steht der studentische Kriegseinsatz. Dieser ist aus dem im Herbst 1939 vom Reichsstudentenführer befohlenen studentischen Kriegseinsatz hervorgegangen und nimmt heute die Stelle des für die Dauer des Krieges in seiner Durchführung ruhenden Reichsberufswettkampfes der deutschen Studenten ein." (S. 1)

Der *"Reichsberufswettkampf"* (RBWK) entsprang einer Vereinbarung zwischen Robert LEY und Baldur von SCHIRACH vom 8. Dezember 1933.² Wie

¹ Für dies und das folgende s. Fritz KUBACH: Studentischer Wissenschaftseinsatz im Kriege. DWD H. 21, 18. Nov. 1940, 1-2 – Der Reichsstudentenführer Gustav Adolf SCHEEL hatte durch die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für den studentischen Wissenschaftseinsatz die Voraussetzungen geschaffen, ohne ihn schon beim Namen zu nennen oder auch nur in den Konturen zu skizzieren. s. G. A SCHEEL: Dienstpflicht für jeden deutschen Studenten. Die Innere Front 21, 26.1.1941, wieder abgedruckt in: Geist der Zeit 18, 3, Mrz. 1940, 186-188

² Zum RBWK s. "Organisationsbuch der NSDAP". Hg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP. Mchn. 1938⁵, S. 203 – Michael H. KATER: The Reich Vocational Contest and Students of Higher Learning in Nazi Germany. Central European History 7, 1. März 1974, 225-261 und die dort angegebene Literatur. Wichtig für meine Darlegungen sind u. a. die Veröffentlichungen von Fritz KUBACH:

- Studenten, in Front! Deutsche Mathematik 1, 1. Jan. 1936, 5-8
- Zum Abschluß des 1. RBWK der dt. Studenten, ibid., 1, 2. April. 1936, 261f.
- Studenten bauen auf! Der 2. Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten 1936/37. Ein Rechenschaftsbericht. Berlin o. J.
- Der Reichsberufswettkampf der deutschen Studenten. Nationalsozialistische Bibliographie 4, 1/2, 1939, 117-124 s. darüber hinaus:
- Herbert BEER: Reichsleistungswettkampf der Deutschen Studentenschaft im WS 1935/36. Der dt. Student 1935, 550-2
- Ders.: Der Reichsleistungswettkampf. ibid., 1936, 118-122.
- Günter KAUFMANN: Der Reichsberufswettkampf. Berlin 1935
- Ders.: Studententum, Hochschule und RBWK. Der dt. Student 1935, 253-8
- Franz Alfred SIX: Studenten bauen auf! Der 1. Reichsleistungskampf 1935/36. Marburg und Berlin o. D.

die von SCHIRACH geleitete HJ selbst die aus nationalsozialistischer Sicht beträchtlichen Mängel der staatlichen Schulerziehung kompensieren wollte und dabei bereits den spielgetarnten Wettkampf betonte, sollte der >Reichsberufswettkampf< ab 1934 in ähnlicher Weise die Mängel der Berufsschulerziehung auffangen. Hauptziel war nicht wie im Sport die Körperertüchtigung als Voraussetzung für den Kriegsdienst, sondern die Ausrichtung der Freizeit im Sinne der bereits am Arbeitsplatz praktizierten Einübung ins Konkurrenzdenken und damit die Bindung von Leistungsmotivation und Fantasie an den von Wirtschaft und Politik kontrollierten Beruf und erst vermittelt über deren Ausrichtung an Ausrüstung und Wehrpolitik, also an militärischen Interessen.¹ Der erste studentische >Reichsberufswettkampf< fand im Wintersemester 1935/36 statt. Für die Studenten war der >Reichsberufswettkampf< lediglich freiwillig, obwohl es nicht an Anstrengungen zur Zwangsverpflichtung fehlte, wurde aber mit Erleichterungen

-
- Ders.: Nachwuchs und Auslese auf den dt. Hochschulen. Der dt. Student 1935, 186-204
 - o. V.: Organisation des RBWK. Der dt. Student 1935, 659f.
 - o. V.: Die Aufgabenstellung für den 2. Berufswettkampf der dt. Studenten. Der dt. Student Dez. 1936, S. 576
 - Arthur AXMANN: Der Reichsberufswettkampf. Berlin 1938
 - Walther SCHMITZ: Wissenschaft im Dienste des Volkes. Der studentische Berufswettkampf. Impuls völkischer Forschungsarbeit. Aufbruch 10. Mai 1939.

Die meisten preisgekrönten Arbeiten des RBWK der deutschen Studenten wurden ab 1938 in der vom Reichsstudentenführer und späteren Reichsdozentenführer, Gauleiter, Reichsstatthalter und durch HITLERs letzte Verfügung designierten Kultusminister Gustav Adolf SCHEEL herausgegebenen Reihe "Junge Wissenschaft" publiziert, z.B. "RBWK der deutschen Studenten: Gesamtdeutsches Denken in Österreich und die Reichsgründung. Reichssiegerarbeit der Sparte 'Kampf um die Weltanschauung' im RBWK der dt. Studenten 1936/7 Mannschaft der Fachgruppe Kulturwissenschaft der Studentenführung Universität Berlin. Mannschaftsführer Walter LOTT und Werner REESE. München, Berlin 1938 (Junge Wissenschaft 1)" – KUBACH hat sich später noch zur Hochschulpolitik geäußert, z.B. F. K.: Grundsätze einer künftigen Hochschulreform. Hamburger Tageblatt Nr. 91, 1.4.44 – Ders.: Hochschulreform tut not. Leipziger Neueste Nachrichten 170, 18.6.44 u.ö.

Die Titel ausgewählter, aber nicht publizierter Arbeiten wurden ab 1938 in der NS-Bibliographie mit der Bewertung durch die Reichsstudentenführung veröffentlicht. Zur Reichsstudentenführung s. KATERs sehr gründliche Arbeit verkennt lediglich die im 3. Reich keineswegs singuläre Erscheinung des Etikettenwechsels, daß etwas also besonders nach Ausbruch des Krieges unter veränderten Bedingungen und unter anderem Namen auch nach seiner offiziellen "Beerdigung" durchaus weiterlegen konnte. – vgl. a. A. KLEINBERGER: Gab es eine nationalsozialistische Hochschulpolitik? in: Erziehung und Schulen im Dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung. Hg. v. M. HEINEMANN. Stgt. 1980, S. 25 – Georg FISCHER / Harald SCHOLZ: Stellung und Funktion der Erwachsenenbildung im NS. eb. S. 161 – Die Archivalien des studentischen RBWK befinden sich im Archiv der ehemaligen Studentenführung und des NSDStB in der Universitätsbibliothek Würzburg, RSF III *A-O bis *A-5. (Ich habe die Akten bisher nicht eingesehen.)

¹ In diesem Sinne ist KATER, op. cit., 231f., zuzustimmen, wenn er den RBWK in den Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen der führenden Nazis stellt.

bei Prüfungen belohnt; im Sonderfall konnte eine prämierte Arbeit im Rahmen des >Reichsberufswettkampf< auch einmal als Dissertation anerkannt werden. Besonders gefördert wurden dabei interdisziplinäre Forschungen.

Die Zwischeneinrichtung >Kriegspropagandaeinsatz<¹ deutet bereits auf die besonderen Aufgaben des studentischen >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< hin. In ihm geht es nicht wie im >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< der Dozenten darum, sich selbst und dem Ausland durch Handbücher den Hochstand der deutschen Forschung zu demonstrieren, sondern Zulieferdienste für die Propaganda zu leisten. Bezeichnenderweise wird diese Aufgabe auf England zugeschnitten:

"Aufgabe des Kriegsleistungskampfes der deutschen Studenten (...) ist die wissenschaftliche Untersuchung und Durchforschung der Geschichte, Wirtschaft und Kultur aller Völker nach Argumenten gegen England. Das wissenschaftlich erarbeitete Material wird der deutschen Propaganda im In- und Auslande zur Verfügung gestellt und so im Dienste unseres völkischen Lebenskampfes eingesetzt. Das zentrale Problem der Untersuchungen bildet die soziale Frage im britischen Weltreich."

Trotz dieser relativ eng gewählten Fragestellung und obwohl die Reihen der Studenten durch deren Einberufung zum Kriegsdienst gelichtet waren, gelingt es der Reichsstudentenführung eine erstaunliche Zahl von Nachwuchsforschern auf diese Aufgaben zu konzentrieren:

"Über 6.000 größere wissenschaftliche Werke aus allen Wissensgebieten wurden bearbeitet; die gesamte britische Presse, einschließlich der Flugschriften der verschiedenen Parteien Englands aus der Zeit von 1900 bis 1939 wurde exakt durchgesehen und durchgearbeitet. Nach einem genau festgelegten Plan wurden die Aufgaben durch die Reichsstudentenführung auf die eingerichteten Arbeitskreise der Studentenführung der Hochschulen verteilt auf breiter

¹ s. dazu die Berichte in den "Meldungen aus dem Reich" Bd. 3, 700f. und 870 (19.1 und 11.3.1940)

Front durch tausende deutscher Studenten und Studentinnen in Angriff genommen."

Nach KUBACH haben sich trotz der engen Fragestellung nicht nur Anglisten angesprochen gefühlt:

"Studenten der Philosophie untersuchten die Lehren der Vertreter der typisch englischen Geisteshaltung unter dem Blickpunkt der Auswertung einzelner Zitate für die politische Argumentation unserer Zeit. Studenten der Literaturgeschichte erforschten die Stellungnahme aller großen Dichter gegen England. Studenten der Rechtswissenschaft widmeten sich dem englischen Kapitalrecht, den Methoden des britischen Strafvollzugs, dem englischen Sozialrecht und den englischen Völkerrechtsbrüchen. Studenten der Medizin bemühten sich um die Darstellung der hygienischen Vernachlässigung der breiten Massen. Studenten der Wirtschaftswissenschaft untersuchten die englische Sozialpolitik und die Methoden der wirtschaftlichen Ausbeutung in der plutokratischen Gesellschaftsordnung. Studenten der Kunstgeschichte sammelten die antibritischen Karikaturen aller Phasen des kontinentalen Kampfes gegen die britische Pression von 1600 bis zur Gegenwart. Studenten der Technik schließlich untersuchten die Systematik des britischen Patentreibes, das Wohnungselend und das Verkehrswesen."

Wie bei dem >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< der Fremdsprachenphilologien stehen also keineswegs rassenkundliche Fragen im Vordergrund. Es geht einzig und allein um die geistige Auseinandersetzung mit England als Beitrag zum Propagandakrieg. Die Ergebnisse dieser Studien verschwanden nicht einfach im Archiv des Propagandaministeriums, sondern wurden auch veröffentlicht, und zwar in mehreren Schriftenreihen:

- *"Sonderdienste der Reichsstudentenführung",*
- *>Kriegsschriften der Reichsstudentenführung",*
- *"Dokumentenwerke des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda"*

Zum Teil wurden diese Publikationen *"in alle wichtigen Sprachen übersetzt"*. Eine Zusammenfassung dieser Arbeitsergebnisse liefert der zuständige Referent im Propagandaministerium, Wilhelm ZIEGLER.¹

Der studentische >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< hat sich darüber hinaus im Gegensatz zum >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< gerade auch in bezug auf Polen, die Tschechoslowakei und den Südosten engagiert. Zur Exemplifizierung geht KUBACH ausführlich auf den studentischen Wissenschaftseinsatz im Warthegau ein:

*"Dort stehen seit Herbst des vergangenen Jahres (1939 G. S.) im Rahmen der >Arbeitsgruppe Ostsiedlung der Reichsstudentenführung< laufend etwa 250 Studenten in der praktischen Arbeit der Um- und Ansiedlung der Volksdeutschen aus Wolhynien, Galizien und jetzt aus Bessarabien und dem Buchenlande. Zur Betreuung dieser Volksdeutschen nach erfolgter Ansiedlung wurde im Sommer 1940 der >Facheinsatz Ost der Reichsstudentenführung< eingerichtet. Auf diesen beiden Einsätzen aufbauend entwickelte sich der >Wissenschaftseinsatz Ost der Reichsstudentenführung<. In seinem Rahmen werden die gesamten landwirtschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und rechtlichen Gegebenheiten des Landes nach wissenschaftlichen Methoden untersucht und die Ergebnisse zum Zwecke der Erstellung einer großzügigen Planung der künftigen Entwicklung und Gestaltung des Landes festgehalten. Wie im Kriegsleistungskampf gelangen auch im >Wissenschaftseinsatz Ost< Studenten der verschiedensten Fachrichtungen an e i n e r großen Aufgabe zum Einsatz."*²

¹ Wilhelm ZIEGLER: "Ein Dokumentenwerk über die englische Humanität". i. A. des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda. hg. unter Mitwirkung des Amtes Wissenschaft und Facherziehung der Reichsstudentenführung. Berlin 1940 – Ders.: Ein Dokumentenwerk über die englische Demokratie ... (wie oben) *ibid.* – vgl. a. Hans HARTMANN: Vom Wesen deutscher Forschung. Das Reich 6.12.42

² Fritz KUBACH war als stellvertretender Reichsstudentenführer zugleich Reichsamtsleiter. Der promovierte Naturwissenschaftler (Thema der Diss.: Johannes KEPLER als Mathematiker. HD. 1935) und leidenschaftliche Parteigänger der "Deutschen Physik" LENARDS und STARKs (s. KUBACHs Rezension zu LENARDS Hauptwerk in "Deutsche Mathematik" 1, 2. Apr. 1936, 256-8 sowie in "Der dt. Student" Dez. 1936, 378f.) war Gesamtherausgeber einer von der DFG veranstalteten KOPERNIKUS-Ausgabe, deren erster Band noch kurz vor Kriegsende erschien. s. Nikolaus Kopernikus (Nic. Copernicus Thorunensis): Gesamtausgabe München: Oldenbourg. Bd. 1 Opus de revolutionibus caelestibus manu propria. 1. A. der DFG

1.9 Der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< in der Spätphase

Diejenigen Abteilungen des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<, die ihre Arbeit nicht mit einer Publikation abschlossen, waren in der Regel auch diejenigen, die sich erst spät bildeten. An ihnen ist vor allem abzulesen, daß der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< allgemein als Erfolg gewertet wurde, so daß er auch für Fächer, die sich anfangs abwartend verhielten und/oder von RITTERBUSCH und dem Wissenschaftsministerium für die gestellten Aufgaben nicht als zentral eingestuft wurden, attraktiv wurde, etwas Vergleichbares auf die Beine zu stellen. In zunehmendem Maße mischte dabei das "Ahnenerbe"(AE) der SS mit. Zumindest der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< der Indogermanisten, der Orientalisten, der Keltologen und der Vorgeschichtler verdanken sich einer Kooperation von Wissenschaftsministerium und >AHNENERBE<.

Wie wahrscheinlich nicht nur diese letzte Welle von Abteilungsgründungen zustande kam, läßt sich hervorragend an einem Dokument vom 13. Mai 1941 zeigen, das im Anhang (A 10) abgedruckt ist. Die Initiative geht meistens vom Wissenschaftsministerium, insbesondere von RITTERBUSCH aus, der gewöhnlich einen Kieler Kollegen anspricht, von dem er weiß, daß er über gute Verbindungen im Fach und in einzelnen Parteigliederungen verfügt; das ist – wie gesagt – ab 1941 in überzufällig häufigem Maße das >AHNENERBE<. Vermutlich gerät diese letzte Welle sogar insgesamt über einen einzigen Kollegen ins Rollen, nämlich über den Prähistoriker Herbert JANKUHN. Obwohl noch sehr jung, war er schon damals berühmt wegen seiner Haithabu-Forschungen. Als Leiter der Lehr- und

hg. von Fritz KUBACH. 1944. 1949 erschien nur noch ein von F. u. K. ZELLER hg. 2. Band. In dieser Ausgabe sollten auch eine KOPERNIKUS-Biographie und -Bibliographie von KUBACH herauskommen. Diese waren wohl als Erweiterung und Aktualisierung der Monographie "Nikolaus Kopernikus. – Bildnis eines großen Deutschen. Neue Arbeiten der Kopernikus-Forschung mit Auszügen aus kopernikanischen Schriften in deutscher Sprache hg. v. Fritz KUBACH" (Mchn. 1943) gedacht. vgl. a. "Nikolaus Kopernikus. Sein Leben u. Schaffen und ihre Bedeutung für unsere Zeit". NS. Monatshefte 159, 1943, 468-479 sowie "Nikolaus Kopernikus. Das Leben, Schaffen und Weltgebäude des großen deutschen Naturforschers und die heutige Aufgabe der Kopernikusforschung. Die Burg 2, 2, 1941, 7-23 – Promotor dieser Aufgabe und wichtigster Wiederbeleber nach 1945 im Namen der DFG, die damals gar nicht existierte, war übrigens der erwähnte DFG-Referent Karl GRIEWANK. vgl. die DFG-Akten im BAK R 73/12 464 sowie 14 524f. Der (von mir nicht eingesehene) Nachlaß KUBACHs befindet sich im Library of Congress, Wash. (W. A. MOMMSEN: Die Nachlässe in den deutsch. Archiven. 1971 Bd. 1, I, 283f. Nr. 2121)

Forschungsstätte für Vorgeschichte im >AHNENERBE< und als SS-Sturmbannführer betätigte er sich zugleich als Initiator und Pionier, der sukzessive die größtenteils älteren hochkarätigen Ordinarien heranschleppt, die dem >AHNENERBE< nicht nur in Deutschland, sondern binnen kurzem in der ganzen Welt zumindest Respekt verschaffen. Übrigens war er auch ein Meister im Inszenieren von Intrigen übelster Art.¹

JANKUHN vergleicht den >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< mit dem >Reichsforschungsrat< und sieht in ihm mit dem ihm eigenen Scharfblick eine *"Parallellaktion"* zum >Reichsforschungsrat< mit der Aufgabe, die einzelnen Fächer auf aktuelle Themen wie die geistige Überwindung der Denkweise und Anschauungen der westlichen Demokratien hinzulenken, vor allem zur Vermeidung eines ideologischen Vakuums nach dem Endsieg, aber auch mit dem Ziel, die Einzelforscher aus ihrer Isolation herauszuholen, die er auf *"Einmischungsversuche von aussen"* zurückführt. Der Adressat SIEVERS dürfte diese Andeutung als auf das >Amt Rosenberg< gemünzt verstanden haben.² JANKUHN referiert die Befürchtungen im Wissenschaftsministerium, der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< könnte vom >AHNENERBE< als Konkurrenz empfunden werden, beeilt sich aber, dies in bezug auf die Vorgeschichtsforschung zu zerstreuen, mit einer Bemerkung, die im >Amt Rosenberg< und in der von ihm gesteuerten Arbeitsgemeinschaft für Vorgeschichte sicher auf heftigste Proteste gestoßen wäre:

"(...) denn die einzige Stelle in Deutschland, an der tatsächlich der grösste Teil aller Vorgeschichtsforscher sich zusammengefunden hat, ist das Ahnenerbe."

¹ KATER op. cit. S. 81ff. u. ö. zeichnet diesen jungdynamischen, mit allen Wassern gewaschenen SS-Forscher insgesamt zu positiv. Eine dringend erforderliche Geschichte der Prähistoriker im 3. Reich hätte diese Koinzidenz aus exzellenter analytischer und kombinatorischer Begabung und urplötzlicher Verschlagenheit schonungslos offenzulegen. JANKUHNs Ruf im Fach ist bis dato so ungebrochen, daß zwar jeder ausgebildete Vorgeschichtler fassungslos auf meine detaillierten Erzählungen über ihn reagiert, keiner es aber wagt, dieses heiße Eisen anzupacken.

² Die >AHNENERBE<-Forscher waren offenkundig angehalten, Angriffe gegen das >Amt Rosenberg< im Schriftverkehr vage und anonym zu halten, so daß im Zweifel immer gesagt werden konnte, daß damit das >Amt Rosenberg< ja gar nicht gemeint war. Die Fülle dieser vagen

JANKUHN beabsichtigt, die Gruppe der von ihm favorisierten Vorgesichtler durch Sprachforscher, Literaturhistoriker, Runenkundler und Volkskundler zu ergänzen. JANKUHNs Pläne scheinen aber alsbald im Sande verlaufen zu sein. Nicht einmal Gelder scheint er bei der DFG beantragt zu haben. Jedenfalls finden sich in den einschlägigen Akten darüber keine Spuren. Gelder beantragt haben offenbar auch die Keltologen nicht, obwohl sie immerhin im September 1941 eine Tagung in Wernigerode abhielten und dabei eine Reise in die Bretagne detailliert planten, die dann wegen der Kriegereignisse nicht stattfand.¹

Der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< der Indogermanisten tagt wenigstens 1942 in Nürnberg,² der der Orientalisten sogar zweimal, 1941 in Prag und 1942 in Halle.¹ Beide Abteilungen werden von Walther WÜST geleitet. Sie bringen ihre Arbeit dennoch nicht ins Publikationsstadium, nicht nur weil ihre Arbeit zu spät einsetzt, auch nicht nur weil ihr Leiter als Inhaber unglaublich vieler überdies gewichtigster Ämter (s. u. Kap. 3.313) ohnehin hoffnungslos überbeansprucht war, sondern weil sie sich auch offensichtlich zu viel vornahmen. Die Indogermanisten wollten z.B. gleich 7 Bände herausbringen. Einen kleinen Einblick in den Ablauf einer solchen >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<-Tagung gibt die relativ reservierte Schilderung des Bonner Spezialisten für Kaukasus-Sprachen, Gerhard DEETERS, die im Anhang (A 13) abgedruckt ist und zugleich die Arbeitstitel der 7 Bände der Indogermanisten verrät:

1. Allgemeine Sprachwissenschaft (Leo WEISGERBER)

Kritiken, deren Konkretion in Richtung >Amt Rosenberg< die Adressaten nahezu ausnahmslos und wie selbstverständlich vollzogen zu haben scheinen, läßt daran kaum einen Zweifel.

- ¹ Darüber gibt es eine Fülle von Belegen, z.B. SIEVERS an Militärbefehlshaber in Frankreich (Kommandostab) 22.7.42, BAK NS 21/320 II Bl. 205. vgl. a. Gerhard von TEVENAR: Die völkische Eigenart der Insel Man. Volksforschung 5, 4, 1941, 279 – vgl. a. SIEVERS an TEVENAR, 14.11.41, BAK NS 21/343. Das >AHNENERBE< machte RITTERBUSCH auch Vorschläge zur Einrichtung einer musikwissenschaftlichen Abteilung im >Kriegseinsatz<, die Anton QUELLMALZ leiten sollte (SIEVERS an QUELLMALZ, 5.1.42, BAK NS 21/957 sowie AV. SIEVERS 4.2.42, BAK NS 21/960), die aber wohl nicht zustande kam.
- ² DEETERS an KRAHE 11.5.42, UA TÜ 267/30 – vgl. a. AV. WÜST 12.5.42, BAK NS 21/301 – Organisator unter WÜST war Wilhelm WISSMANN, WISSMANN an unbekannt, 10.4.43, BDC PA WISSMANN. Wüst wurde im November 1941 in den >Kriegseinsatz< berufen. Tb. SIEVERS, 8.11.1941, BAK NS 21/127. Auch Naturwissenschaftler sollten an diesem Unternehmen mitwirken, so z.B. der Pollenanalytiker Ernst SCHÜTRUMPF mit dem Thema "Klima und Vegetationsentwicklung im indogermanischen Lebensraum", s. AV. SIEVERS, 12.2.42, BAK NS 21/977

2. Darstellung der Ausbreitung des Frühgermanentums (Franz SPECHT)
3. Darstellung der Ausbreitung des späteren Indogermanentums (R. v. KIENLE)
4. Weltbild und Wesen des Indogermanentums (Jakob Wilhelm HAUER)
5. Deutsche Geisteshaltung in der Sprachwissenschaft (Wolfgang KRAUSE)
6. Indogermanen und Nichtindogermanen (Heinrich JUNKER)
7. Germanen und Indogermanen (Hans Heinrich SCHAEEDER)

Wenn nicht die Germanisten mit ihren in kürzester Zeit herausgeschleuderten 5 Bänden demonstriert hätten, wie schnell damals bei entsprechender Motivation schier Unmögliches geleistet werden konnte, wäre man geneigt, dieses Vorhaben mit der Gigantomanie in Zusammenhang zu bringen, die dem Leiter dieser Abteilung ja auch sonst nicht fern lag.² Natürlich ist bei der Nichtfertigstellung dieser 7 Bände auch zu berücksichtigen, daß im 3. Kriegsjahr die Motivation eine andere war.

Bereits Anfang 1943 kommen Gerüchte auf, daß der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< eingeschlafen sei.³ De facto arbeitet er freilich weiter und wird nie förmlich als beendet erklärt. Vermutlich aber wegen dieser Gerüchte plant ROSENBERGs Hohe Schule (HS) eine Sitzung, zu der sie RITTERBUSCH einlädt und die das vielsagende Thema hat: "Um die Neugestaltung des Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften<⁴ Im November 1944 findet dann eine vom Hauptamt Wissenschaft im >Amt Rosenberg< organisierte "Arbeitstagung zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr" statt, deren späten Beginn HÄRTLE in seinem Einleitungsreferat damit begründet, daß erst die – leider ausgebliebenen – Ergebnisse des von RITTERBUSCH initiierten >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< hätten abgewartet werden müssen.⁵

¹ SIEVERS an SCHÄFER, 20.6.42, BAK NS 21/964

² Natürlich spielten dabei auch Absagen z.B. aus militärischen Gründen eine Rolle. Auch HIMMLER gingen seine Ziele vor, so daß z.B. SCHÜTRUMPF seine Beteiligung am >Kriegseinsatz< aufkündigen mußte. Zu WÜST s. Kap. 3.314

³ LANGLOTZ an KRAHE, 17.1.1943 – UA. TÜ 267/33 (inbezug auf den >Kriegseinsatz< der Altertumswissenschaften) u. ö.

⁴ s. dazu KLINGEMANN öüp. cit.

⁵ Für dies und das Folgende s. AV. WAGNER, 28.2.1944 – IfZ Mchn MA 252 Bl. 439

Die SS versucht RITTERBUSCH gar nicht erst zur Rechenschaft zu ziehen und geht stattdessen gleich dazu über, für Ersatz zu sorgen. Der alsdann eingeleitete "Totale Kriegseinsatz der Wissenschaft" (TKW) ändert aber gleich so viel, daß darauf in einem anderen Zusammenhang ausführlich eingegangen werden muß (s. Kap. 3.334). Inwiefern dabei die Konkurrenz zu ROSENBERG eine Rolle gespielt hat, ist unklar, aber Erwägungen in diese Richtung lohnen sich immer, da Konkurrenzen häufig Grund genug waren für entsprechende Aktivitäten. Jedenfalls hatte ROSENBERG schon früh als Ostminister im besetzten Ostland eine Parallel-Institution zum >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< geschaffen, den >Kriegseinsatz der Wissenschaft im Ostlande" (KEWO), auf den wir aber ebenfalls in einem eigenen Kapitel zurückkommen. (s. Kap. 3.27)

Ich habe die mir zugänglichen Informationen über die Ausgaben der DFG für den >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<, nach Fächern und Jahr gegliedert, in einer Tabelle zusammengetragen (s. Anhang 11). Diese Tabelle kann keine Vollständigkeit beanspruchen. Sie beruht im Wesentlichen auf GRIEWANKS handschriftlichen Notizen auf den Korrespondenzblättern, die im Document Center in der PA. RITTERBUSCH überliefert sind, und auf den im Bundesarchiv liegenden Durchschlägen von den Benachrichtigungen, die die Empfänger erhielten. Beide sind nachweislich lückenhaft. Ich möchte daher nicht versäumen, auf die Gefahr hinzuweisen, daß diese Angaben leicht zu Falschinterpretationen führen können. Der Umstand, daß die Orientalisten schon 1941 erstmals tagen, erst 1942 aber und dann doppelt so hohe Beträge erhalten, obwohl sie nur 3 Bände planen, während die Indogermanisten erst 1942 tagen, aber schon 1941 Gelder bekommen, trotz der ins Auge gefaßten 7 Bände, sollte zur Vorsicht mahnen. Dennoch läßt sich im Schnitt aus der Tabelle recht gut ablesen, welche Abteilungen frühzeitig ihre Arbeit als beendet ansahen (Germanistik, Altertumskunde, Völkerrecht, Staatsrecht), und welche erst spät mit der Arbeit begannen.

Aus der Tabelle kann man weiterhin folgende Tendenzen herauslesen:

- ▶ der >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< bekommt von der DFG für 5 Jahre kaum mehr als das >AHNENERBE< in einem Jahr (1943 z.B. 300 000 RM)¹
- ▶ In den Jahren, in die auch die meisten Publikationen fallen, werden die meisten Gelder beansprucht (1941 und 1942)
- ▶ Gegen Kriegsende werden immer weniger Finanzen angefordert
- ▶ Gegenläufig sind lediglich die Sonderausgaben. Der Umstand, daß RITTERBUSCH, der diese in Empfang nahm, für eine neu gegründete "*Arbeitsgemeinschaft für Staats- und Verwaltungswissenschaften*" im August 1944 40 000 RM beantragt und 20 000 RM erhält und dann im November nochmals 75 000 RM beantragt und 55 000 RM erhält – für 1945 sind keine Zahlen überliefert – , erregt Verdacht. Könnte es sein, daß hier ein intimer Kenner der Finanzlage bei der DFG in aussichtsloser militärischer Situation sich, seine Mitarbeiter und engsten Kollegen noch einmal einen großzügigen Batzen zukommen ließ?²

¹ GRIEWANK verbucht die 300 000 Mark insgesamt unter >Wald und Baum< im >AHNENERBE< (Korr. bl. DFG, PA. RITTERBUSCH BDC). Aus verschiedenen Schreiben wird aber klar, daß es sich um das gesamte Geld handelt, das das >AHNENERBE< von der DFG erhält, z.B. FITZNER an MENTZEL, 26.2.43, PA. MENTZEL BDC.

² Druckbeihilfen haben ihre Eigengesetzlichkeiten und wurden daher aus der Tabelle herausgehalten. Natürlich hatten auch damals wie heute Druckbeihilfen nur die Aufgabe, Verlagsentscheidungen im Sinne der geldgebenden Instanzen zu beeinflussen und sind darum forschungspolitisch nicht geringzuschätzen, erfordern aber zu ihrer Erforschung besondere Vorarbeiten, die ich bisher nicht zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen vermochte.

1.10 Das Projekt >Wald und Baum< im >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< (WuB)

Unter den spät einsetzenden Abteilungen des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< fällt vor allem eine Abteilung nicht nur auf Grund ihres Namens aus dem Rahmen: das Forschungswerk "Wald und Baum in der arisch-germanischen Geistes- und Kulturgeschichte". Worum geht es in diesem Gemeinschaftswerk? Was war daran so kriegswichtig? Zunächst einmal ist zu beachten, daß das Forschungswerk >Wald und Baum< nicht erst 1943 entstand, sondern zu dem Zeitpunkt lediglich wiederbelebt wurde.

Entstanden ist es schon lange vor Kriegsausbruch auf Grund einer Vereinbarung zwischen GÖRING als Reichsforstmeister, DARRE als Reichsbauernführer und HIMMLER als Kurator und späteren Präsidenten des >AHNENERBES< der SS.¹ Leiter dieses Projekts war kein anderer als Walther Wüst. Kaum ein anderer Wissenschaftler hatte im 3. Reich so viele Funktionen und Positionen in seiner Person vereinigt. Allerdings überließ er – was, ob zu seiner Ehrenrettung oder nicht, erwähnt werden soll – die eigentliche Arbeit häufig genug anderen, z.B. für den KE der Indogermanisten, dem alsbald nach Königsberg berufenen Wilhelm WISSMANN sowie für >Wald und Baum<, dem in der Schriftleitung der SS-Zeitschrift "Germanien" tätigen Gilbert TRATHNIGG. Zeitweise umfaßte dieses Forschungswerk über 50 Einzelprojekte (s. Anhang A 14). Finanziert wurde es schon damals von der DFG. Allerdings war diese Finanzierung an einige Bedingungen geknüpft, die zumindest dem Reichsgeschäftsführer des >AHNENERBES<, Wolfram SIEVERS, offenkundig nicht zusagten.² Als dann der Krieg kam,

¹ Das Projekt dürfte im Gefolge einer von HIMMLER am 8.2.36 eröffneten Ausstellung des >AHNENERBES< "Der Lebensbaum im germanischen Brauchtum" 1937 entstanden sein. HIMMLERs Rede ist im BAK NS 21/674 und /730 sowie in den Nürnberger Dokumenten 1918 – PS überliefert. (Nr. 3 der bei Bradley F. SMITH / Agnes F. Person (eds.): Heinrich HIMMLER. Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen. Ffm.:1974, S. 286 verzeichneten Reden. Über die konstituierende Sitzung s. WÜST an Reichsforstamt, 20.11.37, BAK NS 21/598

² SCHÖNWÄLDER, op. cit. , 30 vermutet irrtümlicherweise, WÜST wäre Nachfolger RITTERBUSCHs als Oberleiter des >Kriegseinsatz< gewesen. Der Eindruck konnte durch Archivalien entstehen, in denen WÜSTs Reichsgeschäftsführer ihn den Leiter des >Kriegseinsatz< der Geisteswissenschaften nennt, manchmal aber eine Lücke läßt, um die Bezeichnung der Abtei-

und alles an Einschränkungen, Sparmaßnahmen und Streichungen dachte, hat SIEVERS sein >AHNENERBE< erleichtert aus diesen Verpflichtungen gelöst, zumal er sich mit diesem Eifer in der Partei Meriten verdienen konnte. Das Forschungswerk >Wald und Baum< ruhte fortan.

Im März 1942, nachdem das >AHNENERBE< schon mit einer Reihe von Abteilungen in den >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< eingestiegen war, eröffnet sich ihm nochmals wieder eine Aussicht:

*"Im Hinblick auf den Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften wird erwogen, auch das Forschungswerk >Wald und Baum< wenigstens in dem Maße fortzusetzen, als hierfür Mitarbeiter zur Verfügung stehen."*¹

So heißt es in einem Aufruf an die früheren Mitarbeiter des >Wald und Baum< immerhin äußern sich 30 der Mitarbeiter positiv zum Vorschlag der Fortsetzung des Projekts.² Faktisch wahrgenommen haben diese Möglichkeit aber nur wenige. Das Licht der Öffentlichkeit erblickte in den letzten Tagen des Kriegs ohne Hinweis auf den Entstehungs- und Finanzierungszusammenhang und mit völlig anderem Titel vermutlich nur die Arbeit des Keltologen Josef WEISWEILER "Die Kultur der irischen Heldenzeit". Berlin 1945, deren ursprünglicher Titel "Die Tiere im Walde (Hirsch)" war, die anfangs zusammen mit ALTHEIM und TRAUTMANN hergestellt werden sollte, der er überdies eine gleichartige Expertise über den Stier beifügte; hier lag wohl das Motiv der Titeländerung, die sich freilich wohl trotzdem zu sehr ins Allgemeine verrannte.

Alles in allem macht das Projekt >Wald und Baum< rundum den Eindruck eines Kuckuckseis im Neste des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften<. Was in seinem Rahmen getrieben wurde, hat jedenfalls kaum noch irgendetwas mit der

lung, an die er sich nicht erinnerte, nachtragen zu könne. AV. SIEVERS, 12.2.43, BAK NS 21/977.

¹ Die DFG forderte schon 1939 Veröffentlichungen an (DFG an >AHNENERBE< 15.6.39 – BAK NS 21/337). Auf SIEVERS' Antwort vom 25.6.39, mit Veröffentlichungen sei erst in 2 bis 3 Jahren zu rechnen (ibid.), ist keine Reaktion der DFG bekannt. In Ansatz gebracht war 1938 eine Laufzeit von vier Jahren. s. Av. WÜST 1937/38, BAK NS 21/669 Bl. 11

² Rundbrief SIEVERS (an Mitarbeiter des früheren >Wald und Baum<), 27.3.42 – BAK NS 21/336 – ähnlich schon SIEVERS an TRATHNIGG 23.3.42 – BAK NS 21/962 sowie AV. SIEVERS 4.2.42 – BAK NS 21/959

Aufgabenstellung des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< zu tun. An dem ursprünglichen Zweck (religionsgeschichtliche Verankerung der noch heute verbreiteten Wald-Verehrung unter den Deutschen im Germanentum) änderte sich nämlich – so weit aus der Überlieferung ersichtlich – nichts. Natürlich ist dabei zu berücksichtigen, daß hinter diesem Zweck auch ein gesellschaftspolitisches Interesse lag. Der Wald war schon vor der Machtergreifung als Vorbild für die Gesellschaft angesehen worden:

"Auf der Vielheit der Formen, auf der Verschiedenheit ihrer Leistungen, auf ihren Wechselbeziehungen beruht die Fortdauer des Waldes, die Fortdauer des Lebens. 'Gleichheit ist Tod, Gliederung ist Leben,' Und so beginnen wir heute, im Wald das natürliche Vorbild auch für die menschliche Gesellschaft, für ihren Aufbau und ihr Zusammenleben zu erkennen, dem sie sich anzugleichen versuchen muß, wenn auch sie Bestand haben will:

*Der Weg der Volksgemeinschaft ist es, den der Wald uns weist."*¹

Gerade der Wald als Bild für die menschliche Gemeinschaft widerstand aber kriegerischen Zielen. Denn wo führen Wälder gegeneinander Krieg? Selbst eingefleischte Sozialdarwinisten hätten schon damals eine Begründung kriegerischer Auseinandersetzungen aus der *"Wald-Struktur"* der Gesellschaft als *"hergeholt"* und *"kombinationswütig"* bezeichnet.

Anhang A 14 gibt am Beispiel des Forschungsplans und eines 1. Arbeitsberichts des Germanisten Werner BETZ ein Bild von dem, was im Rahmen dieses Projekts normalerweise geforscht wurde.² Der Umstand, daß es in diesem Forschungswerk auch ein Thema gab wie das von Helmut GRUSS in Angriff genommene (*"Wald und Baum als Mittel der Kriegsführung"*), war sicher nur ein schwaches Argument für die Notwendigkeit, ein wegen des Krieges zurückgestell-

¹ (KRAUT an SIEVERS 2.6.42 BAK NS 21/336)

Otto FEUCHT: Der Wald und wir. Stgt. 1926, S. 23 zit. n. Karl BAUR: Natur und Ganzheit. Die Deutsche Höhere Schule 3, 10, 1936, 363

² Ein Ergebnis dieses Plans liegt auch hier nicht vor. Man muß sich das aber wohl als in der Richtung eines Aufsatzes liegend vorstellen, den der Sprachwissenschaftler Karl BERGMANN 1938 unabhängig vom >Wald und Baum<-Projekt veröffentlichte. (Der Baum in der deutschen Sprache. Zs. f. Deutschkunde 52, 3, 1938, 177-187)

tes Projekt im Rahmen des >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< wiederzubeleben. Das >AHNENERBE< als Antragsteller muß über Informationen verfügt haben, daß Anträge auf Projekte im >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< ab 1942 von niemandem auf Vereinbarkeit mit dem so laut verkündeten Zweck überprüft wurden und daß bei der DFG selbst für derart wenig Kriegswichtiges das Geld auf der Straße lag.

1.11 Regierungsamtlich – ein falsches Etikett?

Diese Darstellung der regierungsamtlichen Forschungspolitik im 2. Weltkrieg ist bei aller Liebe zu Details ihren Vorgängerinnen darin gefolgt, ihren eigentlichen Wirkungsbereich, nämlich die Hochschulen, weitgehend beiseite zu lassen. Was als wichtigste Erkenntnis über die Unterschiede in diesem "Kernbereich" etwa zur Gegenwart zu erwarten ist, hat Peter LUNDGREN folgendermaßen zusammengefaßt:

- ▶ - *"Umgestaltung der Hochschulverfassung nach dem >Führerprinzip<;*
- ▶ *Umgestaltung des Lehrkörpers durch >Säuberungen< und politische Rekrutierungspraxis;*
- ▶ *Politisierung der wissenschaftlichen Disziplinen durch Orientierung an >völkischen< Gesichtspunkten;*
- ▶ *Instrumentalisierung von Forschung und Entwicklung für den >Endsieg<"¹*

Das ist nicht falsch, nur ist darin zu wenig zum Ausdruck gebracht, wie unglaublich ähnlich die damaligen Hochschulen in ihrer Struktur den heutigen sind, mit wie geringfügigen Maßnahmen also auch die heutigen Hochschulen in faschistischem Sinne umgestaltet, politisiert und instrumentalisiert werden können, wie wenig Widerstand diese Institution vor allem wegen ihrer Struktur vergleichbaren Tendenzen auch in Zeiten der Demokratie entgegensetzen ver-

¹ Peter LUNDGREN: Hochschulpolitik und Wissenschaft im Dritten Reich. in: ders. (Hg.): Wissenschaft im Dritten Reich. Ffm. 1985, S. 10 – ähnlich Anselm FAUST: Die Selbstgleichschaltung..., 125 – Ulrich JAHNKE (zur Entwicklung der Psychologie an der Berliner Universität nach 1933. in: Achim THOM / Horst SPAAR (Hg.): Medizin im Faschismus. Berlin 1985, S. 178) nennt ebenfalls 4 Grundfunktionen der Universitätsforschung im 3. Reich:
*"- der faschistischen Massendemagogie einen Anstrich von >Wissenschaftlichkeit< zu geben,
 - die Verwertungsbedingungen des Kapitals aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern,
 - den imperialistischen Raubkrieg unmittelbar sowohl ideologisch als auch wissenschaftlich vorzubereiten und
 - in diesem Zusammenhang die totale Militarisierung von Studenten und Wissenschaftlern abzusichern."*

Inhaltlich neu gegenüber FAUST und LUNDGREN scheint lediglich die zweite Funktion zu sein, die aber wohl mehr oder weniger vor allem für alle naturwissenschaftliche Hochschulforschung aller Länder seit dem 19. Jahrhundert gilt, wobei ich unterstelle, daß die meisten sozialistischen Systeme zentral Mischungen aus feudalistischen und staatskapitalistischen Systemen waren bzw. noch sind, wenn das selbstverständlich auch nicht notwendigerweise so sein muß. – Ähnlich auch: Monika LESKE: Philosophen im 'Dritten Reich'. Studie zu Hochschul- und Philosophiebetrieb im faschistischen Deutschland. Berlin 1990, S. 20

mag. Es ist auch nicht darin zum Ausdruck gebracht, daß die für die Hochschulen von der Regierung eingesetzten Stellen, insbesondere das Wissenschaftsministerium, gar nicht als die Subjekte der Umgestaltung, Politisierung und Instrumentalisierung anzusehen sind. Selbst wenn das Wissenschaftsministerium einmal unabhängig von den tonangebenden forschungspolitischen Machtfaktoren wie beim >Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften< initiativ wird, werden ihnen diese, vornehmlich die SS, nach einiger Zeit vieles wieder aus den Händen. Die Gefahren für die Forschung kamen jedenfalls zum überwiegenden Teil nicht von den vorgesetzten Behörden, sondern von außerhalb. Nicht zum Ausdruck in dieser Tendenzbeschreibung kommen auch die Bücherverbrennungen, die Menschenversuche und sonstigen Gewaltverbrechen, an denen Scharen von Wissenschaftlern manchmal sogar führend mitwirkten. Zu wenig kommt darin schließlich heraus, wie sich die Bereitwilligkeit fast aller Wissenschaftler erklären läßt, sich an all der Gewalt und dem Unrecht zu beteiligen.

Mit einem gewissen Recht kann man fragen, ob es im 3. Reich überhaupt eine regierungsamtliche Forschungspolitik gab. Zu häufig kam meine Darstellung nicht umhin, vor allem parteiamtliche Stellen zu nennen, die nicht nur den größten Teil der Gelder bekamen, sondern im Zweifelsfall den Ausschlag gaben, wenn es um folgenschwere Entscheidungen ging. Andererseits wäre es eine hier nicht zu leistende überdies unglaublich schwere Aufgabe gewesen, die Freiräume auszumachen, die Wissenschaftler damals hatten und meist nicht wahrnahmen, in der Regel nicht einmal für wichtig und verteidigungswert hielten.

Wie aber war es möglich, daß im Bereich der Wissenschaft eine Parteigliederung letztlich den Ton angab, deren Aufgabe eigentlich im Bereich von Sicherheit und Polizei lag? Wieso nicht der NSD-Dozentenbund oder zumindest das Amt ROSENBERG, in deren Zuständigkeit noch am ehesten aus der Sicht der Partei der Bereich der Wissenschaft fiel?

Dazu im nächsten Teil mehr.